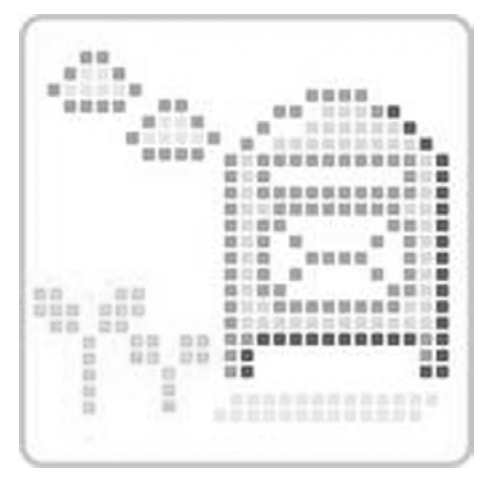
Mauerfall

Gefangenen Rundbrief No. 24 – Nov./Dez. 2009



Hallo zusammen

„I'm moving on..."- THE EVIL (1966)

Es bietet sich gerade die wunderbare Möglichkeit mit einem Verweis auf einen unglaublichen Garage-Punk Klassiker in der Überschrift den neuen Mauerfall einzuleiten; das kann ich doch unmöglich ungenutzt verstreichen lassen. Gerade wo der Titel derzeit wie kaum ein anderer mein persönlicher Soundtrack sein könnte. Denn, ja zur Hölle, ich ziehe weiter... Seit der Mauerfall Nummer 21 steht ja eine neue Anschrift hier unten rechts auf dem Titel. Was einige unter Euch schon wissen, andere noch nicht, ist, dass die dazu gehörige Person, also ich, ab dieser Ausgabe nur noch unter der SSK Adresse zu erreichen bin. Wie die schreienden, wütenden Jungs aus Florida habe ich genug von Tristesse und muss raus aus dem Sumpf. Ich freue mich sehr auf die Stadt und darauf, wieder näher dran zu sein, an den Leuten, an dem Geschehen.

Michel

Die Kontroverse geht weiter... doch leider auch nicht...

Auch in dieser Ausgabe beschäftigt sich der Mauerfall mit der Auseinandersetzung zwischen dem AKP und der Iv.I. - seit Bestehen des Mauerfalls gab es noch keine solch große Anzahl von Stellungnahmen zu einem Thema. Der Streit nimmt eine Menge Raum ein, aber ich finde, dieser sollte auch unbedingt zur Verfügung gestellt werden. Wenn also dem Streit werden kann, dann die Tatsache, dass hier der Mauerfall wirklich als Plattformmedium und 'Streitorgan' wahrgenommen wurde.

Auch innerhalb der Mauerfall-Gruppe draußen wurde teils sehr hitzig darüber gestritten. Die Menschen, die sich draußen zusammen getan haben sind ebenso wenig ein homogener Block wie die Menschen drinnen. Leider gab es bedingt durch die Kritik aus den Knästen einen 'Teilrückzug' von den Leuten des AKP's aus dem Zusammenhang des Mauerfalls. Ihnen geht der Ansatz des Rundbriefs nicht weit genug und der Pluralismus darin ist ihnen zu groß. Die große Menge an Kritik an ihren Positionen wurde als zu reformistisch empfunden. Eine diskursive Entwicklung hinsichtlich einer gemeinsamen Perspektive konnte von den AKP'lerInnen nicht mehr gesehen werden. DieEinsicht in das, was ihnen wichtig ist erschien den Betroffenen zu gering. Daher wird der Mauerfall leider nicht mehr die Plattform des Autonomen Knastprojekts sein. Trotz aller Differenzen, die auch ich mit manchen Mitgliedern der Gruppe habe, empfinde ich dies als Verlust. Einen schalen Beigeschmack liefert ebenfalls die Tatsache, dass die ja von den AKP'lerInnen angestoßene Auseinandersetzung nun im Mauerfall nicht mehr weiter geführt wird. Das AKP wird aber eine sich speziell abolitionistischen Beiträgen widmende Streitschrift herausbringen, mehr dazu in Innenteil.

Ebenso mehr zu der angestoßenen Diskussion um die Zwangsarbeit. Was gibt's sonst noch? Berichte von Zensurfällen und Schikanen, eine altbekannte Liste von Unerfreulichkeiten. Aber auch kritische Analysen und Nachrichten über Widerständigkeit drinnen wie draußen.

Michel



Ausschnitt aus Kölner Silvesterplakat 2008

Silvester zum Knast...

Auch dieses Jahr wird es in einigen Städten wieder Kundgebungen an Silvester vor den Knästen geben. Berichte davon könnt Ihr wie immer in der kommenden Ausgabe lesen. Wir hoffen darauf, wieder mal ein paar mehr Leute zu sein und mit den Kundgebungen zu Euch drinnen durchzudringen. Dies ist uns ansatzweise wenigstens ja schon in Aachen und sogar Rheinbach gelungen. Wenn Ihr Euch drinnen mit Berichten an den Kundgebungen beteiligen wollt, so lasst uns schnellstmöglich noch Redebeiträge zukommen , die wir dann auf den Kundgebungen verlesen können.

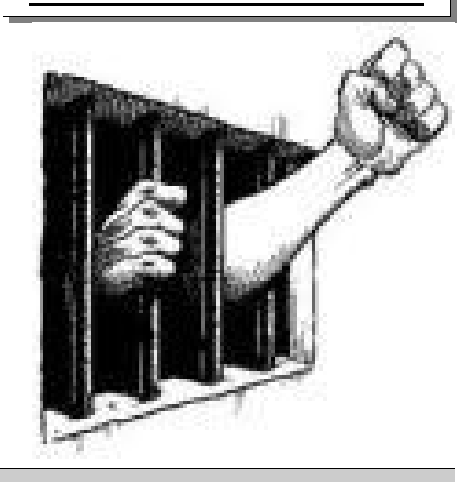
Ich wünsche allen Gefangenen ein besseres neues Jahr, am besten eins in Freiheit!

Michel

Der Gefangenen Rundbrief 'MAUERFALL' ist kein Erzeugnis im Sinne des Pressegesetzes, sondern lediglich ein Rundbrief an Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte. Mit der Herausgabe des 'MAUERFALL' werden keine erwerbswirtschaftlichen Ziele verfolgt. Bei dem Bezug in Haftanstalten (gerade Bayern aber auch sonstwo!) sehe ich daher keinen Grund diesen Gefangenen Rundbrief wie ein 'offiziel-les' Presseerzeugnis bei dem stark limitierten Zeitschriftenbezug der Gefangenen anzurechnen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist dieser Rundbrief solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur- Habe-Name" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist er dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Kontakt:

Michel Deutschewitz
c/o SSK e.V
Salierring 37/ 50677 Köln

www.ivi-info.de
http://groups.google.de/group/antiknast

Chronologie der Ereignisse in der JVA Hof

Antrag auf rechtspsychologische Begutachtung sorgt für Wirbel !

10.08.2009 Ich beantrage bei der Aufsichtsbehörde des Justizministerium eine rechtspsychologische Begutachtung zur Prüfung auf Tauglichkeit im Amt wegen mehrjähriger Doppelfunktion als Vollzugsinspektor und Sozialamtmann.

20.08.2009 Ich werde zu einem Gespräch mit dem Hausdienstleiter bestell. Zu meinem Erstaunen war dies kein Gespräch, sondern gleich ein unangekündigter Strafrapport. Die Aufsichtsbehörde übertrug die Zuständigkeit der Bearbeitung des Antrages der Anstaltsleitung. Diese erkannte in meinem Schreiben einen „beleidigenden Charakter“ und sprach mir umgehend 10 Tage Arrest aus. Zudem lässt man sich die Option offen, gegen mich Strafanzeige wegen Beamtenbeleidigung einzuleiten. Für die Einleitung einer Begutachtung bestünde außerdem keine Veranlassung.
Noch am selben Tag beantragte ich mit Eilantrag eine einstweilige Verfügung mit dem Ziel die ausgesprochene Maßnahme aufzuheben und begründete das mit der Möglichkeit des sofortigen Vollzuges der ausgesprochenen Maßnahme.

29.08.2009 Ich informiere die Aufsichtsbehörde über den Ausgang des Strafrapports.

10.09.2009 Bei mir schlägt die Ablehnung meines Eilantrages auf. Begründung unter anderem: Die Gefahr, dass die Verwirklichung eines Rechtes des Antragstellers - hier die angekündigte Stellung eines Antrages auf gerichtliche Entscheidung - vereitelt oder wesentlich erschwert wird, besteht im vorliegenden Fall nicht.

14.10.2009 Erneut werde ich zur Sprechstunde gerufen. Frau Kerscher, Regierungsdirektorin an der JVA, startete eine Charmeoffensive, die mir vollkommen fremd war.
Im Regelfall wurde ich bei anderen Gesprächen mit ihr nach spätestens 3 Minuten lautstark des Raumes verwiesen. Freundlich - ja schon fast überzogen nett, versuchte sie mich im Gespräch davon zu überzeugen, dass zumindest eine Entschuldigung von mir bei dem Vollzugsinspektor-Sozialamtmann Herrn Schmidt angebracht wäre.
Im Gegenzug hierfür würde man „in Betracht ziehen“ auf eine Strafanzeige gegen mich zu verzichten und die 10 Tage Arrest zur Bewährung auszusetzen.

Allerdings habe ich in meiner Haftzeit gelernt, solchen Aussagen eine gesundes und angebrachtes Misstrauen entgegenzubringen.
Allein die Satzbildung „in Betracht ziehen“ lässt auch nach einer Entschuldigung jede Menge Spielraum übrig, um dennoch den Arrest und die Strafanzeige gegen mich anzuwenden, auch wenn nach Aussage von Frau Kerscher es durch den Betroffenen nicht in Erwägung gezogen wird, gegen mich Strafanzeige einzuleiten.

Eigentlich wäre am 10.12.2009 meine Entlassung, aber irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, dass ich mit Nachschlag rechnen muss.
Wenn ich auf dieses Angebot eingehen würde, würde ich mich selbst und all das, für was ich mich stark mache, bescheissen.
Scheinbar besteht bei der Anstaltsleitung eine gesteigertes Interesse daran, für Inhaftierte, die sich gegen bestehenden Missstände wehren, einen Nachschlag zu besorgen, um auch so von internen Anstaltsproblemen abzulenken.
Umso bedauerlicher ist auch die Reaktion eines Politikers der Linkspartei aus Berlin, der mein Anliegen, die ständigen Missachtungen der Grundrechte mehr ins öffentliche Geschehen einzubringen, nur dazu nutzte, mir Werbematerial zu schicken und mich bat nach meiner Entlassung erneut mit ihm in Kontakt zu treten.
Irgendwie erweckte sein Schreiben bei mir den Eindruck, dass diesbezüglich kein Handlungsbedarf bestünde und ich als Inhaftierter während meiner Haftzeit jeden Anspruch auf Grundrechte verloren hätte.
Wenn das die heutige Meinung unserer politischen Vertreter ist, kann man mit ruhigem Gewissen davon ausgehen, dass sich in den nächsten Jahren kaum etwas an dem öffentlichen Interesse des Strafvollzugs ändern wird.
In dieser Richtung werfe ich der Politik ein massives Versagen vor.

Finni – 'Weihnachten vor der Tür...'

23.10.2009 Gerade als ich diesen Brief beenden will, bekomme ich die schriftliche Zustellung, dass nunmehr beabsichtigt wird, die 10 Tage Arrest gegen mich zu vollziehen.

Ob die Maßnahme nun gerechtfertigt ist, unterziehe ich derzeit einer Prüfung. Nach ersten Recherchen fand ich im Strafgesetzbuch Tröndle/Fischer 54.Auflage §193 Rz 29 folgendes: *(...) Äußerungen selbst grob herabsetzend und diffamierenden Inhalts ebenso wie fern liegende, abwegige und maßlose Qualifizierungen staatlicher Maßnahmen insbesondere des Strafvollzugs oder des der Haft zugrunde liegenden Verfahrens, unterfallen nach stRspr. des Bundesverfassungsgerichtes und nach h.M. dem Schutzbereich des Artikel 5 1 GG und sind daher jedenfalls grds. gerechtfertigt. Solche Äußerungen rechtfertigen daher in der Regel weder Bestrafung noch Disziplinarmaßnahmen ... (...).*

Wenn sich nun im weiteren Verlauf meiner Recherchen herausstellt, dass die gegen mich vollzogene Maßnahme rechtswidrig ist bzw. war, werde ich wohl in die nächste Runde gehen müssen und eventuell Strafanzeige erstatten.

Dazu möchte ich die Leser/innen des Mauerfall aufrufen mich zu unterstützen. Schickt mir, wenn ihr habt, diverse Gerichtsurteile zur angesprochenen Problematik oder helft mir mit eurem Fachwissen in Vollzugsangelegenheiten. Ich bin dankbar für jede Art der Unterstützung.

Bis dahin, Gruß

Harry
- Repräsentant der Interessenvertretung Inhaftierter in der JVA Hof (Bayern)

Anhaltungen und Zensur...!

JVA Burg : Andauernde Anhaltung des „Mauerfall“, noch schlimmer: ein Toter

Der letzte Mauerfall an mich wurde auch wieder angehalten, woraufhin ich eine gerichtliche Entscheidung beantragte und wie immer den Verfahrensstoff anforderte.

In der Naumburger Mauerfall-Sache bin ich schon etwas weiter. Mir wurde der Verfahrensstoff verwehrt und somit habe ich das Recht auf Beschwerde. Derzeit warte ich nur auf die Protokollfee des Gerichts. Demnächst mehr ...

Ich meine wichtiger als das ist, dass hier am Freitag *(06.11. - Anm. Michel)* ein Gefangener in den Freitod ging. Im Vorfeld schrieb er so um die 20 Anträge auf ein psychologisches Gespräch. Er starb an einer Überdosis Tabletten, am konzentrierten Unrecht der JVA Burg.
Er ist der Erste.
Zerschunden vom System...

Mein Kopf ist so leer

Stefan Milde
JVA Burg

Anhaltung in der JVA Bochum

Am heutigen Tage (24.11.) wurde mir durch Frau Steinkamp, Leitung -Pflegedienst, folgendes eröffnet:

„Ein Brief von Herrn Deutschewitz an Sie wurde angehalten und die Abteilung S+O hat verfügt, dass eben dieser wohl Lügen und unwahre Inhalte hat, und auch solche, welche zur Wiedereingliederung und Resozialisierung nicht dienlich sind!“ ENDE!

Auch hier ist der Mauerfall bei gewissen Damen und Herren „ein rotes Tuch“ und natürlich haben WIR Gefangene sicher mal wieder alles maßlos übertrieben und überspitzt, erstunken, erlogen etc...!!!!
Bin schon wieder auf Zündung und auf 180, wegen solcher Vorkommnisse und habe ja überhaupt KEINE Ahnung, was Böses oder FALSCHES Du mir mitgeteilt hast???? Lass mich nicht unschlau und kläre mich auf!!! Alles wird gut!

In diesem Sinne:

Hajo.



Anstaltsleiter der JVA Bochum, Kösters, hält Mauerfall Nr.23 an

Einzelheiten der „Begründung“:
Der RB ist „durchsetzt“ mit „grob unrichtigen und erheblich entstellenden Darstellungen von Anstaltsverhältnissen“. Z.B. die vermeintliche Absprache zwischen Richterin und JVA, dass ein Gefangener in die „Isolationshaft“ verlegt werde *(Anm. siehe MF 23, S.15 dazu – Bericht „Ermutigen und nicht entmutigen lassen“).* Wie mir bekannt ist und Beweise vorliegen, hat sogar dieser AL selber schriftlich dies bekundet und bestätigt und ist seit Monaten Gegenstand zahlreicher Klagen, Beschwerden und Strafanzeigen, u.a. wegen schweren Prozessbetruges welche sogar dem Bundesverfassungsgericht vorliegt.
So stellt sich die Frage für mich,
1. was daran so schlimm sein soll?
2. Wieso die Wahrheit „Unrecht“ sein soll und Grund etwas anzuhalten?
Das reicht dazu schon.

Dann heißt es weiter: … ein Text verherrliche den Hungerstreik und argumentiert, dass dieser nur was bringe, wenn mehrere hundert Gefangene daran teil nehmen. *(Anm. siehe MF 23, S.3 „Nachtrag“ wo es allerdings völlig aus dem Zusammenhang gerissen verwendet wird, aber nun...)* Denn da steht auch, „Hungerstreik ist Kacke und keine Waffe“! So dass man sich fragen muss, was denn daran nun „verherrlichend“ sein soll. Und noch dazu, wo damit nur jemand seine persönlichen Eindrücke, Erlebnisse und Meinung kundgetan hat?!

Weiter im Text: … ein Text „verherrliche eine Gefangenenmeuterei“ *(„...sollte es irgendwo innerhalb der Knäste zu „Revolte“ kommen: Wir wären ganz bestimmt nicht die, welche zur „Mäßigung“ aufrufen.)* „Dies kann“ - so die Begründung - „als indirekter Aufruf, zumindest als Billigung und unterstützende Haltung gegenüber einem Gefangenenaufstand ausgelegt werden.“! *(Anm. siehe MF23, S.9 Mitte vorletzter Abschnitt unten. Völlig heraus gerissen aus ca. 680 Zeilen einer Erklärung der Iv.I., um ihre Aufgaben und Ziele mitzuteilen in einer Diskussionssache mit dem AKP.)*
Stellt sich wieder die Frage, was daran so schlimm sein soll. Ist die Iv.I. doch nicht verpflichtet, dem AL Honig um den Mund zu schmieren und nur seine Meinung zu bekunden. Es ist ihr gutes Recht mitzuteilen, wenn sie die Letzten nicht sind, die zu einer bestimmten Handlung aufrufen. Oder zur „Mäßigung“ dazu sind sie auch nicht verpflichtet. Tun nur ihre Meinung kund. Was daran verboten, unwahr oder unrichtig usw. sein soll, weiß wohl der „Anhalter“ hier selbst nicht ganz so recht!

Aber das kann alles dahin stehen. Denn durch die Tatsache, dass dieser MF No.23 zugleich von der JVA Bochum anderen Gefangenen **beanstandungsfrei ausgehändigt** wurde, führt der AL seine eigenen Behauptungen hier als Anhaltegrund nicht nur ad absurdum. Folgt man nun diesen mal, dann hat er damit die Eingliederung der Gefangenen gefährdet und die Sicherheit und Ordnung! **Nichts anderes stimmt!**

Und woher habe ich denn nun die genauen Stellen, obwohl man mir den Rundbrief Mauerfall angehalten hat? Tja, man sieht mal wieder, sie versuchen es und laufen selber „blind“ dabei in die Scheiße, denn nun werden natürlich dazu Strafanzeigen etc. pp. erfolgen. Schließlich hat der Leiter der JVA Bochum Kösters meine Eingliederung – nach seinen eigenen Worten und Gründen für die Anhaltung des MF bei mir - damit schwerst gefährdet und vor allem auch die Sicherheit und Ordnung der Anstalt! Desweiteren hat er aufgrund seiner willkürlichen, entstellenden und unwahren Behauptungen zum MF nach meiner Meinung die Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG verletzt. (Da er mir rechtswidrig den MF vorenthält, müssen deswegen nun Strafanzeigen folgen.) Mein Informationsrecht und nicht zuletzt meine persönlichen Kontakte hat er so zu zerstören versucht. Das ist nicht nur mein Empfinden, das ist objektiv so! Denn Wahrheit kann niemals dazu führen, etwas vor zu enthalten, stimmts ...?

In diesem Sinne: Wer lachen will, der kann es tun. Ist ja auch irgendwie lustig, wie sich der AL so zum „Anstaltskasperle“ mausert, nicht wahr? Mit solidarischen Grüßen:

Erwin Adamczyk,
Iv.I.-Repräsentant JVA Bochum.

P.S.: Anzeigen laufen schon dazu. Hat die Staatsanwaltschaft auch mal wieder was zu tun. Ich vermute, man kennt den da schon gut und hat eine entsprechende „Fahndungsdatei“ schon angelegt!



Anhaltung des Gefangenen-Info

Lieber...

das Gefangenen Info 350 ist ebenfalls angehalten worden. Als Grund wird der Brief von Nurhan angegeben. Sie würde Ahmet und mich zum Kampf gegen das Gericht auffordern. Ich kenne den Brief, denn das BGH hatte vor 2 Monaten keine Probleme damit, ihn am mich weiterzuleiten. Zur Kontrollinstanz beim OLG Düsseldorf gibt es natürlich viel zu sagen. Diese Vorgehen wird bestimmt nicht das letzte sein. Es ist die Fortsetzung der Kriminalisierungswelle gegen die Anti-Repressionsgruppen. Ob Richter Klein oder Richter Breidling es macht keinen Unterschied.

Cengiz Oban.

Unterste Schublade! - Ekelhafte Schikanen beim Besuch in der JVA Celle

Heute wieder ein Paradestück des geistigen Niveaus von den Vertretern der deutschen Justiz.

Ich hätte heute (30.10.2009 - Anm. Michel) eigentlich mal wieder 2 1/2 Sunden Besuch gehabt.

Dank der geistig weniger Begüterten kam es nur zu einer Stunde. Besuch bekam ich von einem 70-jährigen Schwerkranken mit Herzschrittmacher.
Da er deshalb nicht durch die Metalldeketoren darf, brachte er 2 ärztliche Atteste mit. Der Schließer fand es dann als gelungene Aktion, den alten, kranken Mann zu linken und ihn dann doch durch das Gerät zu schleusen. Das hatte zur Folge, dass der Besucher von sich aus den Besuch aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig abbrechen musste.
Damit waren die aber noch längst nicht befriedigt. Den Höhepunkt holten sich dann die Schließer in dem sexuellen Missbrauch an mir. Wegen der "Eskapaden" meines Besuchers(?!) musste ich mich dann komplett nackt ausziehen. Schon befremdend, wie die Diener der deutschen Justiz zum Höhepunkt kommen.

Gruß:

Arne,
JVA Celle

Hungerstreik, Knastkampf!

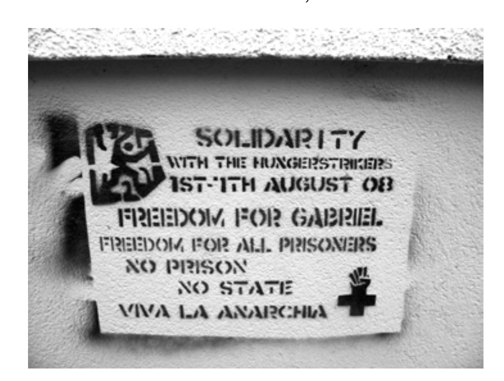
Vorschlag eines Hungerstreiks vom 20. Dezember bis zum 1. Januar

Ich fühle mich von der Idee getrieben, einen Hungerstreik zusammen mit anderen GefährtInnen im Dezember zu koordinieren, zu machen …

Wenn die GefährtInnen es gut finden, würde ich vorschlagen, einen Hungerstreik vom 20. Dezember bis zum 1. Januar zu machen… Es ist ein “sinnvoller” Zeitabschnitt *(Für mich sind Hungerstreiks ein Werkzeug strategischer Kämpfe… Das soll bedeuten, dass in unserer Situation, als vom Staat-Kapital Entführte, wir nur diese Form von Kampf haben, aufgrund der Zerstreuung der GefährtInnen in verschiedene Gefängnisse/Staaten)*… Und ich sage “sinnvoll”, weil diese Initiative eine “Geste” von Liebe und Widerstand beabsichtigt und nicht von Opferverhalten ist.
Die steigende Zahl gefangener *(und “freier”)*

GefährtInnen steht neben dem System des Boykotts in der Korrespondenz, welche ich erleide, welche mich daran hindert, allen anderen rebellischen Individuen und ähnlichen, die auf der Welt verstreut sind, zu schreiben. Ich werde ihnen niemals eine persönliche Befriedigung geben, mich "klagend" oder "jämmerlich" aufgrund dieser Bedingungen zu sehen.
Wenn ich etwas schreibe, muss es ein Text sein, welcher Freude/Genuss zur Revolte ist und nicht zum Geheul über Konsequenzen unseres Denkens/Handelns.
Die Verhaftung von Alfredo Bonanno und Christos Stratigopoulos in Griechenland ist die Konsequenz, das zu machen, was gesagt wird …
Ich kann mir vorstellen, wie unbequem es für den griechischen Staat ist, in ihren Gefängnissen zwei GefährtInnen solches Schnittes zu haben. Was die GefährtInnen, welche sich in Alessandria *(Italien)* "versammelt" haben betrifft, gibt es dem Anschein nach ein Mittel gegen den "Belehrungseifer"… Sie haben festgestellt, dass unsere Ideen gewisse soziale RebellInnen anziehen… Es gibt andere, schlimmere Arten der Isolierung, wie zum Beispiel in Deutschland, wo sie dich mit Ehrlosen und Vergewaltigern umgeben…
Na gut… es wäre wichtig zu wissen, auf wen wir in diesem neuen Hungerstreik zählen können… und dass die GefährtInnen ein Kommuniqué vor dem Hungerstreik vorbereitet haben…
Hinsichtlich des Inhaltes der jeweiligen Kommuniqués bin ich damit einverstanden, dass der im Kampf gestorbene Mauricio Morales erwähnt wird… Ich werde darüber schreiben, sowie die Sensibilisierung im Zusammenhang mit dem politischem Asyl von Freddy und Marcelo in Argentinien…ohne unseren lieben Marco zu vergessen.
Ich werde schauen, was mit den GefährtInnen in den spanischen Gefängnissen gemacht werden kann, aber ich erwarte nicht sehr viel von dort… Vor allem weil meine Korrespondenz fast immer von den Schließern beschlagnahmt wird …
Eine starke anarchistische Umarmung

Gabriel Pombo da Silva
Aachen, 16. Oktober 2009



Aufruf der FreundInnen von Marco

liebe freund/innen, liebe genoss/innen
seit gestern 9.11.09 befindet sich der anarchistische Gefangene Marco Camenisch in der Haftanstalt Pöschwies *(Regensdorf, Zürich)* in einem bis zum 16.11.09 befristeten Hungerstreik. Außerdem hat er seine Teilnahme an einem kollektiven internationalen Hungerstreik Ende Dez. angekündigt. Marco sitzt seit 1991 ununterbrochen in Haft. *(http://www.freecamenisch.it , Infos zu Marco)*
In seiner Hs-Erklärung bezieht er sich u.a. auf Mumia Abu-Jamal, der seit 28 Jahren im Todestrakt sitzt *(Infos zu den bevorstehenden Notfallprotesten unter http://www.mumia-hoerbuch.de)*
Weiter bezieht er sich auf laufende Gefangenenmobilisierungen in Chile und Argentinien. (Infos dazu http://santiago.indymedia.org, http://freddymarcelo.entodaspartes.net, sowie unter http://www.mapuche-nation.org.

Unterstützt den Kampf der Gefangenen!

freund/innen und unterstützer/innen
von marco camenisch

schreibt marco:
marco camenisch, pf 3143, ch-8105 regensdorf (abs. nicht vergessen).



Im folgenden dokumentieren wir Marcos Hs-Erklärung:

Soli- und Kampffasten 9.-16. Nov. 2009

Da ich genug von Worten habe und in der Karawane des Krieges gegen das Bestehende, das aus dem totalen Krieg gegen alles und alle besteht, es müde bin den Mond anzubellen anstatt zu handeln, muss diese Erklärung vielleicht auch für die nächste kollektive anarchistische internationale Soliinitiative von drinnen reichen, die wir wahrscheinlich im letzten Drittel vom Dezember 2009 durchführen werden.

Am 9. November befindet sich der Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit Mumia Abu-Jamal seit 28 Jahren im Todestrakt des kolonialistischen US-Staates des Imperiums und ist mehr denn je von der Ermordung durch den Staat bedroht.

Vom 9.-16. November: Vorschlag aus Chile für eine Woche der internationalen solidarischen Agitation und Druckausübung mit den GenossInnen und den Mapuche-KriegerInnen in chilenischer Geiselhaft. Solidarität und für politisches Asyl in Argentinien für Fredy und Marcelo.

In Erinnerung an den Genossen und Krieger Mauri, in Chile im Kampf gefallen, an die Genossin und Kriegerin Zoe, gefallen in Frankreich, an Edo und Sole und Diana, im italienischen Knast ermordet, an alle KriegerInnen in aller Wetl, die im Kampf für eine Zukunft der Freiheit und Gerechtigkeit für die Menschheit, die Völker, die Welt und alle Arten gefallen sind. In Solidarität für alle, die HANDELN, sei es in Griechenland, Chile, Mexiko und überall auf verschiedenen Wegen und Arten, drinnen und draußen, und zwar im authentischen Kampf für eine radikale und revolutionäre Wende des zerstörerischen Bestehenden, das aus Unterdrückung und Ausbeutung besteht. Fasten im Knast heißt die Möglichkeit und der solidarische Wille, individuell und kollektiv zu handeln, zu widerstehen, zu existieren, den Kampf stärken und dazu beizutragen und unsere Stimme mit euren draußen vereinen.

Begrenzte Kampf-Fastenzeiten drinnen bedeuten in bestimmten Zusammenhängen die Stärkung unseres Körpers und Geistes. Um besser fortzufahren KriegerInnen zu sein, indem wir unseren Körper und Geist mit einer Zeit der Reinigung von giftiger Nahrung, alltäglicher Schikane und Erniedrigung, von Trauer und Schmerzen, die uns von unseren und euren Kerkermeistern verabreicht werden.

Bedeutet, die Kerkermeister daran zu erinnern, dass wir im Grunde unabhängig sind von ihrer giftigen "Hilfe" aus Nahrung, aus "Zugeständnissen" fürs Überleben, aus Schikanen und Erniedrigungen, die sie uns Tag für Tag, Monat für Monat und Jahr um Jahr verabreichen.

Heißt, sie daran zu erinnern, dass wir, so wie wir den Tod unserer Körper im Kampf nicht fürchteten, wir immer noch und mehr noch den Tod unserer Körper nicht fürchten, dass wir im Grunde und Äußersten unsere Entschlossenheit erhalten haben, selber - und nicht sie - zu bestimmen, wie und wann wir leben und sterben: Nämlich kämpfend!

Mit Liebe und Wut, nicht zuletzt dir Genosse Diego *(ging während der Repression in Chile nach dem Tode Mauris in den Untergrund, nachdem ihn seine Mutter nach der Entdeckung von Sabotagematerial in seinem Zimmer bei den Bullen verraten hatte)!*

Marco Camenisch
"demokratisches" Vernichtungslager
Pöschwies, Regensdorf, CH,
1. November 2009

Solidarisch mit Ausrufezeichen und Fragezeichen

Ich weiß nicht, ob ich dazu überhaupt etwas schreiben "darf" oder ob das als "Desolidarisierung" missverstanden wird. Als ich die HS-Erklärungen von Gabriel und Marco las, hat mich das betroffen gemacht. Und hilflos. Ich hatte beschlossen, mich nicht öffentlich dazu zu verhalten, allenfalls in persönlichen Briefen Nun hat aber Michel beide Erklärungen in den Rundbrief aufgenommen. Kann ich da schweigen?

Ich finde, dass diese Texte nur an Anarchist/in-n/en drinnen und draußen gerichtet sind, sich ansonsten nicht vermitteln. Aus meiner Sicht zeigen sie, dass diese bewußten Kämpfer zwar weit gespannte Netze haben, jedoch viel zu alleine stehen müssen in ihrer unmittelbaren Umgebung. Dabei haben sich beide zu Knast allgemein verhalten und zu Kämpfen von Gefangenen, die sich nicht - wie sie selbst - als Anarchisten verstehen, die bisher keine revolutionäre Perspektive haben. Gabriel z.B. hatte sich - *(wie Michel jetzt in unserem Mauerfall-Streit)* - zwischen die Stühle gesetzt, als er sich für den IvI-Hungerprotest einsetzte *(siehe u.a. mf 11 und 13).* Er wurde von Anarchist/inn/en draußen kritisiert, auf was er sich denn da einlasse. Denen gegenüber hat er sehr selbstbewußt und mit allen kämpfenden Gefangenen verbunden geantwortet: Er sei auch nicht als Anarchist geboren worden, sondern dies aus Erfahrung und dem Beispiel anderer geworden, halt durch eine sich entwickelnde Bewegung. Wo sich was bewegt, wolle er sich beteiligen.
Wenn sie sich jetzt beide, Gabriel & Marco, nur

- und das weltweit - auf Gesinnungsgenoss/in-n/en berufen, scheint das auch etwas auf Enttäuschungen zu beruhen, dass ein breiterer Kampf zusammen mit einem Großteil der Gefangenen derzeit als kaum möglich erscheint. Ich sehe in den Erklärungen bisher kein Ziel, außer sich mit zwangsweise sehr entfernten Freund/inn/en und Gefährt/inn/en in gemeinsamer Handlung verbunden zu fühlen. Ich finde es sehr bitter, wenn man fast nur so Gemeinsamkeit erleben kann. Auch wenn Gabriel sagt, er wolle nie als Opfer jammern, sondern immer Lust zu Widerstand hervorbringen und hervorrufen.

Michel setzt bewußt auch Texte in den Mauerfall von Gefangenen aus revolutionären Bewegungen. Die sind in der Regel wegen politisch motivierter Taten inhaftiert. Teilweise reicht es auch aus, Mitglied einer Organisation zu sein, die von den Herrschenden pauschal abgestempelt wird. Engagierte Gefangene sollen voneinander mitkriegen, wie es den anderen ergeht und wie sie damit umgehen. So in etwa Michels Position. Er will damit alte Spaltungen überwinden, gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Anregung ermöglichen. Ich habe in unseren gegenwärtigen internen Auseinandersetzungen geschrieben, die Texte der meisten Genoss/in-n/en aus den revolutionären Bewegungen ständen trotzdem im Rundbrief ziemlich unvermittelt nebeneinander. Michel hat es als Kritik an ihm verstanden und war erst mal empört. Ich meine, dass seine Absicht gut ist. Ich stelle aber dennoch fest, dass es viel unverbundenes Nebeneinander gibt. Dass es auch bei gutem Willen nicht ganz einfach ist, Gemeinsamkeit praktisch zu erreichen. Frage an alle kritisch Aktiven drinnen: Warum ist das so schwer?

h.bix
von AKP Köln



ps: *"Was für eine blöde Frage!"* könntet Ihr jetzt sagen: *"Man sieht es doch auch an der nun im Mauerfall gelaufenen Auseinandersetzung mit dem AKP selbst, dass manches nicht direkt zusammen geht."* Stimmt! Aber Ihr könntet solche Fragen vielleicht in Bezug auf Gefangene mit verschiedenen Hintergründen etwas weniger polarisiert aufgreifen. Oder auch nicht. Ich wollte aus den oben genannten Gründen wenigstens mein Ausrufezeichen, Fragezeichen eingebracht haben.

pps: Inzwischen ist in einem Kommuniqué zu lesen, dass anomyme Anarchisten in Mexico 28 nagelneue Bullenwagen angezündet haben in Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen, allen Unterdrückten und für sich selbst. *„Klar, Hungerstreiks sind immer auch ein Mittel, den eigenen Umkreis draußen Beine zu machen",* sagt ein früher von draußen enttäuschter Hungerstreikerfahrener *„Manchmal klappts!".*



Streitpunkt...!

Schelte gegen Pit Scherzl durch das AKP im Rundbrief No.21

Seitdem ich die Zeilen gelesen hatte, lag mir die Sache schwer im Magen! Es ging darum, dass Pit gegen den damaligen GMV-Sprecher der JVA Rheinbach eine Strafanzeige erstattet hatte.

Das AKP stellt sich als systemkritische Organisation dar, die gegen Gefängnisse ist und sich für die Abschaffung derselben stark macht. Ich bin der letzte Mensch, der systemtreu ist! Ich hinterfrage jede dieser strukturellen Machenschaften, die nur das Ziel des Verwahrvollzugs vor Augen haben, ich bin der letzte der sagt: "Hier ist alles okay und es kann so weiter laufen!".

Aber Gefängnisse abschaffen, das kann selbst ich mir nicht vorstellen! Was soll denn dabei heraus kommen??? "Anarchie", wo man rauben, morden und vergewaltigen darf ohne bestraft zu werden? Oder führen wir wieder die Selbstjustiz ein !?!?!!? Jeder normale Mensch wird bestenfalls sagen, dass das Utopie ist!

Wenn ich hier so meine Runden drehe, dann sehe ich die Menschen, die hier nichts zu suchen haben, und ich sehe genau die, die hierher gehören und nie wieder raus dürfen!

Ich rassel auch ständig mit Gefangenen zusammen, die nur Drogen und Gewalt im Kopf haben. Aber wie soll ich reagieren??? Soll ich jetzt wie in den USA-Knastfilmen anfangen, mir Waffen zu bauen und meine Gegner abstechen ??? Ich bin genauso wie Pit Scherzl! Wenn ich mir nicht anders zu helfen weiß, dann zeige ich die Leute an und bringe sie vor Gericht! Gewalt ist für mich keine Lösung!

Es gibt positive und negative Kritik, psychologisch betrachtet. Das 'AKP-Manifest' hatte Pit nur kritisiert ohne einen Ausweg zu zeigen! Das nenne ich negative Kritik, weil es weder Sinn noch Handlung erklärt! Bei einer positiven Kritik zeigt man auch andere Möglichkeiten auf, aber das ist nicht geschehen. Ich kann Pit total verstehen und würde es nicht anders machen! Jeder, den ich gefragt habe - denn ich habe mich vorher informiert - war der gleichen Meinung.

Die Tage war mein neuer Anwalt hier zu Besuch, Dr. Ulrich Kamann, ehemaliger Richter u.a. an der Strafvollstreckungskammer Arnsberg. Wir haben auch über die Iv.I. gesprochen. Er ist total begeistert davon und möchte auch bei meinem Reststrafengesuch mit einbringen, dass ich mich in der Orga stark mache! Ich sagte ihm, wie stolz ich auf den Pit bin, denn er ist ein Macher, er bewegt was und er ist für seine Leute da. Da ich mich schon in vielen Orgas stark gemacht habe und das kenne, dass man im Stich gelassen wird, habe ich für Pit nur Lobeshymnen übrig - auf Pit lasse ich nichts kommen!

Ich kenne ihn zwar nicht persönlich, aber das ist nur eine Frage der Zeit! Ich werde mich auch nach meiner Entlassung stark machen, egal wo mich die Winde hintragen werden - die eine Stunde in der Woche werde ich mir nehmen und weiter das System anprangern. Wer noch nie den Psychoterror eines Vollzugssystems erlebt hat, kann auch nicht mitreden. Seit Jahren kämpfe ich gegen diese Willkür an und unterliege dem Psychoterror. Davon lasse ich mich aber nicht bremsen, davon werde ich nur noch stärker!

Ich setze mich ein, wenn ich Ungerechtigkeit sehe und ich mache mich für die Schwachen stark. Vom Start an kann man den Sieger erkennen und die Iv.I. ist ein Siegertyp. Es braucht alles seine Zeit, aber Stück für Stück werden wir eine Macht!

Ich danke all denen, die auf unserer Seite sind und ich danke auch denen, die uns den Brennstoff liefern, den wir anzünden. Ich danke unseren Genossen, dem Michel Deutschewitz, der so viel Arbeit damit hat. Ich sende Euch allen positive Kraft und gebt niemals die Hoffnung auf. Love and Peace:

Markus Dickhoff
Iv.I.-Vertreter
Langenwiedenweg 46
59457 Werl



Kommentar zur Auseinandersetzung zwischen dem AKP und der Iv.I. in Mauerfall No.21/22

Die von Pit Scherzl in seinem Rundbrief 08/2009 gemachten Ausführungen zum Thema des Umgangs mit Mario N. *(GMV-Sprecher)* **unterstütze ich ohne Einschränkung.**

Wir befinden uns in einer Art sozialen Krieges, das Verhalten des Marion N. ist als Verrat zu bewerten *(Kooperation mit der Gegenseite).* Verräter haben Rücksichtnahme und Schonung nicht zu erwarten, gäbe es nicht Staat und Justiz, würden solche Figuren mit dem Knüppel erschlagen - das ist Sitte überall auf diesem Planeten!

Die Ausführungen des AKP erinnern mich da an das Getön von Ex-Bundeskanzlern auf Vortragsreise - weise, weise, weise! Ach, ja, 1985, Haberfeld! Lang, lang ist's her. Und war früher alles besser? Nein, früher waren andere Zeiten, andere Kämpfe und andere Kampftruppen.

Neue Zeiten schreiben neue Regeln. Ich finde, das AKP hat sich da in etwas verrannt und keinen Boden mehr unter den Füßen.

Wünsche eine glatte und gute Landung, möglichst nicht nach Albatros-Art! Gut denn, so weit zum Aufreger-Thema des Herbstes 2009. Was kräftig brennt, qualmt danach nicht lang.
In diesem Sinne einen frischen Gruß von:
Werner, JVA Sehnde.



Leserbrief zum gleichen Thema

Den Gefangenen-Rundbrief No.23 hab ich erhalten und fand ihn auf Anhieb erfrischend praxisorientiert.. Konkret scheinen sich ja Standpunkte zu beißen; da heißt es dann etwa:

„Wer sich im Hier und Jetzt einfach hinstellt und lediglich mit `Schlagworten` pauschal die „Abschaffung aller Knäste" fordert, die/der wird vom Gros der Bevölkerung erst einmal nicht nur nicht ernst genommen, sondern auch als Spinner abgetan. Diese Gesellschaft ist leider derzeit noch Lichtjahre weit davon entfernt, zukünftig ohne Knäste auskommen zu wollen." (Pit Scherzl)
„Wer Zuwendung, Anerkennung und positive Entfaltungsmöglichkeiten bekommt, hat es nicht nötig andere zu quälen. Zugegeben, wieviel krass fehlgeleitete Gefährliche dann dennoch verbleiben könnten, kann ich nicht einschätzen. Meinem Menschenbild entsprechend wären es sehr wenige. Und eine Gesellschaft - deren Mehrheit Kooperation und Konfliktbewältigung erprobt hätte- (was ja Bedingung fürs Erreichen unseres idealtypischen Zieles ist), würde dann sicher andere Möglichkeiten finden, sich vor diesen Ausnahmen zu schützen, als ein Wegsperren unter Bedingungen, wie sie derzeitigen Knast charakterisieren. Lösungsstrategien entwickeln sich mit voranschreitender gemeinsamer Erfahrung." (H.Bix)

Bei Pit würde ich die Betonung auf das Wort „lediglich" legen. Der Ansatzpunkt liegt da nicht in einer positiven Utopie, sondern das „Hier und Jetzt" einer Knastrealität, bei der *„95% aller Gefangenen den Arsch nicht hoch bekommen". „Und das geht am besten und einfachsten über Klagen über unmenschliche und rechtswidrige Haftbedingungen."*
Das wiederum ist dann letztlich der Appell an die Justiz, sich menschlicher zu verhalten in der von ihr vorgegeben Form.

An anderer Stelle des Mauerfalls wird dann ein ähnlicher Weg geschildert, den ich als Langzeitarbeitsloser auch schon kennengelernt habe - wie man sich als Einzelner, Isolierter gegen die Zumutungen einer sich immer krimineller gebärdenden Behörde zur Wehr setzen kann und setzen muss. Wie man zu einem Anwalt kommt ... Auch der mit der Utopie wird sich in gegebener Situation nicht anders zu helfen wissen.

Es gibt im Marxismus dieses Verhältnis Überbau zu Basis und: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein." Wenn ich nichts mehr zu essen habe, hilft mir die beste Utopie nichts mehr, denn ich kann dafür nicht mehr kämpfen.

Andererseits ist es völlig ohne Utopie auch nicht mehr weit zur Verbürgerlichung. Diese Realität von Lebensversicherung und Bausparvertrag ist doch eigentlich nicht wirklich lebenswert - und klar, sie kreiert Knäste. Drinnen und draußen.

Und die Angst vor der Ausgrenzung vor allem zwingt zurück in die triste Eintönigkeit des Fabrikalltags. Auch dort findet „Kriminalität" statt, im allabendlichen Fernsehspektakel durchaus erwünscht.

So gesehen, man kann das alles auch wesentlich negativer formulieren, als es H.Bix gemacht hat. Denn da kann man dann nur noch fragen: Was spricht denn eigentlich dagegen *„Lösungsstrategien mit voranschreitender gemeinsamer Erfahrung zu entwickeln"- hin zu einer Gesellschaft ohne Knäste?*

Isolation, Vereinzelung, Atomisierung, Verwertungsinteressen
Sollte das positive Menschenbild falsch sein und „krass fehlgeleitete Gefährliche" alle Ansätze zerstören, muss man sagen, der Versuch war es wert. „Sozialismus oder Barbarei" hat Rosa Luxemburg im Zusammenhang mit der ersten Weltkrieg mal als Alternative postuliert. Heute gibt es so viel Barbarei, dass einem schwindelig werden möchte ... Zum Thema: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein" möchte ich nebenbei von selbiger Rosa Luxemburg die Schrift „Sozialreform oder Revolution" empfehlen. Das kennen normalerweise nur die Trotzkisten, es ist aber auch für Anarchist_innen lesenswert ...
In letzter Konsequenz wird Pit Scherzl das Schreiben von Beschwerden, Eingaben, Leserbriefen, Artikeln etc. mit Sicherheit eher als einen Schritt hin zu einer „Gesellschaft ohne Knäste"- hin zu weniger Repression sehen. Eher als hin zu „perfekteren Knästen" und einer „perfekten Repression"... Was typisch sozialdemokratische Integrationstaktiken todsicher daraus machen wollen würden.
Soweit erstmal einige Kommentare nach erstem Anlesen.

Bodo Schulz
Rosa-Luxemburg-Str.. 01809 Heidenau
http://Punxatan.blogspot.com





… und noch ein Kommentar zu AKP und Iv.I

Ich habe den Mauerfall No 23 erhalten und mit Interesse gelesen. Möchte gleich zu Anfang was los werden: Egal, ob das AKP oder die Interessenvertretumg Inhaftierter, Ihr seid alle mit Herz und Seele dabei, etwas für die Gefangenen zu bewegen, auf Mißstände aufmerksam zu machen und dagegen - so gut jeder kann - vorzugehn. Reibt Euch nicht auf wegen der Scheisse, die der miese Typ da in Rheinbach gestartet hat, als er hinterrücks mit der Liste zur Kauffrau gegangen ist und Pit ihn dabei glücklicherweise auf frischer Tat ertappt hat. (Anzeige hin, Anzeige her)

Der Typ hätte 1984 in Celle die Schnauze dafür poliert bekommen und wäre als Anscheisser bei allen durch gewesen. Finni hat den Nagel voll auf den Kopf getroffen, so wie er es in dem Rundbrief geschildert hat.

Pit Scherzl ist wirklich ein korrekter Typ, der Vollgas gibt, wenn er spitz bekommt, dass was beschissen läuft. Genauso Thomas Meyer-Falk und Ihr alle. Also vorwärts sehn und sich nicht gegenseitig Vorwürfe machen! Der einzige, dem man Vorwürfe machen kann, voll und ganz berechtigt, ist dieser miese Typ aus Rheinbach, der seinen ganzen Mitgefangenen in den Rücken gefallen ist.

Michel, die Welt ohne Knäste wird es nicht mehr geben. Irgendwie werden die, die auffällig geworden sind, immer ausgesondert. Das war so, ist so und wird so bleiben. Damit müssen wir uns alle abfinden. Nicht aber mit dem, WIE der Vollzug mit uns umgeht. Das heißt, wenn Sachen im Vollzug abgehn, die besonders Scheiße sind, muss man es anprangern und dagegen mit legalen Mitteln vorgehn. Nicht die Schnauze halten, sondern aufreißen! Sagen, was nicht korrekt ist.

Solidarität unter Knackis gibt es nicht, jedenfalls nicht in nennenswerter Weise. Von wenigen alten Kampfrössern abgesehen. Ist traurig, aber wahr, einfach eine Tatsache. Solidarität wird es dann geben, wenn der Vollzug sich verschärft, vorher nicht (dann aber mit Sicherheit!).

Die Dokumentationsstelle von der Interessenvertretung Inhaftierter ist auch eine wirklich gute Sache. Wie heißt es so schön: Das Internet vergisst niemals! Gerhard vom AKP möchte ich auch meinen Respekt zollen dafür, dass er die Leute, die sitzen, nicht vergessen hat und sich wirklich voll einsetzt für das, wo er meint, dass es es wert ist!

Peter Wegener,
JVA Sehnde

Lernziel: Konflikte durch Verständigung klären

Trotz alledem und alledem …
Hoppla! Da haben wir ja in ein Wespennest gestoßen! Die relative Einheitlichkeit der Ablehnung unserer Vorstellungen und Vorgehensweisen hat uns doch etwas überrascht *(auch enttäuscht, um ehrlich zu sein).* Natürlich müssen wir dann überlegen, wo wir Fehler in unseren Kommunikationsversuchen gemacht haben. Anscheinend sind wir Dinosaurier, alldieweil wir uns auf eine Tradition berufen und in ihr weiter aktiv sind, die zumindest im Mauerfall-Verteiler nicht mehr viel gilt. Es geht um das Fernziel "Für Gesellschaft ohne Knäste und Strafjustiz" bzw. Konsequenzen, die dieses Ziel im Hier und Jetzt für uns und unsere Strategien hat bzw. haben kann.

In wessen Namen?
"Im Namen des Volkes" werden Menschen verurteilt. "In unserem Namen nicht!" erwidern wir seit vielen Jahren *(mit unterschiedlichen Formen der Schaffung von Öffentlichkeit).* Mit eigenem Namen unterschrieben, aber durchaus in Bezug auf seine Funktion, erstattete der erster Vorsitzende einer Gefangenenorganisation Anzeige gegen einen Gefangenen. Obwohl wir KEINERLEI Sympathie mit dem Angezeigten, dem die Interessen der Mitgefangenen Torpedierenen hatten, sondern dessen Verhalten als äußerst mies betrachteten, erschreckte uns auch die Reaktion jenes Vorsitzenden. Gerade weil wir kurz vorher punktuelle Zusammenarbeit, auch speziell bezüglich Öffentlichkeit gegen das Monopol der Knastkaufleute und über Gegenwehr Rheinbacher Gefangener, vereinbart hatten. Wir waren mit Vorbereitungen dafür beschäftig. Nur deshalb sind wir ja auf die für uns befremdliche Information gestoßen.

Was tun?
Für uns war dann sofort klar, dass wir den Plan konkreterer Zusammenarbeit zurückstellen müssen. Wenn für die eine Seite etwas grundsätzlich nicht vertretbar erscheint, was die andere Seite tut, dann kann das nicht funktionieren. Aber ist solcher Umgang mit Konflikten *(gegenseitiges Anzeigen)* der derzeitige Stand der Gefangenenbewegung? Geschieht so was für sich zusammenschließende bzw. kritisch aktive Gefangene völlig problemlos auch in deren "Namen"? Das fragte besonders Gerhard, unser altes hafterfahrenes "Kampfross", das solche Sitten nicht gewohnt ist, sie auch mit Kopf und Gefühl ablehnt. Und wo kann man das wahrnehmbar fragen? Im Mauerfall, der Diskussionsplattform für engagierte Gefangene, Diskussionsmöglichkeit auch zwischen *(derzeit)* drinnen und *(derzeit)* draußen Befindlichen. Die Frage geht doch alle an: Ist es sinnvoll bzw. mit unseren Zielen vereinbar, die gegen uns gerichtete Waffe gegeneinander zu richten?

Das Aufreger-Thema
An den Reaktionen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir wohl tatsächlich Urzeit-Ungeheuer sind bzw. als solche betrachtet werden. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, dass uns teilweise sogar die Berechtigung abgesprochen wurde, solche Fragen zu stellen. Auch, dass die meisten unserer (beabsichtigten) Diskussionsanstöße nicht aufgegriffen wurden. Stattdessen wurde behauptet, wir würden hohle Phrasen dreschen.
Uns wird vorgeworfen, uns nach entdecken des Kooperations-Hindernisses nicht direkt an den Anzeigenden gewandt zu haben. Die Fakten waren uns ja bekannt. Was blieb bei solch unterschiedlichen Prinzipien anderes zu tun, als die vereinbarte Kooperation aufzukündigen? Findet Ihr es besser, das wird in einen "persönlichen" Brief vor den Augen der Zensur gemacht? Die gegnerische Instanz liest doch potentiell immer mit. Da zogen wir es vor, es im Kreis seiner Freunde und Verbündeten zu diskutieren. Zumal es die ja auch direkt anging. Es ging uns nicht um das Hickhack eine Person betreffend. Es ging uns um Einheit von Denken und Handeln innerhalb von Bewegungen. Durchaus in der Hoffnung, noch Gesinnungsgemoss/inn/en zu finden. Oder zumindest Ansätze für weiteren Austausch zu eröffnen. Stattdessen sind wir eher in Sackgassen gelandet.



Persönlicher Austausch - Rundbriefdiskussion
Weiterer Austausch, das ist ein Stichwort. Michel wirft uns vor, dass wir derzeit nicht ansatzweise so viel persönliche Korrespondenz mit Gefangenen haben wie er. Gerhard hat hier im Mauerfall schon einmal geschrieben, dass und warum er das nicht schafft. Ich habe in früheren Zeiten, als das AKP noch viel mehr Mitglieder draußen hatte, eine ganze Zeit lang etwa so viele, wenn nicht sogar mehr, Kontakte in die Knäste gehabt, wie das bei Michel derzeit der Fall ist. Der längst verstorbene Georg Seibt und ich, wir lieferten jahrelang mit unseren Briefwechseln die Texte von Gefangenen, die wir veröffentlichten Doch unsere Gruppe fiel mehr und mehr auseinander. *(- Anti-Knast-Arbeit von draußen ist teilweise aufreibend, entmutigend, die Wirklichkeit draußen ist das auch -)* Wir waren zeitweilig nicht sehr aktionsfähig. Andererseits gab es draußen viel politische Aufgaben, die teilweise auch mit Anti-Knast zu tun hatten. Ich stand immer noch da mit vielen Briefkontakten. Es ist mir zu viel geworden. Ich habe aufgehört, Tag für Tag mehrere Briefe zu schreiben, manchmal einen ganzen Tag lang nur an Knastpost zu sitzen. Das hatte auch an Qualität verloren, fast wie Fließbandarbeit. Wirkliches sich Einlassen auf die einzelnen war kaum noch möglich gewesen. In der Lage habe mir gesagt, dass die, die mit uns zusammen Öffentlichkeit herstellen wollen, sich halt von sich aus bei uns melden sollten.
Alle aus unserem Verteiler hatten ja in den ersten 10 Jahren des AKP das Kölner Volksblatt mit unserer Antiknast-Seite bekommen, bekamen danach die von uns herausgegebene "von unge". Das war jeweils eine Einladung mitzumachen. *(Bei nachfolgender "kumm erus" fehlte uns schon das Geld für den Versand)* Als ich so "schlapp machte", sagte ich mir, ich müsse unbedingt zumindest einen Rundbrief an alle meine bisherigen Kontakte schicken, der meine Situation und meine Erwartungen erkläre. Das habe ich vor mir her geschoben, bis ich dachte, nun sei es zu spät. Da habe ich versagt. Einige sehr Engagierte schrieben weiterhin, bis sie entlassen oder tot waren. Jedenfalls erloschen bald fast alle Kontakte. Das schleppe ich seit vielen Jahren als schlechtes Gewissen mit mir rum. Ich weiß ja, dass ich Erwartungen enttäuscht habe. Ich weiß, dass für Gefangene verlässlicher Kontakt nach draußen wichtig ist. Dass Kontaktabbruch wie geringe Wertschätzung wirken kann und damit verletzt. Seitdem bin ich vorsichtiger, übernehme ich nur noch wenige Kontakte. Ich will mich nicht mehr "überheben". Nicht wieder den gleichen Fehler machen. Auch dann nicht, wenn Michel behauptet, das sei ein Vorwand von meiner Seite.

Die Vielfalt der Texte hier kommt zusammen, weil Michel mit viel Engagement persönlichen Austausch pflegt. Da es inzwischen auch für ihn zu viel geworden ist, springen einige befreundete Menschen, manchmal auch ich, ein. Aber der Rundbrief beruht weitgehend aus Michels Kommunikationsnetz. Ich werde jetzt nicht allen, die sich zu unseren als Provokation oder Unsinn gewerteten Texten geäußert haben, persönliche Briefe schreiben. Ich nutze das Ergebnis von Michels Arbeit, Euch gleichzeitig erreichen zu können (nutze ich es AUS?). Andererseits denke ich, dass wir diese derzeitige spezielle Auseinandersetzung mit unvermeidlichen Wiederholungen jetzt auch nicht im Mauerfall weiterführen können. Es wäre ermüdend, würde Unwillen hervorrufen. Manche Gefangene haben schon ein Ende angemahnt. Der Mauerfall soll natürlich weiterhin hauptsächlich ein Forum derjenigen sein, die aktuell "drinnen" sind. Soll informieren, was konkret abgeht und Perspektiven gemeinsamen bzw. koordinierten Handelns eröffnen. */h.bix*

Neue Initiative in alter Tradition: "Straflos"

Die von uns herausgegebenen Zeitungen "von unge"/"kumm erus", in denen es fast immer auch um Knast ging, zum großen Teil mit Texten von Gefangenen, gibt es leider nicht mehr *(zumindest nicht auf Papier, nur noch im Internet).* Gerhard hat jetzt aus dem bisherigen Verlauf mit unserer geringeren lokalen Präsenz draußen und zahlreichen Missverständnissen mit Euch drinnen die Konsequenz gezogen, wieder eine Serie kleiner Veröffentlichungen zu starten. Mit "Straflos - Abolitionistische Streitschrift", bisher einfach bloß 4 DinA4-Seiten, möchte er aufweisen, dass ein langfristiges idealtypisches Ziel und konkrete Angriffspunkte hier und und jetzt sich nicht gegenseitig ausschließen. Er möchte damit unsere Tradition lebendig und nachdenkswert erhalten, damit sie nicht zur hohlen Phrase verkommt oder von noch Fernstehenden belächelt wird.
Die Streitschrift soll gefängniskritische Information und Agitation aus einem abolitionistischen Blickwinkel enthalten *(also mit dem Ziel: Hau weg den Scheiss!).* Adressaten sind Menschen draußen UND drinnen. Das steht also, wenn auch in ganz bescheidenem Ausmaß, in der seit fast 26 Jahren andauernden Öffentlichkeitsarbeit des AKP. D.h. wir wollen damit auch versuchen, Aktionen draußen zu moblisieren.

Komischerweise ist es aber so, dass draußen, zumindest in den freiheitlichen Basisbewegungen, das Ziel "Gesellschaft ohne Knäste" zwar längst nicht ausdiskutiert, aber immerhin nicht so fremd erscheint wie bei vielen von Euch drinnen. Das war zur Zeit, als Gerhard noch drin-

nen war, anders. Da wurde, wenn Knast überhaupt ins Blickfeld kam, von draußen auf bekannte gefangene Genoss/inn/en hin fokussiert. Wenn auf Demos der Ruf kam "Freiheit für alle politischen Gefangenen", rief ich teilweise allein hinterher "Für Gesellschaft ohne Knäste". Oder wir waren zu zweit, dritt, viert. Inzwischen steht aber z.B. die Köln-Ossendorfer Silvester-Kundgebung immer unter diesem Generaltenor, dann halt jeweils mit aktuellen Unterthemen. Das hat wohl damit zu tun, dass die ganz bekannten Langzeit-Gefangenen mit revolutionärem Anspruch inzwischen entlassen sind, die jetzt eingesperrten Anarchist/inn/en, Autonomen und Kommunist/inn/en zwar ihre Soligruppen haben, jedoch nicht mehr ein so breites Umfeld erreichen. Knast ist zwar *(leider)* kein zentrales Thema innerhalb der sozialen Bewegungen, aber wer sich überhaupt damit beschäftigt, hat vermehrt Knast allgemein im Blickwinkel. Und mit dem Ziel, die Herrschaftsstrukturen dieses Gesellschaftssystems zu überwinden auch das Bewußtsein, dass das "Ordnungsinstrument" Strafjustiz nicht das einer befreiten Gesellschaft sein könne.

Wenn ich schrieb, zu Gerhards Knastzeiten habe der Großteil der "Linken" bei Knast nur an die prominenten Genoss/inn/en gedacht, muss ich da so weit korrigieren, dass damals das von Werner etwas lächerlich gemachte Haberfeld einen nicht unwichtigen Teil dazu beigetragen hat, das zu ändern, bei freiheitlich Aktiven draußen Knast allgemein und kämpferische Gefangene, die nicht in der BILD-Zeitung auf der ersten Seite stehen, wieder in den Blick zu bekommen. Und seit Gerhard draußen ist - ja, lang ist's her - hat er an verschiedenen Kämpfen teilgenommen, aber nie aufgehört, auf den zerstörerischen Knast und die "anonymen" Gefangenen, die sich gegen diesen verteidigen, hinzuweisen. Das heißt, er hat weiterhin seinen Anteil daran, dass Knast für problembewußte Menschen draußen ein Thema ist. Und dass die Parole "Gesellschaft ohne Knäste" nicht nur auf Ablehung und Unverständnis stößt.



Straflos
Abolitionistische Streitschrift
Nr 1, November 2009

Wir wollen den Scheiss nicht
Bilfinger-Berger baut die „JVA KÖTTER"
In Ratingen entsteht der erste Privatknast in NRW

Die Baufirma Bilfinger und Berger hat sich auf den Neubau von Privatknästen spezialisiert. Ein offensichtlich lukratives Geschäftsmodell frei nach dem Motto „eingesperrt wird in diesem Land ja immer". Ein krisensicheres Geschäft. Der neueste Großauftrag kommt aus dem NRW-Justizministerium. In Ratingen soll ein neuer Knast für 850 Gefangene entstehen. Warum das Land für einen Neubau, der voraussichtlich 100 Millionen kosten wird, lieber MONATLICH 1,7 Millionen und zwar 25 Jahre lang bezahlt, statt gleich selbst zu bauen, interessiert uns wenig. Jeder Knastneubau ist für uns einer zuviel. Wenn die Knäste übervoll sind, müssen eben Leute raus gelassen werden, statt ständig neue Knäste zu

Zum Begriff Abolitionismus: Abschaffungs-Bewegung
Heißt eigentlich also nur: Hau weg den Scheiss! Gab es gegen die Sklaverei in den USA, gegen die staatliche Kontrolle der Prostitution, gibt es gegen die Todesstrafe, gegen Gefängnisse und Strafjustiz allgemein. Letzteres ist hier gemeint. War besonders verbreitet in den skandinavischen Ländern in den 70er und 80er Jahren. Staatliche Reaktionen darauf waren einige Lockerungen, Reformen (angebliche „Resozialisierung"). In den letzten 20 Jahren aber wieder viel Rückschritt in Richtung Straflogik. Doch es gibt weiterhin Vernetzungen der Bewegungen gegen Gefängnisse und Strafjustiz, alle 2 Jahre einen Weltkongress (ICOPA) auf wechselnden Kontinenten zwecks Theorie und Erfahrungsaustausch. (Auch wir meinen, in reaktionären Zeiten ist es besonders wichtig, kritisches Denken & Handeln weiter zu entwickeln, Alternativen vorstellbar zu erhalten. Deshalb diese Streitschrift.)

folgende Bericht von Stefan, eines dortigen Gefangenen:
Nun bin ich hier in Burg angekommen. Nach vielen unfruchtbaren Gesprächen und Anträgen bin ich nun im Hungerstreik. Nicht weil ich etwas Utopisches fordere, sondern weil ich lediglich einfordere, was mir ohnehin zusteht.
Es geht um **medizinische Versorgung** zum ersten. Der Anstaltsleiter verweigert die Durchführung von medizinisch notwendigen Maßnahmen.
Zum zweiten ist die **Personaldecke** der Beamtenschaft so dünn, dass eine ordentliche Bearbeitung unserer Anträge unmöglich gemacht wird.
Des weiteren stellen sich ständig **Kompetenzfragen**, da niemand genau weiß, wer für was zuständig ist. So kommt es unter anderem auch dazu, dass man geradezu genötigt wird, einer privaten Firma (Kötter) eine **Generalvollmacht für den sozialen Dienst** zu

Wir möchten uns den Leser/inne/n und Mitmachenden beim Mauerfall nicht aufdrängen. Aber wir wollen das Blatt "Straflos" jeweils gerne an Gefangene schicken, die es haben möchten. Einen diesbezüglichen Wunsch könnt Ihr durchaus Eueren Briefen an Michel *(& Freundeskreis)* beifügen. Wir streiten uns zwar derzeit etwas, jedoch nicht so sehr, dass das dann untergehen würde. Ihr könnt aber auch bei uns direkt bestellen: AKP, Kalk-Mülheimer Str. 210, 51103 Köln. Ob bei denjenigen, die "Straflos" bekommen wollen, der Versand zusammen mit dem Mauerfall oder gesondert erfolgt, bleibt noch unter uns draußen abzuklären.

Die Inhalte der ersten Nummer "Straflos" sind:

- "**Wir wollen den Scheiss nicht**" zum Bau des ersten teilprivatisiierten Knastes in NRW,
- drei kurze Nachrichten plus Anmerkung: "**Belgien: Gefangene von Polizisten schwer mißhandelt**", "**So werden Knäste gefüllt**", "**Recht auf Rausch**",
- "**Das große Mißverständnis**", ein Grundsatzartikel über das Ziel der Abschaffung der Knäste und
- "**Todesursache Knast"** anlässlich des Prozesses gegen den Nürnberger Knastarzt und einen Sanitäter, die dem Gefangenen David S. nach einem Selbstmordversuch keine rechtzeitige Hilfe zukommen ließen.

Uns/mich würde es freuen, wenn einige Gefangene neugierig und offen genug wären, sich trotz bestehender Fragezeichen unsere Versuche mit der "Straflos" mal anzusehen.

h.bix/AKP



Zur Diskussion im "Mauerfall"

Wenn Michel schreibt, die AKPler/innen würden sich aus dem Mauerfall zurückziehen, stimmt das nicht ganz. Das ist nicht einheitlich. Ich z.B. werde AKP-Mitglied bleiben, etwas bei "Straflos" mitarbeiten, doch auch noch zum Fortbestand des Mauerfall beitragen, also Tippen, ein wenig bei der Korrespondenz helfen, etwas Layout machen und mich mit darum kümmern, dass wir das finanzieren können. *(Ich habe auch draussen immer zwischen Leuten gearbeitet, die nicht meiner Meinung waren, mich dann punktuell solidarisiert oder die Auseinandersetzung gesucht).* Bei gegebenem Anlass werde ich mich auch weiter einmischen, im Mauerfall schreiben,. *(Lieber als zu viele einzelne Briefe. Politische Verständigung ist auch möglich per Rundbrief, mit dem ich Euch alle erreiche. Was keine Missachtung der jeweils einzelnen bedeutet, s.o.)* Aber ohne mich vorzudrängen. Und so lange die Kraft reicht. Wenn allerdings nur "Halt die Schnauze"-Reaktionen kommen, werde ich Euch das Feld überlassen.
Michel hat uns aufgefordert, uns nicht aus der von uns angestoßenen Auseinandersetzung zu "verpissen". Das wollen wir keinesfalls. Dass wir erst mal enttäuscht wurden, hat sicher auch damit zu tun, dass wir nach langer Abwesenheit im Rundbrief gleich ziemlich "reingebrettert" sind, dass viele von Euch uns nicht aus früheren Etappen kennen, wir mit der Mehrzahl keinen vorherigen persönlichen Kontakt hatten *(gilt nicht für alle),* dass nicht ersichtlich war, aus welcher Situation und mit welcher Absicht wir die Auseinandersetzung angezettelt haben. *(Habe hier nicht noch mal auf Pit Scherzls Darstellungen reagiert. Doch wer lesen kann, könnte bemerkt haben, dass bei ihm Etappen der Annäherung(s-Versuche) ausgespart blieben.)*
Aber wir finden, dass die entstandene Frontenbildung kein gutes Diskussionsklima ist, dass wir im Augenblick nicht viel weiter kommen. Es wird sicher noch andere Punkte geben, an denen wir diskutieren können, sofern Ihr überhaupt weiter diskussionswillig seid.

Beruhigend und bemerkenswert finde ich die Beiträge von Thomas Meyer-Falk und Peter Wegener, die sich in dieser Ausgabe befinden. Thomas mit seiner Recherche zum Vertrag der Knasthändlerin und seinen Fragen zum Nutzen einer Anzeige im gegebenen Fall. Peter mit seiner Bereitschaft, auf beiden Seiten (IvI/AKP) positives Engagement für die Bewegung zu sehen, auch wenn sie nicht im Gleichschritt "marschieren" können.
Eine Frage hätte ich aber an Peter: Er beruft sich auf 84, wo der Verräter eins in die Fresse bekommen hätte und dann von allen isoliert dagestanden hätte. Und zu heute schreibt er, es gäbe mit wenigen Ausnahmen keine Solidarität unter Gefangenen. Hat sich das wirklich so krass geändert? Dann sind wir tatsächlich Dinosaurier! Doch - ohne frühere Zeiten glorifizieren zu wollen - wenn das so ist, dann empfinde ich die "neuen Zeiten", die "neue Regeln" schreiben *(Werner)*, keinesfalls als Verbesserung. Außerdem entwickelt sich Geschichte oft wellenförmig, kommen in fortschreitenden Zeiten auch alte Regeln zurück. Auf der Seite der Knaststrategen trifft das offensichtlich zu, dass wieder mehr auf alte Muster hingesteuert wird. Bleibt zu hoffen, dass auch Gefangene manche Werte ihrer eigenen Tradition wieder aufgreifen. *(Und wir warten auf die neue Welle, wirbeln auch etwas rum, wo wir es können.)*

h.bix von AKP Köln

Nachhaken

Nur schlaglichtartig möchte ich noch auf einige an der Diskussion Beteiligten reagieren

Zu Erwin Adamczyk: Das Engagement von Pit Scherzl wurde und wird von uns nicht in Frage gestellt. Wir sind es aber gewohnt, Methoden des Widerstands - so weit möglich - in Bewegungen offen zu diskutieren. Und zu überlegen, wann konkrete Zusammenarbeit produktiv sein kann. (Kleines Detail, was den entstandenen Schaden betrifft: So weit wir das verstanden haben, war es ein LEERES Unterschriftenformular am schwarzen Brett, das entwendet wurde. Demnach wären keine geleisteten Unterschriften verschwunden.) Es ist zudem ein Missverständnis, es habe kein Gespräch mit Pit

Scherzl gegeben. Er hatte Gerhard alles erzählt, außer, dass der den GMV-Typen angezeigt hat bzw. anzuzeigen gedenkt. Danach war Verständigung schwierig, weil Pit Scherzl über Monate keinen Besuchstermin mehr frei hatte. Dann haben wir das im Mauerfall zur Diskussion gestellt, weil wir nicht nur eine Auseinandersetzung mit Pit Scherzl wollten. Wieviel wir als AKP bisher geleistet oder nicht geleistet haben, werde ich hier sicher nicht darstellen. Uns auf Kosten anderer ins Gespräch bringen zu wollen, ist aber ganz und gar nicht unsere Masche

Zu Finni: Die Schärfe seiner Reaktion hat uns überrascht, zumal er den institutionellen Gegnern meist eine eher souveräne Ironie entgegen bringt. Woher er es nimmt, dass wir so tun, als gäbe es die Staatsanwaltschaft gar nicht, keine Ahnung! Unsere Fragestellung hinsichtlich des Benutzens des strafrechtlichen Apparates, besonders gegen *(noch so miese)* andere Gefangene, ist eine ganz andere. Dabei gibt er uns doch eigentlich Recht, wenn er schreibt *"weil es ist klar, dass man versucht, seine Dinger direkt zu regeln, ohne Staatsknechte aller Art".* Wenn er dann schreibt, man könne trotzdem mal die Staatsanwaltschaft bemühen, geht es in seinen Beispielen nur um Anzeigen gegen Vertreter der Repressionseinrichtung, die nicht mal ihre eigenen Gesetze einhalten. Das ist eine andere Ebene. Auch wenn wir das nicht als gute oder hauptsächliche Gegenwehrmöglichkeit betrachten, als die es in manchen Beiträgen verschiedener Gefangener erscheint, ist es zwar nicht so unser Ding, aber in unseren Augen auch nicht ganz tabu. Und Finni sagt das so skeptisch, dass er sich und uns offensichtlich keine Illusionen diesbezüglich macht. Doch warum behauptet er ziemlich wütend, wir würden einen einzelnen "*an den Pranger stellen"*? Das war nicht beabsichtigt. Wir sehen auch unsere Texte nicht so. Warum wurde das, was wir als positiv bei der Ivl und auch bei Pit erwähnt hatten, übersehen? Also wie gesagt, da versteh ich einiges nicht, möchte ich noch persönlicher nachfragen, falls er nicht darauf beharrt, keine weitere Energie auf solche Fragen verschwenden zu wollen.
Natürlich hat er Recht, dass es im Repressionsapparat jetzt überall brennt, dass wir - alle, die von Knast betroffen sind und diesem kritisch gegenüber stehen - darauf reagieren müssen. Bloß wenn wir unterschiedlich damit umgehen, geht halt die engere Zusammenarbeit nicht. Dann behindert man sich eher gegenseitig. Und das ist keine Frage, die nur Pit Scherzl und die akp-Mitglieder betrifft *(von wegen die Betroffenen sollen das gefälligst unter sich lösen).* Das ist auch keine hohe Theorie, kein bloßes Gerede, sondern betrifft Möglichkeiten der Praxis.

Zu Markus Dickhoff: Ich bestreite, dass wir nur Kritik ausgesprochen hätten, ohne Alternativen aufzuzeigen. In dem Text "Wer vertritt welche Interessen wie? Nachdenken über einen Konflikt .." *(Mauerfall 21)* haben wir das sehr wohl versucht. In der Richtung: selber klären, dem Gegner Möglichkeit gegen, sein Verhalten irgendwie zu korrigieren. Wenn das nicht gelingt, ihm *(kollektiv selbstverwaltet)* nen Denkzettel geben bzw die Schweinerei öffentlich anklagen! Und dabei politische Werbung machen für widerständige Selbstorganisation statt sich Verlassen auf von der gegnerischen Institution zur Verfügung gestellte machtlose Gremien *(GMV). (Wobei ich den Text von TMF eine Mauerfall-Ausgabe später, dass man in der GMV doch einiges Nützliches bewirken könne, durchaus*



gelesen habe und nicht alle GMV-Vertreter/innen als Kollaborateure verurteile.)
Markus schreibt - wie andere auch - dass er sich eine Gesellschaft ohne Knäste nicht vorstellen könne. Ich weiß nicht, ob er seinen Brief geschrieben hat, bevor er Mauerfall 23 erhalten hatte. Dort gab es den Artikel *"Wegweiser oder Luftschloss? Plädoyer für eine Parole mit Fleisch auf den Knochen!"* Ich will mich also diesbezüglich nicht wiederholen. Und so lange niemand kritisch auf Aspekte des dort Geschriebenen eingeht, könnte oder möchte ich da jetzt nicht noch andere Argumente hinzufügen.

Worauf ich reagieren muss, ist Folgendes: *"Was soll denn dabei heraus kommen??? "Anarchie", wo man rauben, morden und vergewaltigen darf, ohne bestraft zu werden? Oder führen wir wieder die Selbstjustiz ein!?!?!!? Jeder normale Mensch wird bestenfalls sagen, dass das Utopie ist! Wenn ich hier so meine Runden drehe, dann sehe ich die Menschen, die hier nichts zu suchen haben, und ich sehe genau die, die hierher gehören und nie wieder raus dürfen!"* Ja, ich bin für Anarchie! Denn Anarchie bedeutet Herrschaftsfreiheit, nicht Chaos, Mord und Vergewaltigung. Um das Ziel der Herrschaftsfreiheit zu diffamieren und lächerlich zu machen, wurden wohl solche Gleichsetzungen eingeführt. Inzwischen werden diese Sprachwendungen von vielen Menschen übernommen, auch solchen, die damit nicht bewußt angestrebte Herrschaftsfreiheit lächerlich machen wollen. Eine derartige Gleichsetzung unterstellt, dass Menschen nur unter Herrschaftsbedingungen die Rechte ihrer Mitmenschen achten können. Dass nur die Androhung von Strafe *(und deren Durchführung bei Normbrechern),* also Abschreckung, ein allgegenwärtiges Gegeneinander verhindern könne. Das ist nicht mein Menschenbild. Aber ich gebe zu, dass wir ALLE noch weit davon entfernt sind, die eigene Freiheit zu leben und dabei auch die Freiheit der anderen zu achten Anarchie braucht Verständigung, Gleichberechtigung, Zusammenarbeit, Verantwortlichkeit, Streitschlichtungserfahrungen und, und, und …; sie kann nur entstehen durch Entwicklung und Ausbreitung solcher Fähigkeiten bei vielen Menschen.
Ja, ich bin auch für Selbstjustiz statt Staatsjustiz! Aber halt nicht in der Maßlosigkeit, die bei diesem Begriff immer unterstellt wird. Nein, als Handeln von Menschen, die nicht total durchdrehen, die auch in Konflikten Gegner noch als Menschen sehen, die Rechte haben. Und ich meine, dass es für solche "Selbstjustiz" auch eines beratenden Umfelds, sich dafür entwickelnder Strukturen bedürfte.
Zum Problem der "wenigen Gefährlichen" weiß ich UNMITTELBAR auch keine Lösung. Aber ich würde über keine Menschen sagen, dass sie "hierher gehören", also in den Knast, so wie er hier und anderswo ist. Dass die Gesellschaft Schutz braucht vor Gefährlichen, die die elementaren Rechte anderer nicht achten können oder wollen, bleibt dabei unbestritten.

Allgemein:
Die meisten von Euch haben sinngemäß geschrieben: Uns geht es ums HIER und JETZT, nicht um ein Wolkenkuckucksheim. Genau darum geht es uns auch. Aber was wir jetzt angreifen und wie wir es machen, welche Teilziele wir anstreben, mit welchen Mitteln wir uns verteidigen, das hängt auch von weitreichenderen Zielen ab. Das noch ganz Ferne kann das Nahe und Unmittelbare beeinflussen. Wenn wir es schaffen, zumindest Konflikte untereinander in die eigene Hand zu nehmen, "ohne Staatsknechte", können wir selbst erleben, dass und wie es ohne diese geht. Das kann uns JETZT schon helfen. Und wir können es anderen zeigen, andere ermutigen. Je weiter sich das ausbreiten würde, um so weniger würde an die "Staatsknechte" delegiert. Das würde die Chance vergrößern, einmal zu einer freien Gesellschaft ohne Knäste zu gelangen. Und auch wenn dieses ideale Ziel nie erreicht wird: jede Zwischenetappe, die uns dem annähert, ist eine Verbesserung, ist ein Plus für das jeweilige JETZT.

Endlich Schluss:
Wieder nur alles Blabla? Hohe Theorie? Leere Sprüche? Tut mit leid, es ist auf jeden Fall zu lang. Aber solche Gedanken lenken meinen Alltag. Und solche Gedanken sind mit daran beteiligt, dass ich seit über einem Viertel-Jahrhundert politisch gegen Knast engagiert bin. Das andere, was mich an dieses Thema fesselt, sind die Berichte von "drinnen" über die tägliche Gewalt, die in Knästen ausgeübt wird. Gewalt, der wir - jeweils mit unseren unterschiedlichen Möglichkeiten, Kräften und Methoden - etwas entgegensetzen müssen, wenn wir uns nicht unterwerfen wollen. Wenn wir der Repression nicht in die Hände spielen wollen. Was mich auch ermutigt, ist, dass es immer wieder Menschen gibt, die sich trotz elend langer Haft nicht brechen lassen. Nicht Gefangene sind meine Gegner, sondern das Knast- und Herrschaftssystem. Hier steh ..., nein sitz ich und kann nicht anders.

Ohne Euch etwas vorschreiben zu wollen, aber mit dem Wunsch, mich verständlich zu machen, ein vielleicht doch etwas unbelehrbarer Dino



h.bix
von
AKP Köln

Letzte Meldung: Auch Pit Scherzl hatte noch was geschrieben zum Konflikt. Dass das hier nicht steht, ist schlechte Koordination im Clan, keine Absicht. Vorgesehen für nächsten Rundbrief.

Knastkaufmann der JVA Rheinbach - macht Reibach?

Klagen von Gefangenen über ihre jeweiligen Anstaltskaufleute verstummen sicher nie !
Auch aus der JVA Rheinbach wurde schon hier im Mauerfall berichtet.

Schon seit längerem bemühe ich mich um Einsicht in den Vertrag zwischen der dortigen JVA und dem Anstaltskaufmann, denn da auch hier in Bruchsal die Probleme groß sind, interessiert es mich zu erfahren, wie in einem anderen Bundesland die vertragliche Ausgestaltung erfolgte.

Nachdem die JVA Rheinbach die Einsichtnahme ablehnte, u.a. mit dem – unzutreffenden – Vorwurf, ich stünde in Kontakt mit dem dort einsitzenden Iv.I.-Vorsitzenden, weshalb zu befürchten sei, dass ich ihm den Vertrag zukommen ließe, erhob ich schließlich Klage beim Verwaltungsgericht! Wo sich das Land damit verteidigte, es bestünde die Gefahr der Bedrohung der Kauffrau, da in dem Vertrag ihre Adresse und Name stünden, konnte nun nach mehrfachem Schriftwechsel meines Anwaltes aus Düsseldorf mit dem Gericht die Vorlage des Vertrages erreicht werden..

Zuerst fällt die lange Vertragsdauer auf: Für 5 Jahre hat man sich gebunden *(§ 8 des Vertrages vom 05.11.2007),* mit Verlängerungsoption für jeweils ein weiteres Jahr, sollte nicht mindestens vier Monate vor Vertragsablauf gekündigt werden. Hier in Bruchsal hat man sich z.B. nur 3 Jahre gebunden. Hinsichtlich der Preisgestaltung wurde wachsweich formuliert, die *„Waren* (seien) *zu ortsüblichen Preisen"* anzubieten *(§ 4).*



Das geht auch anders und besser. So war früher mit dem Anstaltskaufmann der JVA Bruchsal vereinbart, z.B. das Angebot der Läden „draussen" zu genau dem selben Angebotspreis den Gefangenen zu verkaufen. Zumindest wurde der Rheinbacher Händler verpflichtet jede Preiserhöhung *„eingehend zu begründen" (§ 4).* Die Sortimentsvorschläge der Gefangenenvertretung und die Speisegewohnheiten ausländischer Gefangener sollen *„angemessen berücksichtigt"* werden *(§ 3).* Die JVA ihrerseits verzichtet ausdrücklich auf *„die Entrichtung von Kosten für Strom, Wasser und Miete"* und geht laut ihren Ausschreibungsunterlagen vom 20.09.2007 davon aus, dass *„sich dieser Verzicht günstig auf die Preise der angebotenen Waren auswirkt."* Pro Einkaufstermin soll den Gefangenen die Möglichkeit von drei *„schriftlichen Sonderbestellungen eingeräumt werden".*

Alles in allem ein Vertrag, der hätte aus Gefangenensicht besser, weil hinsichtlich der Preispolitik des Anbieters restriktiver formuliert werden können und müssen. Hinsichtlich der Vertragsdauer bis mindestens 31.12.2012 ist er eindeutig zu langfristig angelegt.

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA Bruchsal.



Diskussionen ...

… um den Begriff und die Sicht auf Zwangsarbeit im Strafvollzug und in der relativen Freiheit, auf Sklaven und Untertanen ...

Maiks Aufforderung im Rundbrief No.23, S.14, das Thema ZWANGSARBEIT eingehender zu durchleuchten, komme ich gern nach, denn Zwangsarbeit verbindet die Kämpfe Gefangener mit denen vieler Menschen draußen in Freiheit.

Zwangs-oder Pflichtarbeit ist durch das Grundgesetz, mithin durch die Verfassung der BRD geächtet, also nicht zulässig. Die rechtlichen Einzelheiten regelt ein Bundesgesetz aus dem Jahre 1956 (siehe BGB1. II 1956, 640), mit welchem das „Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28.Juni 1930 über Zwangs-oder Pflichtarbeit" in Gesetzesrang erhoben worden ist. Jenes Übereinkommen Nr.29 bestimmt, unter welchen Bedingungen eine mit Hilfe von Strafen oder Druckmitteln erzwungene Arbeitsleistung als Zwangs- oder Pflichtarbeit zu bezeichnen und zu ächten ist. Da laut dem Übereinkommen Nr.29 die erzwungene Arbeit von Strafgefangenen nicht als Zwangs- oder Pflichtarbeit bewertet werden darf, stellt es zugleich die Gesetzesgrundlage dar, auf der sich das Arbeitsregime des Strafvollzuges erhebt. (Calliess/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz mit Kommentar, 10. Auflage, enthält im Anhang auf den Seiten 1036 und 1037 einen Auszug aus dem Übereinkommen Nr.29.)

Aus gesetzlicher Sicht ist nicht jede erzwungene Arbeit Zwangsarbeit, dass Gesetz listet die wenigen Ausnahmen auf, doch geht aus ihm unmißverständlich die gängige Praxis der Arbeits- und Sozialbehörden draußen als unzulässig hervor, was Pflichtarbeit im Rahmen von Sozialhilfe oder neuerdings von den sogenannten Ein-Euro-Jobs betrifft. Da werden Gesetz und Verfassung offen gebrochen. Wenn ein solch schwerwiegender Bruch auf (fast) keinerlei Widerstand stößt, ist nach den Gründen zu fragen. Wahrscheinlich begreift die Mehrzahl der Menschen ihre Arbeit ohnehin als Zwangsarbeit. Da Menschen ja gezwungen sind, zu essen und zu trinken, Speisen und Getränke jedoch nicht an den Bäumen wachsen, ließe sich jegliche Arbeit als erzwungen auffassen: *Im Schweiße deines Angesichts sollst Du ...* Zwangsarbeit wäre demnach nicht von freier Arbeit unterscheidbar.

Da nicht unterscheiden zu wollen, ist natürlich albern. Offenbar ist die Arbeit von Menschen in freien Zusammenschlüssen, zum Beispiel in Kooperativen, eine andere als die, welche durch Gewalt ausübende Personen und zum Beispiel durch Zelleneinschluß, Besuchs- oder Einkaufssperren (Mangelernährung) erzwungen wird. Freie Zusammenschlüsse liegen vor, wenn deren Mitglieder eben nicht durch Personen in der Wahl ihres Aufenthaltortes festgelegt werden können. Ob Arbeit oder Zwangsarbeit vorliegt, bestimmt sich folglich nicht aus allgemeinen natürlichen Gegebenheiten menschlichen Lebens und auch nicht aus der sonstigen Art einer Tätigkeit, sondern allein aus dem an Personen gebundenen machtlichen Verhältnis, in welches die Arbeitenden gestellt sind. Symbol solcher Gewalt ist die Peitsche des Sklavenhalters.

Sklaverei oder Leibeigenschaft sind hierzulande Vergangenheit. Zumal wenn Menschen sich kaum mehr in freien Zusammenschlüssen zur Arbeit verabreden können oder wollen, weil sie dressiert sind zu tun, was ihnen *(von Chefs, Vorgesetzten, Beamten oder Lehrern)* aufgetragen wird, glauben sie sich um so mehr frei. Tatsächlich aber machte solche Dressur aus Menschen Untertanen. Untertanen sind Sklaven, die sich für frei halten. Mit Gewalt in Arbeit Gezwungene sind Sklaven, sich freiwillig in Sklaverei Begebende sind Untertanen.



Untertanen erscheint ihre Sklaverei als etwas Natürliches, daher rufen sie begeistert: „Arbeit macht frei!" Und es ist eben jener Untertan, dem sich die Unterscheidung von freier und erzwungener Arbeit so vollends verwischt hat, das ihn die Mißachtung des gesetzlichen Verbots von Zwangs- oder Pflichtarbeit durch den Gesetzgeber selbst nicht stört. Letztlich erscheint dem Untertanen Freiheit gar als etwas Gefährliches, mindestens aber als etwas Unmoralisches. Deshalb glaubt er, die Gesellschaft *(eben so nennen Untertanen ihre Chefs oder sonstigen Vorgesetzten)* habe ein moralisches Recht, für die Auszahlung von Stütze eine Gegenleistung zu verlangen, sei es auch nicht mehr, als sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufzuhalten, um dort dann bestimmte alberne Dinge zu verrichten, wie es bei der Arbeit im Rahmen von Sozialhilfe oder Ein-Euro-Jobs gewöhnlich der Fall ist. Bei den von den Arbeits- und Sozialbehörden draußen erzwungenen Weiterbildungen und Trainingsmaßnahmen ist es nicht anders. Da der Untertan diese Kröte klaglos geschluckt hat, wird ihm im nächsten Schritt eine dickere vorgesetzt, anstatt albern werden die Zwangstätigkeiten nach und nach hart und nicht selten gesundheitsgefährlich *(zum Beispiel beim Recycling von Elektro- und PC-Schrott).*

Um so verständlicher, wenn Maik da auf die wenigen noch verbliebenen Lichtblicke bei der erzwungenen Arbeit von Gefangenen hinweist. Eine berufliche Ausbildung machen zu können, ist im Vergleich zu dem, was vielen unserer „freien" Mituntertanen draußen zugemutet wird, geradezu ein Privileg, und tatsächlich wäre es dumm, solche Möglichkeiten nicht zu nutzen.

Auch wenn einer später, in Freiheit, trotzdem arbeitslos sein sollte, bleibt das Handwerk allemal Handwerk und besitzt goldenen Boden. Erst recht, wenn es gelingen sollte, es im Rahmen von freien Zusammenschlüssen auszuüben. Nun ja, wir haben Kapitalismus im Endstadium und haben also fertig. Schlechte Zeiten nicht allein für Sklaven, sondern auch für Sklavenhalter.

Sagen wir es so: Alles wird schlechter, nur eins wird besser, dem Kapitalismus geht's schlechter! Wo Zwang endet, beginnt Freiheit. Auf dass niemand von ihr erwischt wird wie ein Dieb in der Nacht – halten wir uns bereit, der Kampf geht weiter!

Werner Braeuner,
JVA Sehnde

Kurze Diskussionbeiträge zum Mauerfall 23

Da der Mauerfall auch Diskussionsforum sein möchte, ein kurzer Beitrag zum Mauerfall No. 23, namentlich Maiks (JVA Sehnde) Ausführungen zur „Zwangsarbeit" und zu dem Streit um die Strafanzeige gegen einen Mitgfangenen in der JVA Rheinbach.

a.) Zwangsarbeit

Maik stellte die Vorteile von Arbeit hinter Gittern in den Vordergrund und sieht diese auch als Chance; zur geringen Entlohung merkte er an, hier werde schließlich Strafe vollzogen, weshalb man nicht auch noch ein üppiges Entgeld erwarten dürfe.

Ich bin der Ansicht wenn gegen Zwangsarbeit gekämpft wird, liegt der Schwerpunkt auf dem Aspekt des Zwanges. Wenn jemand freiwillig arbeiten möchte, sollte er/sie dies tun dürfen. Nur ist es heute in der BRD so, dass wer sich dem Zwang verweigert hierfür mit Sanktionen rechnen muss.

Selbstverständlich ist es sinnvoll Schule und Ausbildungsmöglichkeiten im Gefängnis zu nutzen; auch wenn für eine Angleichung der Löhne an „draußen" gestritten werden muss. Denn das Argument von Maik, die geringe Entlohnung sei Bestandteil der Strafe, überzeugt nicht. Arbeit ist Arbeit, egal wo. Und die „Strafe" lautet auf Freiheitsentzug, nicht auf Lohnentzug.

b.) Strafanzeigen

Wer Strafanzeigen gegen Justizpersonal richtet, um damit Sand ins Getriebe zu streuen, weiß, was er von der Staatsanwaltschaft erwartet. Wer jedoch ganz ernsthaft und mit der Absicht jemanden bestraft zu wissen, einen Mitgefangenen anzeigt, macht sich einerseits selbst zum verlängerten Arm dieses Justizsystems. Und sitzt zudem dem offenbar auch unter Inhaftierten nicht ausrottbaren Fehlschluss auf, bei der Staatsanwaltschaft handele es sich um eine objektive und unparteiische Institution.

Auch der rhetorische Kunstkniff, einen Mitgefangenen zum Quasi-Mitarbeiter der Justiz zu erklären, um damit dann die Strafanzeige moralisch zu rechtfertigen, hilft nicht weiter. Der Beanzeigte bleibt nach wie vor ein Mitgefangener, auch wenn er sich unsolidarisch verhalten hat.

Außerdem, was wäre gewonnen, würde die Staatsanwaltschaft die Anzeige zum Anlass nehmen den Mitgefangenen anzuklagen und er würde verurteilt werden?! Was wäre dann gewonnen, worin läge hier der Fortschritt?

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA-Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
76646 Bruchsal

Rollback im Strafvollzug

Eine Bestandsaufnahme

Anhand der Vollzugspraxis der Justizvollzugsanstalt (= JVA) Bruchsal kann exemplarisch verfolgt werden, wie im Verlauf der letzten 15-20 Jahre erreichte Standards beschnitten werden - eine Bereitschaft der Inhaftierten sich zu wehren ist kaum zu bemerken.

Einschnitte im Alltag sind oft scheinbar nur marginal, so wie Anfang des neuen Jahrtausends, als in der JVA Bruchsal urplötzlich der Kauf von Peperoni und Mohnstreuselkuchen verboten wurden. Gefangene, deren Warensortiment sowieso Restriktionen erheblichen Ausmaßes unterliegt, erlebten dieses Kaufverbot als schikanös. Dabei brachte die JVA vermeintlich "gute Gründe" in Anschlag. Nach zig Jahren und ohne konkreten Anlass fiel der Anstaltsleitung plötzlich auf, dass Peperoni getrocknet und pulverisiert eine potenzielle Waffe darstellen könnte. Und der Mohnstreusel könnte als Ausrede für Drogenkonsumenten dienen *(denn die Urintests zur Bestimmung des Drogenkonsums sprechen auf Abbauprodukte des Speisemohns ebenso an wie auf "echte" Opiatabbauprodukte).*



Finni – *'Methodenlehre'*

Vor knapp 20 Jahren waren in Bruchsals Zellen Computer erlaubt - aber je weiter die PCs in der freien Welt um sich griffen, um so stärker wurden die Besitzrechte in der JVA eingeschränkt, bis am Ende kein Gefangener mehr einen Computer genehmigt erhielt und langjährig in Besitz befindliche *(auch privat finanzierte Rechner)* aus den Zellen entfernt wurden. Alles unter dem Label "Sicherheit und Ordnung". Auf den Computern könnten sicherheitsrelevante Informationen gespeichert werden, das Vollzugspersonal besitze weder die Kenntnisse, noch die Fähigkeiten die Rechner adäquat zu kontrollieren. Verboten wurden Torten mit Styroporring, Spielzeuge für Kanarienvögel/Wellensittiche. So genannte "Bastelgenehmigungen" werden nicht mehr bewilligt *(früher durften Gefangene in ihren Zellen umfangreiche Bastelmaterialien besitzen).* Die Einkaufsmöglichkeiten wurden beschnitten: Konnte man früher "Stadteinkauf" machen, d.h. man bestellte Artikel, die dann durch Dritte in der Stadt besorgt wurden. Verboten! Der Sichteinkauf (*dabei ging man in einem Verkaufsraum im Keller der JVA an einem supermarktähnlichen Regal vorbei und suchte aus, was man kaufen wollte),* wurde ersetzt durch "Listeneinkauf" *(eine Woche vor dem Einkaufstag muss man eine Bestellliste abgeben werden und man erhält die Bestellung fertig in einem Korb gepackt).* Die Möglichkeit, sich bei Versandhändlern Kleidung zu kaufen oder Sportschuhe bei einem Vollzugsbeamten, der für den Sport zuständig ist, wurde eingeschränkt, bzw. letzteres ganz verboten.

Ab November 2009 wird den Gefangenen verboten sich in andere Abteilungen der Anstalt zu begeben als ihres eigene Unterkunftsbereichs. *(Die JVA besteht aus 4 so genannten Flügeln, sprich Trakten, und bislang durfte man andere Gefangene in deren Trakten besuchen. Dies wurde jetzt untersagt und Verstöße werden mit Disziplinarmaßnahmen geahndet).* Einschränkungen und Kürzungen bei den Vollzugslockerungen gab es ebenfalls *(und werde angesichts drohender Mittelkürzungen für 2010 und 2011 ausgeweitet werden).*

Diese Aufzählung ist nicht abschließend, sondern ließe sich um diverse weitere Punkte ergänzen. Durch die Verteilung der Maßnahmen über die Jahre verhindert die JVA recht wirksam, dass es zu einem Gefangenenaufstand kommt, denn jede Verfügung für sich genommen erscheint mehr oder weniger marginal *(von Ausnahmen abgesehen)*, aber in der Summe ist die Verschärfung des Klimas und der Haftbedingung unübersehbar.

Nicht zu vergessen die effizientere Nutzung der Gefangenen und ihrer Arbeitskraft; wobei dies kein Bruchsaler Spezifikum darstellt. Systematisch werden Arbeitsposten in der Lohngruppe herab gestuft, Prozente für gute Leistungen gestrichen oder gekürzt, ohne dass etwa die Leistungen schlechter geworden wären - aber es herrscht der Rotstift. Konnten früher die Betriebsleiter recht freihändig Leistungszulagen verteilen, so darf heute im Durchschnitt nicht mehr als 7,5% *(statt der30% vorgesehenen!)* ausgeschüttet werden. Sprich der Wettbewerbsdruck unter den Gefangenen wird erhöht, denn wenn jemand 10% Zulage möchte, muss jemand Anderes 2,5% Punkte gekürzt erhalten, um auf den Durchschnitt von 7,5% zu kommen.

Als wäre dies nicht genug, müssen die nun weniger verdienenden Gefangenen ab 2010 auch für ihre Besuche beim Anstaltsarzt zuzahlen, ebenso für Medikamente *(freie Arztwahl gesteht man ihnen nicht zu).* Konnten Freunde oder Angehörige den Inhaftierten drei Mal im Jahr eine kleine Freude machen durch ein persönliches Lebensmittelpaket, entfällt diese Geste ab 01.01 2010 völlig! Angeblich sei der Aufwand für die Kontrolle der Pakete zu hoch.

Angesichts der reduzierten Lebenswelt von gefangenen Menschen, werden diese durch jeden Einschnitt ungleich härter getroffen als Menschen in Freiheit. Trotz alledem gibt es jedoch - bedauerlicherweise - kaum Bereitschaft gegen die Verschärfungen zu protestieren; selbst legalistische Möglichkeiten wie Beschwerde und Klage vor Gericht werden kaum ergriffen; von weitergehenden Protestaktionen ganz zu schweigen.

Resignation und Einschüchterung sind die beherrschenden Affekte. Der eine will sich nicht die vorzeitige Freilassung durch Abschiebung in

sein Heimatland "versauen", der andere nicht eine mögliche Unterbringung im Offenen Vollzug gefährden *(die er erhofft und oftmals dann dennoch nicht gewährt bekommt)* .

Gibt es gar keine "Fortschritte"? Ja, heute darf jeder Gefangene einen eigenen Fernseher besitzen und in Bruchsal auch eine Playstation I oder II, einen DVD-Player und CDs. Das war es dann auch schon an "Errungenschaften" *(die zudem gerichtlich erstritten werden mussten).* Letztlich führen diese modernen Unterhaltungsmedien tendenziell eher zur Vereinzelung und Entsolidarisierung; ungezählt die Inhaftierten die vor dem Fernseher sitzen und abgekoppelt von der Realität in Filmen und Spielewelten leben, sich so vielleicht auch betäuben, um den Alltag hinter Gittern auszuhalten.

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA-Z. 3113,
Schönbornstr. 32,
76646 Bruchsal

http://www.freedom-for-thomas.de
http://www.freedomforthomas.wordpress.com



Immer wieder liest man von der durchschnittlichen Haftzeit von Lebenslänglichen, meist mit einem Unterton, dass das ja nicht wirklich lange und schon gar nicht 'lebenslange' sei. Das ewige Sinnen auf Rache offenbart sich nirgendwo so schonungslos wie im Falle der LL- und SV-Gefangenen. Das Schicksal und die Hoffnungslosigkeit unter den LLerInnen und den SVlerInnen ist extrem, eine wirkliche Perspektive gibt es für die allermeisten nicht. Psychotherapie-Angebote dienen nicht der Hilfestellung sondern zur Gefügigmachung der Gefangenen. Mir gehen gerade auch die Schicksale der LL und SV-Gefangenen sehr nahe. Nachfolgend eine Schilderung aus dem rheinland-pfälzischen Langstrafenknast Diez.

Michel

Knast ohne Ende...

Über 20 Jahre in Sicherungsverwahrung!

Sexualtaten sind in besonderem Maße geeignet, Emotionen zu schüren, denn sie berühren Urängste des Menschen und dessen intimste Sphäre. Wie geht eine Gesellschaft mit Sexualtätern um, lautet eine der zentralen Fragen. An nebenstehend folgendem Einzelfall möchte ich dies näher beleuchten.

Zur Vorgeschichte

Nennen wir ihn Frank S. *(Name verändert),* geboren Anfang der 60'er Jahre, wurde erst 1976 wegen versuchter Vergewaltigung zu Jugendstrafe von acht Monaten auf Bewährung und 1979 zur Unterbringung in der forensischen Psychiatrie wegen einer Vergewaltigung verurteilt. Am 06. März 1985 schließlich erfolgte die letzte Verurteilung; S. hatte jeweils Anhalterinnen mitgenommen und sie vergewaltigt, bzw. er versuchte es zumindest. Hierfür bekam er fünf Jahre Freiheitsstrafe; die anschließende Unterbringung in der Sicherungsverwahrung wurde abgeordnet.

Zur Sicherungsverwahrung

Die Sicherungsverwahrung *(SV)*, geregelt in den §§ 66 ff Strafgesetzbuch, geht zurück auf das "Gewohnheitsverbrechergesetz" von 1933. Wegen dieses Zusammenhangs mit der Diktatur des Nationalsozialismus kam 1952 das Oberste Gericht der DDR zum Schluss, die SV sei - Zitat - als "inhaltlich faschistisch" anzusehen und hob sie auf. Ähnliche Bedenken hegten westdeutsche Richter bislang nicht. Vielmehr wurden die Regelungen zur SV *(auch unter tatkräftiger Mithilfe der GRÜNEN und der SPD)* immer mehr ausgeweitet, so dass heute auch schon Jugendliche davon betroffen sein können. Die SV gestattet es dem Staat, Menschen bis zu ihrem Tode zu verwahren, wenn von ihnen eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht. Der oder die Betroffene verbüßt erst die Freiheitsstrafe und im Anschluss die SV. Saß er/sie zuvor zur "Sühne" für begangene Straftaten, wird anschliessend aus präventiven Gründen die Freiheit entzogen - für das, was jemand tun könnte.

Der Vollzug der SV unterscheidet sich nur marginal von dem der Strafhaft. Die angeblichen "Privilegien", die man in der SV gewährt bekommt, sind der Rede nicht wert und ändern nichts an dem Freiheitsentzug. Auch wenn in der Literatur die SV immer wieder Angriffen ausgesetzt ist *(vgl. zuletzt die Dissertation von Tobias Mushoff, "Strafe-Maßregel-Sicherungsverwahrung", erschienen 2008 im Peter Lang Verlag, Preis 105 Euro),* sind Ausweitungen zu erwarten und die CDU/FDP-Koalition im Bund strebt eine Vereinheitlichung der eher unübersichtlichen Regelungen an.

Zurück zu Frank S.

Nachdem S. seine Freiheitsstrafe 1989 verbüßt hatte, wechselte er in die SV - wo er noch heute sitzt. Ohne je einen Tag, oder nur eine Stunde in Freiheit gewesen zu sein. Mittlerweile ist er über 50 und ein echter Schimmer am Horizont ist nicht wirklich erkennbar.

Nun fordert die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts ab dem 10. Jahr in der Sicherungsverwahrung eine Umkehr der Gefahrenprognose. Für die ersten zehn Jahre SV reicht es aus, jemanden in Haft zu halten, wenn nicht eindeutig eine positive Sozialprognose gestellt werden kann, also sichergestellt ist, dass keine Straftaten mehr begangen werden. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit, so das höchste deutsche Gericht, müsse ab dem 10. Jahr in SV jedoch dem/der Verwahrten positiv nachgewiesen werden, weiterhin akut "gefährlich" zu sein.Dieser Nachweis erfordere dann auch sorgfältige Begutachtung durch psychiatrische Sachverständige. So die Theorie.

Skandalöses Verhalten des Landgerichts Freiburg

Vor dem Hintergrund der nun wirklich lang dauernden Unterbringung in der SV sollte man erwarten, dass die drei Richter des LG Freiburg sich besondere Mühe mit der Prüfung der Fortdauerentscheidung im Fall Frank S. machten. Mit Beschluss vom 31.07.2009, der knapp mehr als drei Seiten umfasste, lehnte das Gericht eine Freilassung ab und stützte sich dabei auf ein "Gutachten" eines Sachverständigen, der Frank S. weder gesehen, noch gesprochen hatte. Dafür zeichneten Landgericht und Staatsanwaltschaft sich für zahlreiche Verfahrensverzögerungen verantwortlich, denn eigentlich hätte aus rechtlichen Gründen die Entscheidung schon bis zum 11.07.2008 *(also ein Jahr zuvor)* fallen müssen. Die zwangsweise beigeordnete Verteidigerin machte ihre Arbeit auch nicht sonderlich gut, riet dann - nach Mitteilung von Frank S. - sogar ausdrücklich davon ab, gegen den die Freilassung ablehnenden Beschluss Beschwerde einzulegen. Bei soviel "Engagement" der Anwältin nahm S. Die Sache selbst in die Hand und erhob am 17.08.2009 sofortige Beschwerde.

Das Oberlandesgericht greift ein

Wie gravierend das OLG Karlsruhe *(Az. 2 Ws 309/09)* die Fehler einschätzte, beweist der Umstand, dass schon 14 Tage später, nämlich am 31.08.2009, mit einem 18 Seiten umfassenden Beschluss die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben wurde. In aller Breite befasste sich das OLG mit den Fehlern der Vollzugsanstalt, die den Betroffenen lediglich verwahre, der Staatsanwaltschaft, die nicht mal in der Lage war, die Akten pünktlich vorzulegen und vor allem den gravierenden Fehlgriffen des Landgerichts, das Fehler bei der Beauftragung des Gutachters, der Bewertung des Gutachtens, der Durchführung der Anhörung des Gutachters, der Begründung der die Entlassung ablehnenden Entscheidung und der Beschleunigung des Verfahrens zu verantworten hatte.

Erst nach den deutlichen Worten und Vorgaben des OLG bequemte sich das Landgericht Freiburg, den renommierten Münchner Sachverständigen Professor Dr. Nedopil mit der Exploration und Begutachtung zu beauftragen, sowie dem Sicherungsverwahrten die von ihm gewünschte Vertrauensanwältin beizuordnen.

Frank S. - ein Opfer der Justiz?

In ihm ein Opfer zu sehen, wäre wohl verfehlt, denn er war es, der, wenn auch vor über 25 Jahren *(!)* den Anlass setzte für die Verurteilung. Aber was ihm seitdem widerfahren ist, lässt deutlich die Diskrepanz erkennen zwischen harter Realität und der gesetzlichen Fiktion, was die Behandlungspflicht seitens der Justizvollzugsanstalt angeht und den minimalsten Verfahrensvorschriften, an die sich eigentlich LG und Staatsanwaltschaft zu halten hätten. Förderlich für Frank S. war sicherlich auch nicht, dass er 1993 von einem Mitverwahrten fälschlich der Planung einer Geiselnahme beschuldigt wurde und in Folge dieser Anschuldigung in Isolationshaft landete *(1994 erfolgte der Freispruch).* Zum Erschrecken nicht nur für Frank S. schaffte die GRÜNE/SPD-Koalition 1998 zudem die 10-Jahres-Grenze für erstmalig in SV Untergebrachte ab: Bis 1998 musste man nach 10

Jahren SV frei gelassen werden. Ohne jeden konkreten Anlass, wie etwa schwere Straftaten durch aus SV Entlassene, wurde diese Bestimmung gestrichen, so dass alle Verwahrten von heute auf morgen mit "lebenslänglich" da saßen.



Finni:SV

Wie um die Sicherungsverwahrten auch im wörtlichen Sinne "einzusargen", werden nun, wie Frank S. berichtete, alle Zellen in der JVA Freiburg mit neuen Fenstern ausgestattet: Ein Fensterflügel mit Panzerglas fest montiert und vor jenen Flügel, der sich in der Zelle noch öffnen lässt, kommt zusätzlich ein Lochgitter, was Lichteinfall und Luftaustausch erschwert.

Ausblick - wo bleibt Hoffnung?
Trotz der langen Haftzeit hat sich Frank S, nicht unterkriegen lassen, hat nicht resigniert; auch wenn typische Folgen, als Hospitalismu bezeichnet, nicht ausgeblieben sind. Nun setzt er seine Hoffnung in die 2010 erfolgende Begutachtung durch den oben erwähnten Professor Nedopil, die ihm dann entweder eine Perspektive für eine schrittweise erfolgende Entlassung eröffnet, oder aber auf eine weitere, dauerhafte Verwahrung hinaus läuft.
25 Jahre sind eine lange Zeit ....

Thomas Meyer-Falk
c/o JVA -- Z. 3113
Schönbornstr. 32
D-76646 Bruchsal

Nichtdeutschsein wird bestraft!

Über den Wahnsinn um die Staatsangehörigkeit

Weil ich nur noch ca. 10 Monate zum 2/3 Zeitpunkt habe, ist jederzeit eine Abschiebung möglich. Die Zeit dafür ist gekommen...

Sie wäre auch für den offenen Vollzug gekommen ... - aber nur wenn ich Deutscher wäre. Doch so wird es so sein, dass, obwohl ich meine Strafe abgesessen habe, hier in der BRD verbüßt und gebüßt habe, ich trotzdem abgeschoben werde. Ist das Gerechtigkeit?

Jetzt schreibe ich allen LeserInnen mal eine traurige Wahrheit - es ist irgendwie ein bitterer Witz! Wenn ich selber manchmal daran denke, muss ich lachen ohne Ende... Ich erzähle einen Sachverhalt aus der irrwitzigen Situation meiner Familie um Nationalitäten und Staatsangehörigkeiten. Könnt Ihr Euch folgendes vorstellen: Von den gleichen Eltern haben die Kinder verschiedene Nationalitäten - denn meine beiden Brüder sind Deutsche! Noch witziger ist, ich bin Türke, aber meine Kinder sind Deutsche! Wo gibt so was? Mir ist kein anderes Land bekannt in dem es eine solche verwirrte Rechtsprechung oder Regelung gibt. Kanada, Frankreich …, wer dort geboren ist, hat automatisch die Staatsangehörigkeit dieses Landes. Ist auch nur ein Familienmitglied dort Staatsangehöriger wird die Familie nicht getrennt, sondern zusammen geführt. So was gibt es in Deutschland nicht ... Ist nicht so einfach deutsch zu sein. Und wer deutsch ist und wer nicht, das entscheidet ein Gericht ... oder so ähnlich.
Ich kriege noch eine besondere Strafe oben drauf, eine, die ein Gefangener deutscher Staatsangehörigkeit niemals bekommen kann. Denn ich darf, dadurch das ich abgeschoben werde, meine Familie wahrscheinlich jahrelang *(vielleicht für immer)* nicht mehr in Deutschland besuchen! Darin lebt die Mauer weiter in dieser Republik, auch 20 Jahre nach ihrem Fall.

Aber es ist eigentlich für mich egal, denn wo ich lebe, dort bin ich zu Hause. Und ich träume von einer Welt ohne Länder und Grenzen, und natürlich ohne Nationalitäten, sowie ohne Religion. Kann das eines Tages wahr werden?

Herzliche, liebe Grüße an Euch Alle:

Irfan Cayoglu
JVA Straubing



Zauberorte

Es gibt zahlreiche Wege, die sich dem Knast nähern.

Aufbauend auf der kulturpsychologischen Arbeit von Friedrich Nietzsche *(1844-1900)* **und Erich Neumann** *(1905-1960)* **öffnet sich mit diesem Beitrag ein Blickfeld, das verblüffende Einsichten in den deutschen Strafvollzug bietet: Knast als Kultort von Zaubermacht und Machtzauber.**

Knast ist nicht, was er zu sein vorgibt, er schützt die Allgemeinheit nicht vor Kriminalität. Die Erkenntnisse der Kriminologie sind eindeutig; spezielle und generelle Prävention bzw. Abschreckung greifen nicht, da StraftäterInnen nicht aufgrund überlegter Wahl sondern lebenssituativ handeln.

Bei schwer persönlichkeitsgestörten bzw. verrückten StraftäterInnen muss Abschreckung durch Strafe ohnehin versagen, und Drogensüchtige wegzusperren, ist nackter Mutwillen, ließe sich deren kriminelle Energie doch durch kontrollierte Abgabe synthetischen Heroins leicht neutralisieren.

Was die schwere und organisierte Kriminalität betrifft, versagt Knast erst recht. Der Mafia-Jäger Roberto Scarpinato, Leitender Staatsanwalt im sizilianischen Palermo, ehemals Chefankläger im Prozess gegen Giulio Andreotti und Schüler der 1992 ermordeten Anti-Mafia-Legenden Falcone und Borsellino, steht seit 1988 im Kampf gegen die Mafia.
Scarpinato meint, in Deutschland seien die rechtlichen Mittel, die organisierte Kriminalität einzudämmen, stumpf. Daher sei Deutschland prädestiniert gewesen, zum Ruhe- und Aktionsraum der Mafia zu werden. Scarpinato: *„Die Gefahr für Deutschland besteht nicht darin, dass sich dort 100 oder 200 Mafiosi tummeln, sondern darin, dass in Deutschland Gelder in Milliardenhöhe angelegt wurden und immer mehr Einfluss auf Wirtschaft und Politik nehmen. (...) Ich nehme Bezug auf den Bericht des BKA, dem zufolge 2005 in Deutschland inkriminierte Güter im Wert von 93 Millionen Euro beschlagnahmt wurden. Nur zum Vergleich: Meine Dienststelle hat im selben Jahr Güter im Wert von 500 Millionen Euro konfisziert, und das allein in Palermo." („Ich bleibe, um den Toten einen Sinn zu geben", FAZ von um den 10.-15.12.2007)*

Wenn das nun aber so ist, wie es ist, wozu dann dient Knast wirklich??? Hier sollen Knast und Strafe als Kult vorgestellt werden, als eine an eigens dazu eingerichteten Orten öffentlich vonstatten gehende szenische Demonstration eines machtvollen Zaubers und eines Machtzaubers, der sich alleine den gesellschaftlichen Eliten dienstbar machen will, da er allein ihnen den unmittelbaren Zugang zu seinem Wirkorte erlaubt - die zugleich anwesenden Gefangenen sind lediglich passive Kunststaffage, Statisten.
Mit solchem Kult inszeniert sich die gesellschaftliche Elite, Arbeit & Kapital, als im Bunde mit überweltlicher Macht; es ist jener Bund zugleich Usprungsmythos der drei großen monotheistischen, „abrahamitischen" Religionen Judentum, Christentum und Islam.

Mittels **Kulthandlungen** wird jener Ursprungsmythos auf jeweilige konkrete gesellschaftliche Gegebenheiten hin aktualisiert. Dazu wird sich durchweg der Figur eines mit strengen Zutrittsregeln und -sperren belegten „innersten Heiligtums" bedient, welches in den abrahamitischen Religionen unterschiedliche Formen gefunden hat.
Im Judentum der innerste Bereich des Tempels, das „Allerheiligste", das die Bundeslade beherbergte; im Islam die Kaaba in Mekka, eventuelle ebenso die durch Verhüllung und Ausgrenzung aus dem öffentlichen Leben zu außer- bzw. überweltlichen Orten gemachten Frauen - wenn auch in hoch widersprüchlicher, da patriarchaler Weise; im Christentum der den Altar umgebende Bereich, der im vorreformatorischen Kirchbau durch den „Lettner", eine viele Meter hohe Mauer, gegen das Langschiff des Gebäudes hin und so gegen Blicke und Zutritt seitens der im Langschiff versammelten Beherrschten hermetisch abgeriegelt war, wie eine Skizze des Grundrisses jenes Krichbaus zeigt.



Im Chorgestühl saßen Repräsentanten der Elite; sie allein hatten Priester, Altar und Kulthandlungen unmittelbar vor Augen. Eine oben auf dem Lettner befindliches Person signalisierte den Beherrschten per Handzeichen, welche Rituale von ihnen zu vollführen waren. Die Beherrschten erfuhren so, welche Kulthandlungen gerade hinter dem Lettner vollzogen wurden.
Im Zeitalter der Moderne, seit der Französischen Revolution, folgen das Gefängnis, seine Personale und seine verfahrenen Verfahren dem Modell der Kultfeier im hier skizzierten Kirchbau. Nun allerdings umschließt der Lettner das innerste Heiligtum allseitig in Form einer mehrere Meter hohen Gefängnismauer.

Jene überweltliche Macht, mit welcher der Christenpriester im innersten Bereich in kultischen Verkehr tritt, entäußert sich dort in Form eines Zaubers, theologisch als „Transsubstantiation", deutsch „Wandlung", bezeichnet: Brot und Wein verwandeln sich in den Leib des Gottessohnes Christus, selbst ein Gott - also verwandeln sich Brot und Wein in einen Gott.
Schon im Mittelalter wurde dies bespottet, der priesterliche Zauberspruch „Hic est corpus" *(dies ist der Leib)* wurde durch ein auf den Priester zielendes „Hoc est porcus" (*jener ist ein Schwein)* ergänzt, woraus späterhin „Hokuspokus" sowie das Schimpfwort Schweinepriester wurden.
Brot und Wein, etwas Weltliches bzw. Materielles, werden in einen Gott verwandelt, in etwas Überweltliches, Geistiges. Mehr noch wird zugleich Böses in Gutes verwandelt, denn das Weltliche gilt im Christentum dem „Herrn der Welt" zugehörig, eine dort gängige Bezeichnung für den Teufel.

Der Christenzauber wandelt eine Substanz in eine andere um, Materielles in Geistiges, Böses in Gutes. Solche Alchemie durchwirkt die **christlichen Kulturen** und die aus ihnen hervorkommenen modernen Gesellschaften bis in sämtliche Aspekte. Zum Beispiel wandelt die kapitalistische Produktionsweise materielle Menschenleiber bzw. die von ihnen entäußerte Arbeit in etwas Nichtmaterielles, Abstraktes, Geistiges um: in **„Wert", Kapital, Geld**.

Der heute noch von Staat und Justiz betriebene **Knast- und Strafhokuspokus** versucht sich in der selben Alchemie. Böse StraftäterInnen will er in gute Menschen bzw. brave StaatsbürgerInnen verwandeln. Brave StaatsbügerInnen sind fleißige Arbeitskräfte, weswegen die Justizministerien unermüdlich die herausragende Bedeutung der Arbeit für die Wandlung – Verzeihung, bitte! - für die „Resozialisierung" herausstreichen: Ergebniskontrolle im Namen des Volkes - und tatsächlich applaudiert jenes moderne buntbraune demokratische Herdenvieh: Arbeit macht gut und Arbeit macht frei!

Je böser nun ein Straftäter geredet werden kann, um so eindrucksvoller kann der Wandlungszauber seine **Macht demonstrieren**. Überdies können die Staatlinge mit dem Hervorkehren des besonderen Bösen eines Bösewichts von ihrer eigenen und zunehmend offenen Gewalttätigkeit und Gefährlichkeit **ablenken**, wenn nur die Brutalität ihrer Arbeits- und Sozialpolitik gesehen wird.
Der Mann auf dem Lettner sind heutzutage jene **Medien**, die staats treu aus dem Knast über den Knast berichten, soeben erst Heribert Prantl, Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung", in Print und TV aus der neuen JVA Oldenburg über die neue JVA Oldenburg, ein Hochsicherheitsgefängnis, das geschmeichelt ist, wenn Medien es als „Alcatraz des Nordens" betiteln *(ARD 2005).* Prantls TV-Beitrag stellt den Anstaltsleiter Koop vor, einen bekennenden Katholiken und bekennenden Sauberkeitsfanatiker - Kultorte haben blitzsauber zu sein! - , der um so munterer und offener auf bestehendes Strafvollzugsrecht scheißt: Überwachung des Textinhalts postlicher und telefonischer Kommunikation bei allen Gefangenen, gemeinschaftlicher Vollzug von Untersuchungs- und Strafgefangenen und vieles andere mehr!



Im Beisein seiner MeßdienerInnen vom Sozialen und Psychologischen Dienst führt Koop einen wegen Totschlags verurteilten Gefangenen vor, indem er diesem vor der Kamera die dümmliche Frage stellt, ob das denn „in Zukunft noch einmal passieren" werde *(gemeint ist der Totschlag)*, woraufhin der dümmlich Bedrängte natürlich nur treuherzig beteuern kann, das werde es nicht.
Als würde der Gefangene sich die Tat vorher genüsslich überlegt haben – Schweinepriester und ihre guten Schäfchen wissen um die Wahlfreiheit in der Entscheidung zu Gut oder Böse und so auch um die Chance durch alchemistischen Substanzenwandel. Das niedersächsische Justizministerium spricht ausdrücklich von „Chancenvollzug".

Mitnichten leider ist der verdruckste Wille der Staatlinge zur Transsubstantiation nurmehr eine Lachnummer. Sie nehmen ihre Sache toternst, ist jener Wille doch zugleich einer zur **Macht** bzw. zu deren Selbstvergewisserung in Zeiten kapitalistischer Großkrisen, welche jene Macht schwer anzuschlagen begonnen haben. Und so kann der Wille zur Transsubstantiation jederzeit umschlagen in den zur **Vernichtung:** Sicherungsverwahrung auf unbestimmte Zeitdauer, Knast bis zum letzten Atemzug. Und dazu braucht es keine Straftat, sondern allein eine gerichtlich bestätigte Einschätzung als „gefährlich", sprich als böse.
Es reicht die willentliche **Weigerung** der bösen Substanz, sich in eine gute wandeln zu wollen, also willfährig an den vom Knast eingeforderten „**Resozialisierungsmaßnahmen**" teilzunehmen: psychologische Tests und Gespräche, „Soziales Training", „Anti-Aggressions-Training", „Gewaltfreie Kommunikation" oder gar ein langjähriger Aufenthalt in einer „Sozialtherapeutischen Anstalt."
Eine wissenschaftliche Evaluation all diesen faulen Zaubers gibt es nicht, auch nicht eine Statistik über die Rückfälligkeit von Strafgefangenen nach der Entlassung. Doch wird diese allgemein über 80 % geschätzt, was als summarische Evaluation gelten kann und dem Resozialisierungshokuspokus ein schlechtes Zeugnis ausstellt.
Vielleicht liegt die Rückfallquote sogar wegen der Faulzauberei so hoch, niemand weiß Genaues. Die Gefangenen begreifen die Forderung nach Teilnahme nämlich als eine zur blinden Unterwerfung. Und nichts anderes bedeutet „Resozialisierung" tatsächlich! Am schlimmsten die Sozialtherapeutische Anstalt mit ihrer Jahre dauernden entgeisternden Schurigelei durch Sauberkeits- und Wohlverhaltensterror. *„Da wirst du kaputtgemacht!"* berichten die zahlreichen Abbrecher durchweg.

Kaputtmachen, vernichten - in seinem innersten Heiligtum herrscht das deutsche Volk unmittelbar, direkt und total. Knast ist die Fortsetzung der arbeits- und sozialpolitischen Zwangsmaßnahmen draußen. Doch wird im Knast nicht allein gedemütigt sowie seelisch und körperlich krank gemacht. Hier kann vernichtender gestraft werden als draußen, indem Menschen durch jahrelange sensorische und soziale Ausmergelung - im Falle einer **Sicherungsverwahrung** bis zum letzten Atemzug! - in groteske Schattenwesen verwandelt werden können.
Wem nach vieljähriger Haft einmal die Nerven aggressiv durchgehen, dem droht überdies verschärfte Haftfolter, die völlige **Isolation** in einer Sicherheitsstation.
Um dem zu entgehen, nimmt ein beträchtlicher Teil der Langzeitgefangenen Beruhigungsmittel oder sonstige Psychopharmaka ein, welche ihnen vom Ärztlichen und Psychologischen Dienst geradezu aufgedrängt werden. **Bedröhnte Gefangene sind pflegeleichte Gefangene**.

Die Staatlinge weichen dem seelischen Druck durch die ihnen dienstlich obliegenden Grausamkeiten aus, indem sie mit immer grausamerem und blinderem Eifer Unterwerfung verlangen, sprich Teilnahme an Resozialisierungsmaßnahmen.

Eine Psychologin der JVA Sehnde drohte offen, die Anstalt werde mir zum Anlass der gerichtlichen Anhörung über eine eventuelle vorzeitige Entlassung eine „ganz schlechte Stellungnahme schreiben", falls ich nicht an Maßnahmen der Resozialisierung teilnähme.



Dass ein solches Verhalten kriminell ist, wird die Dame sicher nicht bergeifen können. Schließlich will sie doch nur das Gute bzw. meine Transsubstantiation.

Doch auch mit **Blick auf die Braven** unter den Gefangenen tun Justizvollzugsanstalten alles, damit sie nicht vorzeitig in die Freiheit entlassen werden können. Durchgängig berichten Gefangene von zusätzlichen Straftaten seitens des Anstaltspersonals mit dem Ziel, Gutachter und Gerichte zu täuschen, meist durch **Aktenmanipulationen**, die nahelegen können, ein Gefangener sei unwillig oder unfähig zur Transsubstantiation bzw. Resozialisierung.

In seinem innersten Heiligtum bricht sich der Irrsinn des Christenzaubers breite Bahn. Knast gewinnt mehr und mehr den Charakter eines Vernichtungsortes. Vom Leben hin zum Tode ist eben auch ein Substanzenwandel. Zauberauftrag erfüllt! So wie das Vorbild Christus Leib und Blut hingab für das ewige Heil..., Christen und ihre moderne Nachkommenschaft namens Staatsuntertanen sind gefährliche Freaks und Irre. **An ihren Zauberorten sollt ihr sie erkennen.**

Werner Braeuner



Finni: Akte

Nachwort

Werner Braeuner ist 54 Jahre alt und hat im Jahre 2001 in Verden/Aller einen Arbeitsamtsdirektor zu Tode gebracht, wofür er zu 12 Jahren Haft verurteilt worden ist.
Im Bericht des Verfassungsschutzes für das Jahr 2001 wird Brauener als Linksextrimist eingestuft. Er selbst versteht sich als Anarcho und seine Tat als legitimen Akt politischen Widerstands, gegen arbeits- und sozialpolitische Zwangsmaßnahmen. Brauener verlangt sofort in die Freiheit entlassen und von Pflicht zur Teilnahme an arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen durch eine behördliche Rechtsordnung befreit zu werden. Ohne eine solche Freistellung von Sanktionen des Sozialtransfers wird er in Haft verbleiben und nicht in die Freiheit zurückkehren. 2005 und 2006 war er in der neuen JVA Oldenburg inhaftiert, seine derzeitige Anschrift ist:
JVA Sehnde, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Alternativen zur Grausamkeit

Strafvollzug, ein Hort der Zerstörung

Wenn Du im Knast ankommst, bist Du in einer anderen Welt. Hier herrscht eine Art von Leben, aber keine die für einen Menschen würdig ist. Es fühlt sich wirklich an, als wären die Menschen hier Versuchsaffen. Regeln ersetzen die Intelligenz, Logik und Menschenverstand ist fehl am Platz. Es gibt keine alternativen Entscheidungsmöglichkeiten. Bei mir ist das besonders extrem, weil ich überhaupt nichts, keine Option, gar nichts habe. Ich komme mir vor wie in einer großen Maschine, die aus menschlichen Gefühlen ihre Energie bezieht. Die Gefühle werden ausgesaugt, Identität und Vielfältigkeit wird zerbrochen. Man wird entsozialisiert. Es werden anstelle der alten Emotionen und der Menschlichkeit neue Dinge eingepflanzt, eine neue Identität wird geschaffen. Egoismus liegt da hoch im Kurs, und natürlich Hierachie. Vom Anstaltsleiter bis zu den Beamten, und dann natürlich kommt das unter die Gefangenen. Bis das Selbstvertrauen verbricht.
Unter so vielen negativen Umständen kann unmöglich irgendetwas rehabilitiert werden. Das System funktioniert nicht und lügt der Außenwelt in die Taschen. Das ist die nackte Realität. Daher kommt meines Erachtens auch die hohe Zahl der Suizide in den Knästen. Es ist kein Ergebnis über das man sich wundern sollte. Jeder Mensch im Knast ist genauso einsam wie ich, da bin ich mir sicher. Ich kann zwar mit den Leuten nicht sprechen und sie nicht beobachten, aber ich beobachte mich selber und bilde mir meine Meinung. Wenn ich dann hier und da von anderen Gefangenen ihre Geschichten und Erfahrungen selber höre, dann wird auch diese Beobachtung für mich zu einer Tatsache. Die Menschen sind hier nicht im Vordergrund. Der Laden muss weiter laufen, egal ob die Menschen da zugrunde gehen. Gefühle sind hier ein Zeichen von Schwäche und die darf man nicht zeigen. Alles ignorieren, nicht beachten. Es ist grausam! Ich denke, dass viele Frauen hier das auch gar nicht so wahrnehmen. So ist es einfacher für sie, die Grausamkeiten zu ertragen.
Es muss um Alternativen zu diesem zerstörerischen, unmenschlichen System gehen. In Stuttgart hat nun ein Projekt begonnen: erlektronische Fußfesseln. Immer wieder konnte man darüber lesen, eine kontroverse Diskussion. Man wird den Leuten, die wegen Geldstrafen im Knast sind, die Möglichkeit geben, draußen zu arbeiten und auch bei ihrer Familie zu sein. Besonders für die Frauen, die Kinder haben, ist das sicher eine bessere Lösung als der Knast. Wenn dieses Projekt problemlos läuft, wird man es auch in anderen Städten anwenden. In Holland machen sie das bereits seit Jahren. Ein Bekannter von mir wurde so auch mit einer Fußfessel frei gelassen. Er hat gearbeitet. Ab 17Uhr konnte er sich in seiner Wohnung und dem Garten aufhalten. Eine kleine Anekdote am Rande: Etwas außerhalb des Gartens hatte er eine Grillecke eingerichtet. Diese lag aber dummerweise nicht mehr im genehmigten Bereich und so konnte er zum Grillen nicht hin. Eine lustige Geschichte in der sich aber trotzdem auch die Unmenschlichkeit von Kontrolle und Überwachung wiederspiegelt. Aber ich denke es ist besser als der Knast. Die Isolierung von der Gesellschaft und der Abbruch aller sozialen Kontakte wird dadurch verhindert.

Nurhan Erdem,
JVA Ossendorf



.Finni: erster Stein

Nachrichten aus dem Strafvollzug

Monopole und Hungerstreiks im Knast

Wer im Knast sitzt, unterliegt nicht nur der Beschränkung der räumlichen Bewegungsfreiheit, sondern beispielsweise auch Einschränkungen, wenn er oder sie etwas kaufen möchte. Darum soll es gleich im Anschluss gehen. Danach berichte ich noch kurz über einen Hungerstreik in der JVA Bielefeld von Juni 2009 sowie die "Vorsicht-Steinschlag"-Schilder in Bruchsals Gefängnis.

1.)Monopole im Gefängnis

Gefangene dürfen aus einem von der Haftanstalt vermittelten Angebot Nahrungs- und Genussmittel sowie Mittel zur Körperpflege kaufen *(vgl. §22 Strafvollzugsgesetz).* Die bedeutet, die Anstalt beauftragt einen Händler mit der Bereitstellung des Angebots, ggf. Belieferung der Gefangenen via Listeneinkauf. Im ersteren Fall befindet sich in den Räumen der JVA ein kleiner Laden und Gefangene können vor Ort die Waren, die sie gerne kaufen möchten, aussuchen. Im zweiten Fall erhalten sie nur eine Waren- und Preisliste, sie bestellen was sie benötigen und erhalten einige Tage später fertig kommissioniert einen Korb mit den Artikeln.

Bei alledem ist ein Problem in nahezu jeder Haftanstalt zu beobachten: Die Preise, die den Gefangenen abverlangt werden, tendieren dazu sich von den Preisen in Freiheit abzuheben. Verkauft beispielsweise EDEKA in seinen Geschäften Kaffee der Marke Dallmayr Prodomo für 2,89 Euro, bezahlen wir in der JVA Bruchsal bei der uns beliefernden Firma Massak *(hht://www.massak.de)* stolze 4,79 Euro. Ein von der Bruchsaler Anstalt höchstselbst im Frühjahr durchgeführter Preisvergleich von 141 Produkten *(verglichen wurden die Preise der Firma Massak Logistik GmbH mit zwei Supermärkten)* ergab, dass 42 Produkte im Gefängnis ein paar Cent billiger waren als "draußen", aber 89 Produkte, teilweise erheblich, teurer *(bei 10 Produkten fanden sich identische Preise).*
Wenn knapp 60% der Artikel teurer sind, dann kann etwas nicht stimmen, zumal wenn keine unabhängige Stelle den Vergleich durchführte, sondern sogar die Justiz selbst. Wie der Preisvergleich ausgefallen wäre, wenn eine unabhängige Instanz diesen gemacht hätte, mag man sich selbst ausmalen.

Wie sehen nun die Handlungsmöglichkeiten der Gefangenen aus? Eine Alternative besteht in völligem Konsumverzicht. Eine andere darin,

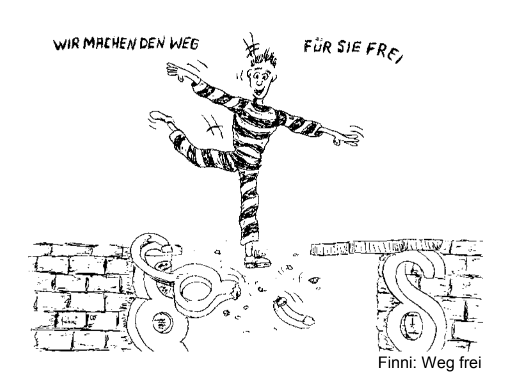
die Justiz im Wege von Amtshaftungsklagen in Anspruch zu nehmen. Ich selbst erstritt vor einigen Jahren einmal vor dem Zivilgericht Schadenersatz, da der damalige Anstaltskaufmann nur viel zu teure Schreibwaren anbot. Da mir die JVA keine preisgünstigere Bezugsquelle genehmigen wollte, musste das Land die Differenz zwischen Anstaltskaufmann und günstigerer Bezugsquelle ersetzen. Der Rechtsstreit dauerte Jahre und beinhaltete auch Versuche der Anwaltskanzlei, die das Land vertrat, den Kläger *(mich)* schlicht zu diffamieren.
Wer daran denkt über das Wettbewerbsrecht *(Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung)* dem Kaufmann beikommen zu wollen, stößt auch auf Schwierigkeiten. So teilte das Bundesministerium für Wirtschaft *(Anschrift: 11019 Berlin; Az.: IB1-999 813)* am 14.07.2009 mit, dass Monopole nicht per se verboten seien, jedoch dürfe ein Unternehmen seine marktbeherrschende Stellung nicht missbrauchen. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg *(Postfach 10 34 51; 70029 Stuttgart; Az.:1-4453.89/23)* ließ am 8.09.2009 wissen, dass es nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage nicht davon ausgehe, dass ein Anstaltskaufmann in einer JVA eine marktbeherrschende Stellung im Sinne von §19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen inne habe. Dieses Gesetz knüpfe an das Vorhandensein eines Marktes an; dieser liege dann nicht vor, wenn die Wirtschaftssubjekte nicht grundsätzlich autonom seien.

Das heißt, verständlich formuliert, zwar dürfen Gefangene einkaufen, jedoch nur unter den wesentlichen Einschränkungen des Strafvollzugsgesetzes. Dies schließt dann aus, dass es sich dabei um einen Markt im Sinne von §19 GWB handele. Und wo kein Markt, dort auch keine marktbeherrschende Stellung. In einem Buch des in den USA seit 22 Jahren in Haft sitzenden deutschen Diplomatensohns Jens Söhring beschreibt dieser die dortige Situation: Auch dort gibt es Gefängnisse, in denen Firmen ein Monopol inne haben. Und genau die selben Firmen, so berichtet er, die in anderen Bundesstaaten kein Monopol haben, sondern wo Gefangene sich aussuchen können, bei wem sie etwas bestellen, bieten ihre Waren dort bis zu 40% billiger an als in Anstalten, in welchen sie das Monopol haben. Nichts anderes passiert in Deutschland. Und die Firma Massak ist nur ein Beispiel von mehreren.

2.)Hungerstreik in Bielefeld
Die junge Welt berichtete am 04.Juli 2009 von einem Hungerstreik in der JVA Bielefeld aus Protest gegen eine ausgefallene Sportstunde. Eine Anfrage beim Justizministerium Nordrhein-Westfalen vom 27.07.2009 brachte nicht wirklich Erhellendes zu Tage, denn das Ministerium verweigert den Zugang zu einem Vorlagebericht der JVA Bielefeld.
Lediglich auszugsweise übermittelte am 29.09. 2009 das JM einen Vermerk der zuständigen Referatsleiterin im JM vom 03.07.2009 wo es heißt, der Hungerstreik habe von Montag, dem 29.Juni bis Mittwoch, 01.Juli angedauert. Teilgenommen hätten sechs Gefangene, das Haus 6, einem besonders gesicherten Haftbereich mit 14 Haftplätzen, der über einen eigenen Hof verfüge.

3.)"Vorsicht Steinschlag"
Offenbar um sich vor Schadenersatzklagen von Gefangenen zu schützen, hängte die Bruchsaler Haftanstalt im Hof an die Außenmauer Schilder "Vorsicht Steinschlag". Die Mauerkrone ist schon etwas brüchig und bevor von Steinen getroffene Gefangene das Land in Regress nehmen, hängte man die Schilder auf. Nun haben die Gefangenen die Wahl: nehmen Sie den Steinschlag in Kauf und spazieren ihre Runde auch an der Mauer vorbei, oder halten sie sich von der Mauer fern. Ein völliger und plötzlicher Zusammenbruch der Mauer ist -leider- nicht zu erwarten.

Thomas Meyer-Falk,
c/o JVA – Z.3113,
Schönbornstr. 32,
D-76647 Bruchsal



Finni: Weg frei

News aus Belgien

Zwei Gefährten im Gefängnis in Belgien

Am 8. Oktober kam Jürgen Goethals nicht nach Hause. Er wurde in der Straße durch Polizisten festgenommen, vor den Untersuchungsrichter geschleppt und im Gefängnis von Gent *(Nieuwe Wandeling)* hinter Schloss und Riegel gesteckt.

Am Tage zuvor, war in der toleranten Stadt Gent einmal mehr eine Gruppe Faschisten zu Gast. Wie es scheint, gefällt dies jedoch nicht allen. An verschiedenen Orten äußerten Menschen ihren Unwillen, indem sie an Symbolen dieser kapitalistischen Gesellschaft Schaden zufügten. Etwas später stellte sich heraus, dass Jürgen in Verdacht steht, an jenen Protestaktionen teilgenommen zu haben.

In den darauf folgenden Tagen wurden einige Leute durch Bullen belästigt. Eineinhalb Wochen danach kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Paolo Melis. Er wurde dazu aufgefordert sich zwei Tage später bei der Polizei für ein Verhör zu melden. Doch dazu kam es nicht. Als er am darauf folgenden Tag nach Hause kam, lauerten sie ihm auf und nahmen ihn mit. Auch er verschwand in den Kerkern der 'Nieuwe Wandeling'.

Am 9. November wurde ihre Festnahme bestätigt und die Akte dem Gericht für Strafverfahren durchgegeben. In zwei bis vier Wochen werden sie vor dem Richter erscheinen müssen.

Wir werden nicht ruhen bis wir unsere Freunde wieder in unsere Armen schließen können, wie und wann immer wir wollen.

Freiheit für Jürgen und Paolo!
Gegen jede Form von Einschliessen!
Für die Vernichtung
von Gefängnissen und deren Welt

Nachtrag:
Am 2.12 gab es schon das Urteil gegen Jürgen und Paolo. Jürgen ist auf ein Jahr Gefängnis, Paolo auf 6 Monate verurteilt worden. Jedoch bleiben beide höchst wahrscheinlich auf Bewährung. Beide befinden sich jetzt *(7.12)* zu Hause in Gesellschaft ihrer FreundInnen und Familien. *(yeah!!)!*

Gent in der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober

Splitternde Scheiben, tropfende Farbe. Der gläserne Gerichtspalast durch Vandalen beschädigt.

Laut dem Parkett ein zustande gekommener Schaden von zehntausend Euros. Ein Pfeiler der Demokratie in einem Anflug von Raserei angegriffen?
Überall im Zentrum von Gent lecken zerstörerische Flammen am Plastik von Abfallcontainern, einige geldspuckende Automaten, bestehend zum Komfort des permanenten Konsumenten, werden ebenfalls vom Feuer berührt. Feuerwehr und Polizei müssen in allen Richtungen zur selben Zeit vor Ort sein. Chaos und schrille Sirenen überall.

Schließlich vermeldet das regionale Fernsehen, dass einige rechte Studenten mit einer auf physische Weise demoralisierenden Dosis Kritik traktiert wurden *(u.a. hat der Präsident der NSV [nationalistische Studentenvereinigung] einige ordentliche Schläge einzustecken)*. Am St-Pietersplein organisiert die KVHV *(katholisch - flämischer Hochstudenten Verband)* eine Debatte über den Islam in Europa. Ein Kränzchen rabiat rechter "Demokraten", worunter Dewinter *(Hauptfigur von Vlaams Belang [extrem- rechte flämisch nationalistische Partei]),* Dedecker *(Hauptfigur der Rechts-Liberalen)* und Co. vertritt den einen Standpunkt, während die Islamisten der AEL *[arabisch-europäische Liga]* als Gegengewicht auftreten. An einem anderen Ort in Gent, in der Hochschule an der Voskeslaan, feiert die NSV *(der offiziöse Studentenclub von 'Vlaams Belang')* den Beginn des neuen Akademiejahres. Im letzten Jahr organisierte die NSV eine Debatte mit Filip Dewinter als Gastredner. Damals wurde das Universitätsgebäude, in dem die Debatte hätte stattfinden sollen, erfolgreich durch Antifaschisten besetzt. Ein Angriff der Faschisten unter Leitung von Führer Filip wurde abgewehrt. Diese Verhinderung des vermeintlichen Rechts der freien Meinungsäusserung für Faschisten durfte sich auf keinen Fall wiederholen.



Daher wurde in diesem Jahr eine eindrucksvolle Polizeimacht eingesetzt, um den Vorkämpfern der flämischen Demokratie ein ungestörtes Zusammentreffen zu ermöglichen. Da eine Versammlung auf den von ihnen festgelegten Plätzen und Zeitpunkten einzig auf ein Zusammenstoss mit einer blauen Mauer hinaus gelaufen

wäre, wurde dieses Mal auf eine andere Weise reagiert. So gingen die Partys doch nicht unbemerkt über die Bühne und wurde Gent durch einen spontanen und launischen Ausbruch von Chaos aufgeschreckt.
Der politische Aufmarsch von extrem Rechts in Flandern ist kein Zufall. Die Tatsache, dass faschistische Organisationen wie die NSV und auch die NSA *(neue solidaristische Alternative)* in Gent *(und Flandern)* schon bald freie Hand haben und durch die Ordnungsdienste in übereifrigem Masse beschützt werden, hat tiefer liegende Ursachen.

Extrem Rechts bringt allerlei “Probleme” zur Sprache, die keine eigentliche Basis haben. Weltweit ist der Spalt zwischen einer monströsen reichen, kleinen Elite und den Massen, die täglich für ihr Überleben kämpfen, immer tiefer geworden. Die Beschützer dieser Elite dehnen sich überall immer mehr aus, werden immer besser ausgerüstet. Man braucht nur an die farbenfrohen Varianten der Polizei zu denken, die unsere Straßen beschmutzen *(graue, violette, schwarze,... jede Uniform mit ihrer eigenen Spezialisierung)*. Ihre Arbeit umfasst sämtliche Methoden, von der samtenen 'sozialen' Herangehensweise, bis hin zur stahlharten Repression.

Der Diskurs von extrem Rechts, der den Islam als Bedrohung der “aufgeklärten” westlichen Welt darstellt, Menschen auf der Flucht vor einem miserablen Bestehen als Parasiten, Arbeitslose als Profiteurs ..., beabsichtigt die Aufmerksamkeit, von diesem sich Tag für Tag wiederholenden Krieg von Reich gegen Arm, abzulenken.
Jene Geschichte wird uns durch die Medien überbracht, Sprachrohr der herrschenden Elite, die unsere Gedanken des weiteren mit “Tittytainment” im Fernsehen und Internet, Gesundheitskult und Ähnlichem verstreuen. Die öffentliche Meinung von Flandern scheint sich diesen Diskurs zu eigen gemacht zu haben. Auch in der Bar lauert der Rassismus hinter jeder Ecke. Die “anderen” sind die Feinde, nicht die Puppenspieler die dieses Theater manipulieren.

Das Nachspiel:
Natürlich sind Justiz und Regierung nicht glücklich mit Äußerungen von Widerstand, wie sie sich in jener Nacht ereigneten. Laut einer öffentlichen Meinung, dominiert durch rechte Akteure, müssen Köpfe rollen. In der selben Nacht wird eine Person, mehrerer Brandstiftungen verdächtigt, festgenommen. Zwei Wochen später wird eine weitere Person unter Verdacht von ungefähr den selben Taten, verhaftet.

Gegen staatlichen Mord
Die Mumia-Unterstützung

Ihr wisst es alle:
In einem von Rassismus und politischer Repression gekennzeichneten Prozess /1982) wurde der völlig chancenlose ehemalige Black Panther Pressesprecher Mumia abia Jamal zum Tode verurteilt. Die lebensfeindlichen Haftbedingungen im Todestrakt haben Mumia jedoch weder gebrochen noch zum Schweigen gebracht. Auch aus der Todeszelle gibt er nicht auf und schreibt gegen die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft. Er kämpfte in all den Jahren nicht nur für seine Freiheit, sondern setzt sich unermüdlich ein - für die "im Namen Gottes" zum Tode verurteilten Menschen in den Todestrakten der Welt. Aus gutem Grund ist Mumia deshalb auch als "Voice of the voiceless" *(Stimme der Stimmlosen)* bekannt. Mumias Fall ist beispielhaft für Tausende.

Jetzt ist Mumias Leben erneut bedroht. Anfang April 2009 zeigte das höchste Gericht erneut, was in den USA bereits bei vielen als "Mumia-Ausnahme" bekannt ist : jedes geltende Recht wird umgedeutet oder einfach ignoriert, wenn es der Absicht der Justiz und Politik im Weg ist, Mumia dafür zu töten, dass er nicht klein bei gibt. Nach Aussagen seines Anwalts R. Bryan befindet sich Mumia in der lebensgefährlichsten Lage seit seiner Festnahme 1981.



Unabhängig von der juristischen Lage haben Mumia selbst , seine Verteidigung wie auch die weltweiten Unterstützer_innen immer wieder klar gesagt, dass politische Verfahren nicht nur im Gerichtssaal, sondern vor allem auf der Strasse zu gewinnen sind. Schon zweimal haben weltweite Proteste die angeordnete Hinrichtung verhindern können (1995 und 1999) - nur eine breite internationale Protest- und Solidaritätsbewegung wird es auch diesmal fertig bringen können, dass der geplante staatliche Mord nicht durchgeführt werden kann.

Viele bewegen sich:
Am 9.Dezember war der 28. Jahrestag der Verhaftung Mumias. Anlässlich desselben fanden in dieser Woche weltweit Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen statt. Es gibt verschiedene Websites, um Widerstand zu koordinieren und über Aktivitäten der Unterstützung zu berichten. Leute draußen werden das leicht finden, Gefangene können jedoch darauf nicht zugreifen. Sie können auch nicht „auf die Straße“. Deshalb hier nur einige Sätze aus dem Rundbrief für Ünterstützer/innen:

Der November war gekennzeichnet von so vielen FREE MUMIA Aktivitäten wie schon seit langer Zeit nicht mehr. Es sieht so aus, als ob sich dies auch im Dezember so fortsetzen wird. Im Augenblick entstehen an vielen Orten neue FREE MUMIA Gruppen oder Bündnisse. An Mumias 28. Haftjahrestag finden in vielen Städten Demos und Kundgebungen statt. Seid wachsam hinsichtlich der geplanten Notfallproteste.
Besonders möchten wir auf den Solidaritäts-Sampler für Mumia hinweisen: "RAGE AGAINST THE DEATH MACHINE - 28 years of injustice - Free Mumia Now!" Die Doppel-CD wird ca. am 20. Dezember *(kurz nach Mumias 28. Haftjahrestag)* erscheinen und kostet 13 Euro. Alle Gewinne gehen an die Rote Hilfe e.V. zur weiteren Unterstützung von Mumia Abu-Jamal. Bestellen könnt ihr diese CD beim Schallplattenverlag Jump Up:
Matthias Henk, Postfach 110447,
28207 Bremen, info@jumpup.

Berliner Bündnis
Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Briefmarken-Adresse:
Aktionsbündnis für Mumia Abu-Jamal
Haus der Demokratie
Greifswalder str.4
10405 Berlin

Viele sind bedroht
Ein Erfolg für Mumia hätte grosse Auswirkungen auch für andere Gefangene in den Todestrakten der USA. Schliesslich verfestigt sich langsam die Tatsache im öffentlichen Bewusstsein, dass dort überwiegend nur landet, wer erstens arm ist und sich selbst keine ausreichende Verteidigung leisten kann und zweitens nicht der weißen Mehrheitsbevölkerung angehört. Obwohl Afroamerikaner_innen, Latinas, Native Americans oder auch Chinesen nur etwa 20% der Bevölkerung in den USA ausmachen, sind Angehörige dieser Gruppen zu fast 70% diejenigen, die in den Todestrakten auf eine Hinrichtung warten. Es ist völlig klar, dass in diesen Bevölkerungsgruppen nicht mehr Schwerverbrechen begangen werden als z.B. in der weißen (Vorort-) Mittel- und Unterklasse.

Das erklärt auch die erschreckend hohen Gesamt-Gefangenenzahlen in den USA. Über 2,4 Millionen Menschen leben dort heute in Gefängnissen. Das stellt im weltweiten Vergleich derzeit die höchste Gefangenenerate im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überhaupt dar. Die allermeisten arbeiten in privatisierten Gefängnissen und angegliederter Industrie - natürlich zu Hungerlöhnen, die auf dem "freien Arbeitsmarkt" unvorstellbar wären. Möglich wird dies u.a. durch die sog. "Three Strikes And You Are Out - Policy". Hierbei handelt es sich um eine Regel, wonach alle, die dreimal verurteilt wurden, automatisch eine flexibel gehaltene Haftstrafe von 15 -25 Jahren erhalten. Dazu reichen auch drei Verurteilungen in Bagatelldelikten aus.
Mumia Abu-Jamal ist in den USA neben Angela Davis der bekannteste Kritiker dieser Zustände.

von der Website
des Mumia-Bündnisses



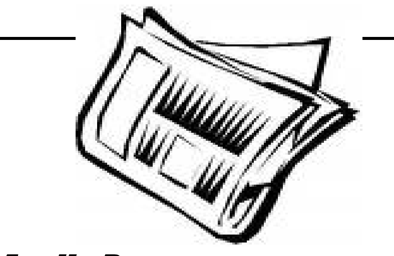
News um die 129a/b Schauprozesse in Düsseldorf & Stammheim

Solidaritätserklärung des Büros gegen Militarismus und Rassismus

Im Düsseldorfer §129 b Verfahren gegen Faruk Ereren kriminalisiert der Vorsitzende Richter des 2. Strafsenates Berthold Klein bzw. die Präsidentin des OLG Düsseldorf die Medienöffentlichkeit.
Der Anwalt des Gefangenen Infos hatte Akteneinsicht. Die betreffende Passage in dem abgedruckten Artikel "Blind in Beugehaft" aus der Ausgabe 348, die dem "Gefangenen Info" eine Anzeige einbrachte, lautet: *"Besonders zynisch bemerkte der Vorsitzende Richter des 2. Strafsenates, für Nuri (Eryüksel) sei die Beugehaft wohl ein wirksames Mittel, um sich zu besinnen, denn er sei ja erblindet"*. Nuri verbüßte insgesamt 17 Jahre in Deutschland und der Türkei in Haft wegen angeblicher Mitgliedschaft in der DHKP-C. Während seiner Knastzeit in der Türkei wurde Nuri regelmäßig gefoltert, infolge dessen er erblindete. Da Nuri die Aussage im Düsseldorfer Prozess gegen Faruk Ereren verweigerte, war er im Sommer 4 Wochen in Beugehaft. Die Mitglieder dieses Staatsschutzsenats bestreiten jetzt schriftlich, dass der Richter Berthold Klein diese Aussage gemacht hat.
Auch die Herausgeberin der Onlinezeitung »scharf-links«, Edith Bartelmus-Scholich, erhielt einen Strafbefehl über 12000 Euro wegen der Veröffentlichung desselben Artikels. Edith hat dagegen Widerspruch eingelegt.
Vergegenwärtigen wir uns kurz, wie diese Schauprozesse in Stuttgart und Düsseldorf ablaufen: Linke anatolische Menschen werden in der BRD auf Grund von Folteraussagen aus der Türkei verhaftet und verurteilt. Diese 6 Gefangenen hier sind durchweg 23 Stunden allein in ihrer Zelle, Briefe "verschwinden", es hagelt Besuchsverbote, ProzessbeobachterInnen werden verprügelt und zu Geldstrafen verurteilt. Alle diese Maßnahmen haben das Ziel, die Eingebunkerten lebendig im Knast zu begraben und die Menschen draußen einzuschüchtern. Faruk bezeichnet diese "umfassendes Isolati ns zu zermürben." Das alles haben 'Gefangenen Info' und 'scharf-links' thematisiert. Die beiden Verfahren haben die Funktion, Menschen draußen einzuschüchtern und linke Medienöffentlichkeit mit hohen Geldstrafen zu belegen, zu kriminalisieren und sie schlussendlich mundtot zu machen.

Das Büro gegen Rassismus und Militarismus fordert scharf-links und das Gefangenen Info auf: Lasst Euch nicht einschüchtern und berichtet weiterhin!!! Wir bedanken uns für die unabhängige Berichterstattung.

Für das Büro:
Wolfgang Dreßen (Mitglied des Landesvorstandes Die Linke NRW)
Katrin Wasilewski





An die Presse ...

Anklage auf Grundlage des Außenwirtschaftgesetzes *(AWG)* vor dem Oberlandesgericht *(OLG)* Düsseldorf würde einen weiteren Schritt zum Feindstrafrecht bedeuten. Verteidigung beantragt die Nichtzulassung der Anklage

Voraussichtlich im März nächsten Jahres soll gegen den seit über einem Jahr in Untersuchungshaft befindlichen Cengiz O. und mindestens eine weitere Person vor dem OLG Düsseldorf ein Prozess beginnen. Den Beschuldigten werden Verstöße gegen § 34 AWG in Zusammenhang mit einer vermeintlichen Mitgliedschaft in einer auf der EU-Terrorliste gelisteten Organisation vorgeworfen. Konkrete Vorwürfe betreffen allerdings fast ausschließlich die Arbeit in legalen Kulturvereinen, Solidaritätsarbeit zur menschenrechtswidrigen Situation in türkischen Gefängnissen und finanzielle Unterstützung politischer Gefangener. Auf dieser dürftigen Grundlage wird unserem Mandanten zudem die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland gemäß §129 b Strafgesetzbuch (StGB) vorgeworfen. Aus diesen und weiteren Gründen hat die Verteidigung von Cengiz O. am Freitag, den 4. Dezember, die Nichtzulassung der Anklage beantragt.
Im vorliegenden Verfahren vor dem OLG Düsseldorf stellt die Bundesanwaltschaft (BAW) vermeintliche Verstöße gegen § 34 AWG in Verbindung mit der EU-Terrorliste in den Vordergrund der Anklage. Mit einem derartigen Anklagekonstrukt obliegt es nicht mehr dem nationalen Strafgericht zu beurteilen und zu überprüfen, ob es sich bei einer Organisation tatsächlich um eine terroristische Vereinigung handelt. Diese Entscheidung wird vielmehr durch die grund- und menschenrechtlich höchst fragwürdige Aufnahme der Organisation auf die EU-Terrorliste vorweggenommen und somit einer effektiven, einem Strafverfahren angemessenen, gerichtlichen Kontrolle entzogen, kommentiert Rechtsanwältin Anni Pues.
„Wir befürchten, dass hier ein neues Mittel der Kriminalisierung unliebsamer politisch tätiger Menschen erprobt werden soll, das kaum mehr einer juristischen Kontrolle unterliegt.“, fügt Rechtsanwältin Britta Eder hinzu.
Die BAW hat zudem beim zuständigen Gericht, dem OLG Düsseldorf erwirkt, hinsichtlich bestimmter Rechtsfragen, zu erwägen eine Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg zu veranlassen. Ein solches Vorgehen ist in einem Strafverfahren, in dessen Verlauf sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft befindet, sehr ungewöhnlich und Neuland in der Strafjustiz an sich. Bezüglich der zu klärenden Punkte wollte das Gericht sich bisher nicht genau äußern. Absehbar ist jedoch der Versuch der Klärung, inwieweit sich auch Mitglieder einer auf der EU-Terrorliste befindlichen Organisation strafbar machen können, wenn sie mit dazu beitragen, dass dieser Organisation finanzielle Vorteile zukommen. Auch die Rechtmäßigkeit der Listung der DHKP-C auf der EU-Terrorliste könnte Gegenstand einer Prüfung durch den EuGH sein.

Derzeit hat das Oberlandesgericht dem entsprechend über die Zulassung der Anklage zur Hauptverhandlung, sowie die Frage der Vorabvorlage an den EuGH zu entscheiden. Die Anregung der BAW ist aus Sicht der Verteidigung unter folgenden Gesichtspunkten problematisch und verfassungsrechtlich bedenklich:



1. Ein Vorabverfahren vor dem EuGH ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zulässig. In Haftsachen gilt das Gebot, diese besonders beschleunigt zu bearbeiten. Eine Verzögerung der Hauptverhandlung durch ein Verfahren in Luxemburg ist, vor dem Hintergrund der seit mehr als einem Jahr andauernden Untersuchungshaft unseres Mandanten, nicht zu rechtfertigen.

2. Die Anklage basierend auf der Vorschrift des §34 AWG in Verbindung mit der EU-Terrorliste ist insgesamt rechtswidrig, da diese Normen zu unbestimmt sind. Dass die Strafbarkeit einer Person von in regelmäßigen Abständen wechselnden EU-Ministerratsbeschlüssen abhängen soll, genügt dem Verfassungsgrundsatz des Art. 103 II Grundgesetz nicht. Strafgesetze müssen danach hinreichend bestimmt sein. Jeder Bürger soll klar erkennen können wann eine Strafbarkeit vorliegt.

3. Die BAW versucht zu einem viel zu frühen Zeitpunkt eine Klärung und Verhandlung zentraler Fragen auf die europäische Ebene zu

verlagern ohne die mögliche Unschuld der Beschuldigten in Betracht zu ziehen.

4. Die Anklage gegen unseren Mandanten entspricht nicht den rechtlichen Anforderungen: Zahlreiche Tatvorwürfe betreffen vermeintliche Spendensammlungen in unbekannter Höhe an unbekannten Orten in Deutschland oder dem europäischen Ausland. Eine angemessene Verteidigung hiergegen ist nicht möglich.

5. Sollte es überhaupt zu einem Verfahren vor dem EuGH kommen, müsste der Gerichtshof die EU-Terrorliste erneut auf den Prüfstand stellen. Hierbei müsste der EuGH, abweichend von bisherigen Entscheidungen zu Terrorlisten, nicht nach Maßstäben einer verwaltungsrechtlich definierten Gefahrenabwehr, sondern nach den weitaus engeren Grenzen des Strafrechts, urteilen. Ansonsten würde u.a. die Unschuldsvermutung ausgehebelt.

Die Verteidigung hat beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe einen Antrag gestellt, den Haftbefehl aufgrund der lang andauernden Untersuchungshaft aufzuheben und den Mandaten unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Um Kritikpunkte der Verteidigung, an dem von der BAW angestrebten Vorgehen sowie die erhebliche rechtliche Dimension des gesamten Prozesses erschließbar zu machen, skizzieren wir anbei:

Rechtliche Hintergründe

Zum §34 des Außenwirtschaftsgesetzes :
Das AWG regelt den Verkehr von Devisen, Waren, Dienstleistungen, Kapital und sonstigen Wirtschaftsgütern mit dem Ausland. Das AWG löste 1961 die seit 1949 bestehenden alliierten Devisengesetze ab. Mit dem AWG gibt der Gesetzgeber hauptsächlich einen Rahmen für die Ausgestaltung des Warenverkehrs mit dem Ausland vor.

Der in diesem Fall relevante §34 Abs. 4 des AWG besagt kurz zusammengefasst, dass diejenigen, die gegen eine wirtschaftliche Sanktionsmaßnahme der EU oder der Vereinten Nationen gegenüber bestimmten Organisationen, Personen oder Ländern verstoßen, mit Strafen zwischen 6 Monaten und 5 Jahren Haft , in vielen Fällen, wie auch in diesem Fall, sogar mit 2 - 15 Jahren Haft bestraft werden. Sanktionsmaßnahmen im Sinne des § 34 AWG sind z.B. die EU Terrorliste sowie Handelsembargos gegen einzelne Länder etc.

Der § 34 AWG stellt eine sogenannte Blankettnorm dar. Das heißt, das Gesetz beschreibt nicht selbst, welche konkreten Handlungen strafbar sind, sondern überlässt diese Bestimmung den Europäischen oder internationalen Rechtsakten, auf die in lediglich abstrakter Form verwiesen wird.

Auf die Terrorliste bezogen bedeutet dies, dass nicht etwa durch den deutschen Gesetzgeber entschieden wird, mit welchen Personen oder Organisationen in welcher Art und Weise keinerlei finanzielle Kontakte gepflegt werden dürfen, sondern durch den EU Ministerrat. Bei der EU-Terrorliste handelt es sich um eine Maßnahme der verwaltungsrechtlich definierten Gefahrenabwehr, die im Gegensatz zu einer Strafrechtsnorm den Grundsatz der Unschuldsvermutung nicht kennt. Wenn das von der Bundesanwaltschaft angestrebte Vorgehen in diesem Prozess in einer Art Präzedenzurteil bestätigt würde, besteht die Gefahr, dass damit jegliche unerwünschte politische Arbeit oder finanzielle Interaktion ohne angemessene juristische und demokratische Kontrolle kriminalisiert werden könnte.

<u>Zur EU-Terrorliste</u>
Die EU-Terrorliste wird in nicht öffentlicher Tagung vom Ministerrat der EU im Konsensverfahren bestimmt und immer wieder aktualisiert. Auf ihr sind im Laufe der Jahre zwischen 35 und 46 Einzelpersonen, sowie zwischen 30 und 50 Organisationen aufgelistet worden. Oft beruhen die Indizien und Verdachtsmomente, die zu Einträgen führen auf weder juristisch noch demokratisch kontrollierbaren Geheimdienstinformationen aus einzelnen Mitgliedsstaaten, Beitrittskandidaten oder anderen Staaten.

Eine verbindliche rechtliche Prüfung der Vorwürfe erfolgt nicht. Auch Abwägungen im Sinne des Völkerrechts, bezüglich menschenrechtlicher Aspekte oder etwaig legitimer Selbstverteidigung von Befreiungsbewegungen gegen Staatsterrorismus, sind in dem Verfahren der Erstellung der Liste nicht vorgesehen. (zu dieser Problematik siehe die Ausführungen zu 129 b.) So kritisiert z.B. die EU-Kommission selbst, dass in der Türkei die Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch Folter, sowie Verstöße gegen das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit und das Versammlungs- und Vereinigungsrecht in den letzten drei Jahren erheblich zunehmen.

Kein Deutsches Gericht kann gegen eine Listung vorgehen. Nach dem 11. September erließ die EU mit der Terrorliste eine Verordnung, durch die untersagt wird, Terrorverdächtigen und deren Organisationen Gelder oder sonstige Finanzmittel zur Verfügung zu stellen oder mit ihnen sonstige Geschäftskontakte zu unterhalten. Die EU-Staaten, deren öffentliche und private Institutionen, sämtliche Banken, potentielle Geschäftspartner und Arbeitgeber, sowie letztendlich sämtliche EU Bürger, sind unter Sanktionsandrohung rechtlich verpflichtet diese Sanktionen durchzusetzen.

Das führt u.a. dazu, dass Industrie- und Handelskammern Unternehmen eine Teure Software empfehlen, die jeden Geldverkehr mit etwaig Gelisteten verhindern soll. Den Gelisteten selbst wird jegliche Existenzgrundlage entzogen. Rechtsmittel sind weitgehend ausgeschlossen. Ein Auftauchen auf der EU Terrorliste zieht Sanktionen und Konsequenzen nach sich, die zwangsläufig zu Menschenrechtsverstößen führen müssen.

Der Europäische Gerichtshof *(EuGH)* in Luxemburg, ist das höchste Europäische Gericht, dessen Entscheidungen sowohl nationale Gerichte wie auch Regierungen binden. In mehreren Urteilen kritisierte der Gerichtshof, dass das Verfahren der Erstellung der Terrorliste weder demokratisch, noch rechtlich legitimiert oder kontrolliert ist. Es habe sogar Anzeichen von Machtmissbrauch im Zusammenhang mit der Liste gegeben. So wurde die Listung klagender Organisationen und Einzelpersonen allein aufgrund dieser Tatsachen für rechtswidrig erklärt. Der Ministerrat hat daraus allerdings bisher kaum Konsequenzen gezogen. Die Liste wird weiter geführt und aktualisiert. Lediglich die Iranischen Volksmudschaheddin wurden gestrichen, während die ebenfalls mit einer Klage erfolgreiche PKK/Kongra Gel und Einzelpersonen weiter gelistet bleiben.

Der Sonderermittler des Europarats, Dick Marty, bezeichnet das Vorgehen der EU in Bezug auf die Terrorliste als ungerecht und pervers. So würden Menschen im Sinne des Feindstrafrechts mit einer zivilen Todesstrafe belegt, da sie in keiner Weise mehr handlungsfähig wären. Selbst Serienkiller hätten mehr Rechte als die dort Gelisteten.

Marty beschrieb in einer Stellungnahme 2007, was die Aufnahme in die Terrorliste konkret bedeutet: Die Betroffenen wurden nicht verständigt sondern erfuhren davon, wenn sie über ihr Bankkonto verfügen wollten oder eine Grenze überschritten. Es gab keine Anklage, keine offizielle Benachrichtigung, kein rechtliches Gehör, keine zeitliche Begrenzung und keine Rechtsmittel gegen diese Maßnahme. Wer einmal auf der Liste steht, hat kaum mehr eine Chance auf ein normales Leben. Er ist quasi vogelfrei, wird politisch geächtet, wirtschaftlich ruiniert und sozial isoliert. Dazu kommen Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen, nicht nur gegen die gelisteten Personen, sondern auch gegen deren gesamtes Umfeld. Das kann auch Personen betreffen, die ohne ihr eigenes Wissen in geschäftlichen oder privaten Kontakt mit gelisteten Personen oder Organisationen geraten. Bezüglich der EU-Terrorliste wird die Initiative der Rechtslegung der Exekutive *(dem Ministerrat)* überlassen, die normalerweise der Legislative obliegen müsste. Die Judikative hat letztendlich, wie beschrieben, kaum effektive Einwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten. Die Gewaltenteilung wird erheblich in Frage gestellt.



<u>Zum § 129 b StGB</u>
2003 wurde der Straftatbestand § 129b eingeführt, mit dem Menschen bestraft werden können, die sich im Inland keiner Straftat schuldig gemacht haben, jedoch für mutmaßliche Mitglieder oder Unterstützer einer terroristischen Vereinigung im Ausland gehalten werden. Dieser Paragraph ist sehr weit gefasst und bedeutet in Zusammenhang mit der EU-Terrorliste ein unkontrollierbares und beliebig nutzbares Deutungspotential. Handelt es sich um eine Gruppe außerhalb Europas, so setzt die Strafverfolgung eine Ermächtigung durch das Bundesjustizministerium voraus. Das war derzeit ein Novum der deutschen Rechtsgeschichte. Hier bekam das Justizministerium erstmals richterliche Kompetenzen über politische Bewegungen und ihre strafrechtliche Verfolgung. Strafverfolgungsorgane und das Ministerium müssen demnach entscheiden, ob eine ausländische Vereinigung terroristisch ist - oder ob sie legitimen Widerstand gegen eine Diktatur leistet oder als eine Befreiungsbewegung gelten darf. Dies ist oft von politischen Standpunkten und Interessenlagen abhängig und bei der derzeit sehr vagen und weiten Terrordefinition - selbst

Aktionen zivilen Ungehorsams können als Terror gedeutet werden - verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Deutlich wird das am Beispiel des African National Congress *(ANC)*, der zu Zeiten des südafrikanischen Apartheidsystems als terroristische Organisation eingestuft wurde, später den Status einer legitimen Befreiungsbewegung zugesprochen bekam und heute die Regierung Südafrikas stellt und als solche international anerkannt ist. Ähnliche Zuschreibungswandel gab es bezüglich der Nordirakischen kurdischen Parteien Patriotische Union Kurdistans PUK und Demokratische Partei Kurdistans *(KDP)*, die vormals als terroristische Vereinigungen eingestuft wurden und jetzt die Regierung der kurdischen Region Irak stellen und an der Irakischen Regierung beteiligt sind, sowie einer Vielzahl weiterer Fälle von Umdeutungen.

Auch die § 129, 129a StGB, denen der §129 b 2003 zugefügt wurde, werden oft als Gesinnungs- und Ermittlungsparagraphen kritisiert, da sie sehr weit gefasst sind. In den meisten Verfahren legalisieren sie - ohne angemessene Rechtfertigung - staatliche Überwachung im Umfeld der fast beliebig auswählbaren Betroffenen, ohne dass diese sich *(schon Mangels Kenntnis des Verfahrens)* rechtlich dagegen wehren könnten. Bereits durch einen Anfangsverdacht einer Straftat nach §§ 129, 129 a und 129 b StGB werden die Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden im Ermittlungsverfahren stark ausgeweitet. In den neunziger Jahren resultierte daraus, dass nur 3% der eröffneten Ermittlungsmittlungsverfahren zu einem Urteil führten..
Die drei Komponenten § AWG 34, EU-Terrorliste und §129 b als Anklage oder Urteilsgrundlage sind verfassungs- und menschenrechtlich hoch fragwürdig. Eine effektive und einem fairen Verfahren angemessene Verteidigung ist bei der Unbestimmtheit der einzelnen Rechtsnormen schon nahezu unmöglich. Das gilt umso mehr wenn diese auch noch mit einander verknüpft werden, bewerten die Rechtsanwältinnen Anni Pues und Britta Eder die rechtlichen Hintergründe des angestrebten Verfahrens gegen Cengiz O. vor dem OLG Düsseldorf, das auch weit über das Verfahren selbst hinaus Auswirkungen entfalten könnte.

Rechtsanwältinnen
Britta Eder und
Anni Pues



Leserbriefe...

Zum Bericht im MF 23 „Nachrichten aus dem Strafvollzug"

„Gefangene sind Lumpen!?" - Bericht von Thomas Meyer-Fal

Es wundert mich nicht, wenn diese Bezeichnung, dass „Gefangene Lumpen sind" von bestimmten Stellen „gebilligt" werden und nichts dagegen gemacht wird. Zeigt mir das doch nur, wie ewig gestrig gewisse „HERRschaften" noch heute sind und sein müssen. Man muss bedenken, waren es nicht schon Rudolf Freisler und seine Palladine beim Reichsgerichtshof, die die Gefangenen als Lumpen bezeichnet hatten? Ich erinnere da an die angeklagten Widerstandskämpfer gegen Hitler und X als Attentäter angeklagte: Rudolf Freisler, Blutrichter a.D. brüllte diese Menschen an mit den Worten: *„Sie sind doch ein ganz verkommener Lump!"*

Nun wird sicherlich jeder wissen, woher dieses Wort und diese Bezeichnung kommt und warum heute gewisse „Herrschaften" dies *(schon wieder)* toll finden und billigen. Mehr muss man wohl nicht dazu sagen, oder ...!? Übrigens Thomas, Deine Berichte gefallen mir echt gut, mach' weiter so!
Mit solidarischen Grüßen:

Erwin Adamczyk,
Iv.I.-Repräsentant JVA Bochum

Neues von der Repression gegen Gentech-Widerstand

Neue Regierung, Millionen an Fördergeldern, Haftstrafen für KritikerInnen:

Gentechnik wird rücksichtslos durchgeboxt!

Was der Gießener Landrichter Dr.Nink am 9.10. 2009 in sein spektakuläres Urteil gegen zwei Gentechnikaktivisten schrieb, zeichnet sich immer mehr ab: Die Gentechnik wird unkontrollierbar - zum einen durch die rasant zunehmende Auskreuzung, zum anderen durch die festen Seilschaften zwischen Behörden, Parteien, Forschung und Konzernen. Die letzten Wochen boten schlechte Nachrichten im Stundentakt:

* Immer schneller hintereinander prasseln Nachrichten über frische Funde gentechnisch verunreinigten Saatgutes und Lebensmittel herein. Den GentechnikanwenderInnen kann das recht sein, denn: Wenn alles verseucht ist, haben die Täter gewonnen.

* Immer härtere Strafen werden gegen GentechnikgegnerInnen verhängt und vollzogen. Drei Inhaftierungen und ein hohes Abschreckungsurteil in Gießen füllten den Oktober. Eine vierte Inhaftierung steht kurz bevor. Im Gießener Urteil stellte der Richter fest, dass keine Rechtfertigung (§ 34 StGB) für Aktionen gegen die Gentechnik bestehen würden, weil die Gentechnik sich bereits unkontrolliert ausbreite und nicht mehr zu bremsen sei.

* Immer neue Fördermillionen werden in die deutsche Gentechnik gesteckt, die sich hinter dem Begriff der Sicherheitsforschung versteckt. Die Etikette ist ausnahmslos falsch, doch die Lüge wird. Gutgläubige FunktionärInnen von Umwelt- und Biolandbauverbänden nebst der Partei der Grünen fordern genau die Forschung, hinter der sich die deutschen Gentechnik-Seilschaften verschanzen.

* Immer dreister treten die GentechnikmacherInnen auf. Mitte Oktober forderten die führenden Wissenschaftsinstitutionen des Landes einen Freibrief für Genforschung: Der Anbau solle nicht mehr kontrolliert werden, für Pannen und Auskreuzungen wollen die WissenschaftlerInnen in Zukunft nicht mehr haften - ein Traum skrupelloser Forschung!

Vierte Inhaftierung geplant:

Bio-Imker Micha Grolm kommt erneut ins Gefängnis!

Nur wenige Wochen nach den ersten Inhaftierungen von Gentechnik-AktivistInnen und zwei Wochen nach der Verurteilung eines Aktivisten zu sechs Monaten Haft ohne Bewährung schlägt die Justiz erneut zu: Bio-Imker Micha Grolm muss das zweite Mal in Haft.

Staatlicher Maulkorb:

Kritischer Autor soll zehn Tage in Haft – für seine Schrift zu Gentechnikseilschaften!

Der Autor der Enthüllungsschrift über die Seilschaften zwischen Behörden, Konzernen und ForscherInnen in der deutschen Gentechnik, Jörg Bergstedt, ist vom Landgericht Saarbrücken auf Antrag der wichtigen Drahtzieher der deutschen Gentechnik, Uwe Schrader und Kerstin Schmidt, zu einer Geldzahlung, ersatzweise 10 Tagen Vollstreckungshaft verurteilt worden. Er soll hinter Gitter, um ihn dazu zu zwingen, seine Kritik am Gentechnikfilz nicht mehr öffentlich zu benennen. So wollen die Gentechnik-Seilschaften nicht nur mit Fördergeldern und auf Staatsflächen Profite machen, sondern gleichzeitig die Kritik mit rabiaten Mitteln mundtot machen.
"Die legen dem Gericht einfach Lügen vor", berichtet der Verurteilte, "*und das Landgericht nickt die Sache einfach ab. Parteien und staatliche Institutionen sind die größten Förderer der bei den meisten Menschen unerwünschten Technik!"*



Nur der Widerstand zählt!
Bergstedt will in den nächsten Tagen wieder in mehreren Städten mit seinem Vortrag über die Seilschaften in der deutschen Gentechnik auftreten. Zudem wirkt er auf der Demonstration in Erfurt mit, wenn mit Micha Grolm ein weiterer Aktivist eingesperrt wird. "Ich hoffe, viele wachen auf und merken, dass es keine Chance gibt, die Gentechnik durch Appelle und Etikettierungen auf Produktverpackungen zu stoppen. Der Widerstand muss sich gegen die Quellen richten: Felder und vorbereitende Labor!"

Projektwerkstatt Saasen,
Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen-Saasen

www.projektwerkstatt.de/saasen
saasen@projektwerkstatt.de

Lesenswert!

Rezensionen

Meine Jahre als Knastärztin

Im Herbst 2009 erschien von der Allgemeinärztin und Psychotherapeutin Regina Strehl das Buch „Die Welt hinter Gittern- Meine Jahre als Knastärztin". Die Lektüre der 253 Seiten gestaltete sich recht kurzweilig und vermittelte Einblicke in das Denken und Handeln einer Frau, die immerhin 16 Jahre lang in der JVA Berlin-Tegel als Anstaltsärztin praktizierte.

Zahlreiche Untersuchungssituationen und Gespräche mit Inhaftierten bilden - verständlicherweise - den Schwerpunkt des Buches von Strehl, so dass man einiges über die besonderen Befindlichkeiten von inhaftierten Patienten erfährt. Gerade weil die Autorin nach eigener Auskunft sich zur Psychoterapeutin fortbildete mutet es jedoch mitunter etwas unreflektiert an, wenn sie sich über Beschwerden und gerichtliche Klagen von Gefangenen empört; insbesondere aber auch über den „Lichtblick", die Gefangenenzeitung der JVA Tegel. Diesem attestiert sie einen „polemischen Ton" und die Verbreitung von „Unwahrheiten" über die ärztliche Versorgung in der Anstalt.

Fehlleistungen im ärztlichen Bereich in ihrer Vorstellungswelt nicht vorzukommen. Ebenso wenig die Möglichkeit der Gewalt von Wärtern gegenüber Gefangenen; wohingegen sie sich ausführlich der Gewalt unter Gefangenen, bzw. von Gefangenen gegen Personen widmet. Nachvollziehbar erscheint Strehls Einsicht, dass sich manche Konflikte von Gefangenen mit der Justiz in den Bereich körperlicher Erkrankungen verlagern und hier ein „Nebenkriegsschauplatz" entstehen kann. Wobei diese Einsicht dann nicht verhindert, dass sie sich mehrfach über die Klagefreudigkeit einiger ihrer Patienten beschwert. Ausserdem sei, so Strehl, das Ansehen von Gefängnisärzt_innen bei ärztlichen Kolleg_innen außerhalb der Anstalten sehr gering.
Trotz mancher Einseitigkeiten ist das Buch empfehlens- und lesenswert.

Bibliografische Angaben:
Regina Strehl „Die Welt hinter Gittern - Meine Jahre als Knastärztin"
ISBN 978-3-7766-2611-7

Thomas Meyer-Falk,
z.Zt. JVA Bruchsal
www.freedom-for-thomas.de

Neoliberalismus im Knastsystem

Dieses Jahr erschien in deutscher Übersetzung das erstmals 2004 in Frankreich publizierte Buch *"Bestrafen der Armen - Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit"* des in Paris und in den USA lehrenden Professors Loic Wacquant.



Die knapp 360 Seiten starke Analyse der straffixierten Wende in der Strafrechtspolitik gehört in jeden Bücherschrank eines an kritischer Auseinandersetzung mit Strafvollzug, Knastpolitik und Strafrechtsverschärfungen interessierten Menschen. Schon im Vorwort bringt der Autor es auf den Punkt, wenn er das "Law-and-Order-Karussell" anklagt, für die Kriminalität das zu sein, was die Pornografie für die Liebesbeziehung sei, nämlich *"ein die Realität bis zur Groteske entstellender Zerrspiegel, der das delinquente Verhalten aus dem Geflecht der sozialen Beziehungen (...) künstlich herauszupft, seine Ursachen und Bedeutungen bewusst igno riert"* um dabei der Kriminalitätsfurcht ebenso Nahrung zu geben, wie von ihr zu leben *(a.a.O., S.13-15).*

In 10 Kapiteln unterzieht Wacquant im Speziellen die Politik in den USA und Frankreich einer ebenso scharfen wie treffenden Analyse, was "Elend des Wohlfahrtstaats" und "Größe des Strafrechtsstaats", wie zwei Teil-Überschriften lauten, angehen. Das Elend und Ende des Wohlfahrtstaats ist nach Ansicht des Buchautors eng verknüpft mit der Hyperinflation der Anzahl der Gefängnisinsassen und der Strafrechtshysterie. Auf S.117 weist Wacquant exemplarisch nach, wie im Rahmen einer Wohlfahrts- "Reform" 1996 in den USA im vorhergehenden politischen Diskurs, wie auch im Gesetzestext selbst, beispielsweise *"allein erziehende arme Mütter in aggressiver Form nicht als bedürftig, sondern als deviant charakterisiert, als eine Problemgruppe, deren Integrität (...) suspekt ist und deren angebliches Arbeitsvermeidungsverhalten dringend der Korrektur durch Ausschluss, Zwang und moralischen Druck bedarf"* diffamiert wurden. Also mit Techniken unter Druck gesetzt wurden, die *"typisch für die Verbrechensbekämpfung sind."*

Erklärte Absicht des Autors ist es *(a.a.O., S.18f)* die *"veränderten Aktivitäten der Polizei, der Gerichte und insbesondere der Gefängnisse"* aufzudecken, die *"speziell auf das Management der `Problemgruppen` ausgerichtet sind, die in den unteren Regionen des sozialen und städtischen Raums hausen".*
Loic Wacquant will die Aufmerksamkeit der LeserInnen seiner Studie "auf den Zusammenschluss von Sanktionen im Strafrechts- und Kontrolle im Sozialhilfebreich zu einem einzigen Apparat der kulturellen Vereinnahmung und Verhaltenskontrolle von marginalen Populationen" lenken. Viele Zahlen lassen sich dem Buch entnehmen; auch wenn keine ganz aktuellen Werte vorliegen, so schmälert dies nicht ansatzweise die Kraft der Aussagen Wacquants.

Im Jahr 2000 standen 3% der Gesamtbevölkerung der USA unter staatlicher Überwachung oder Kontrolle *(a.a.O.; S.149);* immerhin jeder 20. weiße und jeder 10. schwarze männliche Erwachsene saß entweder im Knast, oder stand unter Bewährungsaufsicht. Instruktiv auch die Darstellung der wirtschaftlichen Macht und des Einflusses des Gefängnissystems: der Strafvollzugssektor stellt den drittgrößten Arbeitgeber in den USA, noch vor Ford *(371.000 Beschäftigte),* vor General Motors *(646.000)* oder UPS *(336.000),* mit ca. 708.000 Beschäftigten *(a.a.O. S.171).*

Wurden 1980 noch 50% mehr Gelder an allein erziehende arme Mütter ausgegeben, als Gelder für Knäste, drehte sich 1993 dieses Verhältnis um; und schon 1995 wurde 2.3 mal soviel Geld für den Strafvollzug ausgegeben als für bedürftige Mütter. Diese und noch viel mehr Zahlen und Fakten, gut und umfangreich belegt, lassen sich in der Studie finden. Am beklemmensten fand ich die Schilderung seines Besuchs "in der größten Strafkolonie der freien Welt" *(a.a.O., S.161),* in Los Angeles, wo 23.000 Gefangene in sieben Anstalten leben *(1980 waren es noch 9.000 Menschen hinter Gittern).*
Wie weiter oben dargestellt, zielt die Studie jedoch viel weiter als in der bloßen Wiedergabe der Zahlen; vielmehr ordnet sie die Entwicklungen im Bereich Strafvollzug/Strafverfolgung ein in die *(zunehmende)* Verfolgung der unteren sozialen Schichten. Ausdrücklich lehnte der Autor es jedoch ab, seinem Buch den Mythos eines *"von übel wollenden und allmächtigen Staatsmännern verfolgte(n), bewusste(n) Plan zugrunde" zu legen (a.a.O. S.19).* Er betont ausdrücklich, dass nichts von alledem was er beschreibt und aufdeckt "*von schicksalhafter Notwendigkeit"* ist, sondern stets *"andere historische Wege"* offen stehen, *"wie schmal und wie unwahrscheinlich sie auch sein mögen" (a.a.O. S.19)*
Für ihn ist das Gefängnis der heutigen Prägung ein Ersatzghetto, wie auch ein Mittel zur Abschöpfung von Wirtschaftskraft und zur sozialen

Ächtung. Scharf geht er mit den völlig überschießenden gesetzlichen Entwicklungen in den USA im Umgang mit entlassenen Sexualtätern um (a.a.O., S.219ff), wohlwissend wie emotional besetzt dieses Thema ist.

Was das Buch bedeutend macht, ist der systemübergreifende Ansatz Wacquants, der aufzeigt, wie der Neoliberalismus nicht nur die sozialen Sicherungssysteme und den "Wohlfahrtstaat" ergreift, sondern geradezu als integralen Bestandteil das Gefängniswesen benötigt. Deshalb schadet es auch der Studie nicht, wenn dort überwiegend Zahlen aus den USA oder Frankreich referiert werden, denn die zentralen Entwicklungslinien in USA wie Europa gleichen sich in zu vielen Punkten.
Alles in allem ist es eine ebenso gelungene wie wichtige Analyse, die auch dazu beitragen kann eigene Argumentationsstrukturen bei der Bekämpfung des Gefängniswesens zu untermauern und zu unterstützen.

Bibliografische Angaben:
Loic Wacquant, "Bestrafen der Armen - Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit"
erschienen 2009 im Verlag Barbara Budrich, ISBN 978-3-86649-188-5,
Preis: 29,90 Euro.

Thomas Meyer Falk,
c/o JVA-Z.3113,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal

Der besondere Geburtstagsgruß...

Für den Mauerfall
zum Geburtstag von Jacques Mesrine

Am 4.3.09 berichtete die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) mit der Überschrift "Spektakel" über den 1994 verstorbenen französischen Gesellschaftskritiker Guy Debord, von dem heute angenommen wird, er habe für den "intellektuellen Gangster" *(so die FAZ)* **Jacques Mesrine und in dessen Auftrag dessen Buch "Der Todestrieb" in eine gute lesbare Form gebracht, er sei also Mesrines "Ghostwriter" gewesen.**



Laut Guy Debord würde alles, sei es noch so traurig, lustig, schlimm, schön, aufregend oder langweilig, zu einem öffentlichen Spektakel aufgeblasen, weswegen er abfällig von der "Gesellschaft des Spektakels" sprach. Um so mehr muß Guy Debord einen wie Jacques Mesrine geschätzt haben, in Frankreich und Kanada "Staatsfeind Nr.1" und oben auf allen Fahndungslisten. Zwar beging Mesrine höchst spektakuläre Straftaten, doch waren diese zugleich als Kampf gegen staatliche Repression, ökonomische Ausbeutung und geistige Verblödung zu begreifen und entzogen sich als solche einer Vereinnahmung als Spektakel: Mesrines Taten haben die herrschenden Mächte und Autoritäten lächerlich aussehen und selbst zu Spektakeln werden lassen.
In diesem Jahr jährt Mesrines Tod sich zum 30. Male, und in Frankreich gebe es, so die FAZ, derzeit einen regelrechten Kult um Mesrine. Soeben sei Vincent Cassel für seine Darstellung als Mesrine im Film als bester Schauspieler des Jahres ausgezeichnet worden. Die FAZ faßt zusammen: *"Aus dem Volksfeind Nummer eins hat die Gesellschaft einen Volkshelden gemacht."* Und sie erinnert an Guy Debords eigene Worte, die Gesellschaft des Spektakels würde mit ihren erklärtesten Feinden eine Art Frieden schließen und sie in ihre Show integrieren. Gelänge das mit Mesrine tatsächlich, wäre er besiegt. Um dem zu wehren, bietet sich der Geburtstag Mesrines am 28.12. an *(1936)*, in der Nähe des Datums, zu dem die Gesellschaft des Spektakels ihr ältestes Spektakel feiert, die Geburt von Jesus Christus, des Menschen, in dessen Namen die größten und schlimmsten Verbrechen begangen wurden und werden, besonders jenes Verbrechen, menschliches Leben unter die Bedingung einer Nützlichkeit für "höhere Zwecke" zu stellen, namentlich unter die Bedingung, sich für den höheren Zweck Profit zu opfern.
Was könnte da näher liegen, als den 28.12. zu einer anti-christlichen Feier zu machen und jenen Tag, wie die Menschen es in vorchristlicher Zeit getan haben (im Norden) , als "Winternacht" zu begehen: aus tiefstem Dunkel und schwärzester Nacht gebiert die Welt neue Lebendigkeit.

Ein Hoch auf den Anti-Christ,
ein Hoch auf Mesrine !

Werner Braeuner,
JVA Sehnde

Die gute Nachricht!

Güler ist endlich frei!

Der monatelange Kampf um die Freilassung der krebskranken politischen Gefangenen Güler Zere führte nun endlich zu deren Freilassung.

Aufgrund ihrer dauerhaften Krankheit wurde die schwer krebskranke Gefangene Güler Zere nach Revidierung der Gefängnisstrafe durch den Präsidenten der Türkei, Abdullah Gül, freigelassen. Ihr Rechtsanwalt Taylan Tanay, Güler's Mutter und Vater, ihre FreundInnen, Angehörigen und Nahestehende erwarteten Güler vor dem Balcali Krankenhaus.
Güler wurde zuvor von einer ÄrztInnengruppe der Ärztekammer in Adana untersucht. Die Untersuchung ergab ein erhöhtes Infektionsrisiko. Im Anschluss an die Untersuchung wurde Güler



im Rollstuhl aus dem Krankenhaus transportiert. Güler, die ihren FreundInnen beim Herauskommen zuwinkte, wurde mit Blumen empfangen. Unter Applaus und Parolen wurde sie in ein bereitstehendes Ambulanzfahrzeug getragen, mit das sie in ein privates Krankenhaus bringen soll. Die Nacht wird sie im Krankenhaus in Adana zubringen und morgen wird sie in das Universitätskrankenhaus der medizischen Fakultät in Istanbul gebracht

Silvester zum Knast! 2009/10

Gesellschaft ohne Gefängnisse??

Aufruf der AntiknastAG
zur Silvester Knastkundgebung
vor der JVA Köln-Ossendorf



"Eine wichtige Herausforderung besteht darin, zur Schaffung einer humaneren, erträglicheren Umgebung für die Menschen im Gefängnis beizutragen, ohne sich dabei mit der Permanenz des Gefängnissystems abzufinden." **(Angela Davis)**

Am 31.12.09 gibt es in Köln wie in jedem Jahr um 18:00 an der Endhaltestelle der Linie 5 eine Demonstration zum Gefängnis in Köln Ossendorf.

Wir sind der Ansicht, dass Knäste keine sinnvolle Funktion haben und deshalb weg müssen. Unser Ziel ist eine Welt ohne Knäste und Zwangsanstalten. Im Gegensatz zur Todesstrafe haben Knäste eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Unter anderem liegt das auch daran, dass Knast den Einzelnen ideologisch von der Verantwortung befreit, sich mit den drängenden gesellschaftlichen Problemen auseinander zu setzen.

Die Geschichte der Knäste ist eine Geschichte der Entwicklung und Erforschung baulicher und sozialer Techniken zur Bestrafung, Disziplinierung und Überwachung der Normabweichler-/innen.
1790 wurde in den USA das erste Einzelzellengefängnis eröffnet. Anstelle der Arbeitsinternierung unter primär ökonomischen Gesichtspunkten wurde nun „Einfluss auf die Seele" genommen. Es wurde die Beziehung zwischen Wärter_innen und Gefangenen individualisiert. Der Abhängigkeitscharakter sollte gefördert werden, damit die Wärter_innen mehr Einfluss auf den „zu Erziehenden" hätten. Zusätzlich wurden die Gefangenen mit unterschiedlichen Belohnungs- bzw. Sanktionssystemen in vier Gruppen unterteilt. Damit wurde nicht mehr die Tat als Grundlage von Straftechniken angelegt, sondern das Verhalten während der Inhaftierung, Kooperationsbereitschaft, Reue und Prognosen. Mit der Wende vom 18. zum 19.Jahrh. hatte sich das System der Einzelzellen-Haftstrafe durchgesetzt. 1844 wurden in Köln erstmals Gefangene in Einzelhaft untergebracht. Von 1842-1846 wurde der Knast Moabit gebaut, 3-stöckig, mit 500 Einzelzellen. Ab 1870 wurden sog. Großknäste gebaut, z.B. Berlin-Tegel und Plötzensee für 900 bis 1000 Gefangene. Die Entwicklung führte Anfang des 20.Jahrh. hin zu dem Stufensystem, gegliedert in Super-, Medium-, und Minimum-Sicherheit. Vorläufig letzte Entwicklung sind die Hochhausknäste, in denen die Hochsicherheitstrakte ganz oben sind, wie z.B. in Stammheim, im 7.Stock.

Die Lüge, die in vielen Köpfen herumspukt, ist die : das es Welche gibt, die da rein gehören! Das zeugt nicht nur von einer fehlenden Gesellschaftskritik. Sobald Mensch anfängt, sich auf dieses Denkschema einzulassen, verliert sie/er aus den Augen, wozu Knast wirklich da ist.

Knast ist unter anderem die Antwort der Gesellschaft auf die sozialen Probleme der Menschen, die in Armut leben. Diese Probleme werden dadurch verschleiert, dass der Staat sie für sich brauchbar unter die Kategorie „Kriminal ität" gruppiert und durch automatische Zuschreibung von sog. „kriminellem Verhalten", an bestimmte soziale Schichten und an Asylbewerber_innen und Migrant _innen. Es wird systematisch die Gewährung von Sozialleistungen gekürzt und faktisch ein Zwang zur Aufnahme jeder Arbeit ausgeübt. Gleichzeitig wird eine Kontrollgesellschaft mit Kameraüberwachung, biometrischer Zuordnung und vielen anderen Überwachungsmethoden immer weiter ausgebaut. Wer dies nicht will und versucht sich dieser Normgesellschaft zu entziehen und sie dadurch bedroht, wird kriminalisiert.
Immer mehr Menschen sind gezwungen mit sog. "illegalen Aktivitäten" ihr Überleben zu sichern. Dadurch steigen die Inhaftierungen. Ca. 10% der Inhaftierten sitzt wegen nicht bezahlter Geldstrafen ein, viele davon wegen Schwarzfahrens. Knast dient der Stabilisierung von systemerhaltenden Normen. Er ist eine mögliche Form der Bestrafung, hat darüber hinaus aber noch die wesentlichere Funktion der Bestätigung noch in der Norm lebender durch Abgrenzung von anderen und ist als Bedrohung allgegenwärtig. Kriminalisierung und Knast haben also eine wesentliche Bedeutung für draussen, sie dienen der Stabilisierung der sozialen Kontrolle.

Da dem Staat die ganze Überwachung, Verwaltung und Kontrolle zu teuer wird und die Gefangenenzahlen ansteigen, werden immer mehr Knäste **privatisiert**.*(siehe Ratingen, dort soll der erste private Knast in NRW von der Firma Billfinger und Berger gebaut werden!)* Um das Knastgeschäft für die Industrie interessant zu machen, werden vom Staat die Gefangenen als billige Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt.

Die radikale Linke hat dem bisher kaum etwas entgegenzusetzen vermocht. War in den 1970-ern noch die Forderung „für eine Gesellschaft ohne Knäste", so wurde daraus im Laufe der Zeit „Freiheit für die politischen Gefangenen", manchmal auch nur noch für die „unschuldigen Gefangenen". Damals, in den 70er und 80er Jahren, gab es große Kontroversen und Proteste in der Öffentlichkeit. Doch im Unterschied zu damals sind es heute nur Wenige, die protestieren, und die Proteste verhallen weitgehend ungehört. Denn sowohl zu Zeiten der raf- Fahndung wie anlässlich des Volkszählungsboykotts speiste sich der Protest nicht allein aus einem politischen Engagement, sondern vor allem aus dem Gefühl persönlicher Betroffenheit. Nicht zuletzt diese Ängste waren konstitutiv für die Bewegung der 80er Jahre. Sie kam aus dem Horizont der eigenen Betroffenheit nie so recht hinaus und wurde zu einer reinen Rechtshilfebewegung, die nicht einmal in der Lage war, die politische Dimension der neuen staatlichen Kontrollfunktion zu begreifen.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Empörung über die neuen Überwachungsmaßnahmen, z.B. über die Androhung einer vorbeugenden Haft oder das Konstrukt des „verdächtigen" Zeugens, in **Grenzen** hält. Die Medienkampagne hat geklappt: Die meisten sind sich sicher, dass nicht die Gesamtheit der „unbescholtenen Bürgerinnen" betroffen ist.



„ Für eine Gesellschaft ohne Knäste" - dieser Satz ist kein Wunsch für irgendwann nach der Revolution, sondern ein Programm, an dem sich die tägliche Praxis messen lassen muss. Es geht nicht nur um irgendwelche publikumswirksamen „Auswüchse" des Knastsystems. Es geht nicht um kosmetische Korrekturen am Knastalltag, seien sie auch noch so wortradikal formuliert. Es gibt keine „guten" Haftbedingungen, keine Menschen, die zu „recht" oder zu „unrecht" im Knast sitzen. Knast wird in der „Szene" höchstens dann zum Thema, wenn's mal eine oder einen aus unseren Reihen trifft. Dann fährt uns die Angst in die Knochen, dass es uns ja mal ähnlich gehen könnte. Und wenn dann draußen niemand was macht ....

Dabei wird dann im Taumel der üblichen Antirepressionskampagnen unsere grundsätzliche Haltung zum Knast oft schnell bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Wir können nicht oft genug feststellen, dass unsere Genoss_innen zu „Unrecht" sitzen oder verfolgt werden. Wir reklamieren die „besonderen" Haftbedingungen „unserer" Gefangenen. Wir weisen nach, dass ein Urteil gegen unsere Genossinnen nur durch ein „unfaires", „unrechtmäßiges" Verfahren zustande kam .... und vergessen dabei, dass das Terrain, auf das wir uns begeben haben, ziemlich schmierig ist. Wir vergessen dabei nur zu gern, dass wir der Gesellschaft bereits bei de Unterscheidung in „Recht" und „Unrecht" auf den Leim gekrochen sind, dass die Knäste zum allergrößten Teil aufgrund von Urteilen in „rechtmäßigen" Verfahren gefüllt werden. *(Das „Recht" ist halt so, dass es unserem Gerechtigkeitsgefühl widerspricht)*

Wir **vergessen** allzu häufig, dass die Haftbedingungen, vor denen wir plötzlich unsere Augen nicht mehr verschließen können, weil wir selbst davon betroffen sein könnten, zur Normalität in den Knästen gehören.

Auch sollte mal das **Verhältnis zur bürgerlichen „Rechtsstaatlichkeit"** gründlich überprüft werden. Denn scheinbar wächst mit abnehmender Stärke der Bewegung gleichzeitig der Umfang der Forderungen an den „Rechtsstaat".
Wir fordern die Verbote von Nazi-Organisationen, was leichter ist als etwas dafür zu tun, dass faschistische Ideen keinen Boden mehr haben, sind still bei der nachträglichen Sicherrungsverwahrung, weil wir sicher sind, dass es um Sexualstraftäter geht, vergessen dabei dass die meisten Vergewaltiger aus der Familie oder dem Umfeld kommen und nicht angezeigt werden bzw. die Anzeige eingestellt wird. *(Nach einer Studie zu Vergewaltigungen in Großbritannien, erschienen Ende November 2005, werden etwa 15 % der Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe angezeigt. In 3% der Fällen kommt es zu einer Verhandlung. - Es wird doch niemand ernstlich behaupten wollen, dass wir sicherer leben, weil 3% der Vergewaltiger im Knast sitzen?)*

Der Knast ist eine zentrale Säule des kapitalistischen Systems und es ist klar, dass der Kampf gegen die Knäste untrennbar mit dem Kampf gegen das kapitalistische System verbunden ist!
In diesem Sinne see you in Ossendorf !!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Weg mit allen Zwangsanstalten!!

AntiknastAG-K

Letzte Worte...

Ein kurzer Rückblick...

...sei auch mir im Mauerfall gestattet. Auch wenn die Rückblickerei zum Jahresende durch den inflationären Gebrauch in den Medien, speziell im Fernsehen, schon zum Würgen reizt. Die 24. Nummer des Mauerfalls, mal wieder eine Doppelnummer, wieder mit dem zum Standardumfang gewordenen 24 Seiten. Rasant stieg die Seitenzahl des Rundbriefs innerhalb dieses Jahres an. Die Zahl der LeserInnen, Anfang des Jahres noch stetig steigend, blieb dagegen weitgehend unverändert in den letzten Monaten. Derzeit wird der Mauerfall an etwa 160 Personen verschickt. Trotz einer eingerichteten Mailingliste, die auch offen für **entlassene** Gefangene ist, konnte der Kontakt leider in

kaum einem Fall gehalten werden. Dies ist immer wieder traurig fest zu stellen. Nach der Entlassung endet in fast allen Fällen der Kontakt, allen guten Absichten und Vorsätzen zum Trotz... So wird es schwer, hier draußen mal mehr auf die Beine zu stellen. Es gäbe sicher viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit, ganz unverbindlich versteht sich. Wer will, melde sich unter den bekannten Adressen, Angebot steht!

Seit einiger Zeit leidet der Mauerfall leider unter einer permanenten finanziellen Unterdeckung. Die letzten Ausgaben konnten nur durch großes Engagement solidarischer Leute überhaupt finanziert werden. Es ist sehr mühselig, kostet uns alle hier viel Kraft und Nerven, sicher zu stellen, dass jeden Monat die Knete da ist, um weiter machen zu können. Es sind nun auch einige solidarische Leute draußen im Verteiler: Wenn Ihr etwas für den Mauerfall übrig habt, dann dürft Ihr das auch gerne in Form eines bescheidenen Obolus deutlich machen! Dafür wären alle hier draußen sehr froh und dankbar! Im Dezember wird (MUSS) es ein Solikonzert zur weiteren Finanzierung des Mauerfalls geben. Schon hier möchte ich allen Beteiligten herzlich danken!

Ich wünsche allen LeserInnen ein gutes neues Jahr, vor allem Gesundheit und Kraft, um weiter die bestehenden Verhältnisse anzuklagen, die Brüche im System größer zu machen, weiter für Veränderung, für die Überwindung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, gegen die Repression und für die Freiheit zu kämpfen!

Michel

Gedichte und Gedanken

Gedanken aus dem Trakt

Freiheit!
Eine Sehnsucht, die mit jedem Tag größer wird. Ich habe Menschen vermisst, ich habe vermisst mit Menschen zu sprechen.

Freiheit – bedeutet für mich nicht nur mich frei bewegen zu können, sondern Menschen zu sehen und mit ihnen lachen, sprechen zu können.

Freiheit!
Ein ganz menschliches Verlangen, was uns aber geraubt worden ist – durch Isolationsfolter.

Hoffnung ist unsere Stärke, im Recht zu sein ist unsere Stärke, egal wie viele Jahre vergehen werden, irgendwann werden wir frei sein!

Nurhan Erdem,
JVA Ossendorf.



Jahrgedächtnis

Gewaltsam Unterdrückte sind Sklaven,
freiwillige Sklaven sind Untertanen.
Sklaven gebiert der Zufall der Geburt,
Untertanen aber sind
Kinder ihrer eigenen Schwäche.

Am 10.11. vor einem Jahr verstarb
Harold H.Thompson
Lasst uns unseres Mitkämpfers gedenken!



Werner
JVA Sehnde

Tieftemperatur Reaktor

Vor dem synthetischen Frostlicht
der Leuchtstoffröhre,
aufgezwungen vom Vollzug,
flüchte ich zum warmen Flackern
einer Kerzenflamme, die
ungern gesehen.
Nichts Warmes
soll den Delinquenten trösten!
Mit diesem Grundsatz wird
- trotz aller Reformheuchelei-
der Buß- und Sühne,
der Rache- und Strafvollzug
nach wie vor praktiziert.
Wärme wird nur physikalisch verstanden:
Heizung.
Menschlichkeit steht
nicht auf dem Dienstplan.
In keiner Dienstvorschrift
eines deutschen Vollzugsbeamten
ist von Menschlichkeit die Rede.
Auch das bejubelte Vollzugsgesetz
dient nur der Funktion.
Falls die Erfordernisse von
Sicherheit und Ordnung
es erlauben,
hat auch die sogenannte Menschenwürde
ihren Platz
- rein funktionell.
Psychische Zusammenbrüche
werden psychologisch genutzt
und funktionell verwertet:
Willkommen sind Tränen,
Wutausbrüche und Suizidversuche;
beweisen sie doch
Schwäche,
die einen Rückfall
prognostizieren lassen.
Vorhandenes Gefühl,
Begehren nach Menschlichkeit,
ist negativ
im Sinne des Systems
und führt zu antimenschlichen Maßnahmen.
Kalt sei der Mensch,
gefühllos und fügsam.
Liebe? - das ist Koitus,
sonst nichts.
Menschliche Bedürfnisse?
- Haben nur die Körperlichen.
Andere werden amtlicherseits
als nicht existent angesehen.
Schmerzen werden mit Pillen behandelt.
Trost ist etwas verträumt Poetisches
im Amtsdeutsch
- Duden nicht vorhanden-
auch nicht erforderlich.
Einhellige Vollzugsmeinung:
Statt zu weinen
könnte ein Häftling auch etwas besseres tun,
zum Beispiel arbeiten, putzen
oder ähnlich Vernünftiges.
In meiner Vorstellung des Daseins
ist kein Neonlicht
und kein Amtsdeutsch,
kein Platz für tiefkalte Inhumanität!

Mike Diehl,
JVA Diez

Zivilisation nennt es sich

Bedauerlich
ist der Egoismus der Menschheit,
bedauerlich, bedauerlich
egoistisch, egoistisch,
nichts sehen sie
der Ehrgeiz verschließt ihre Augen
Immer ich, immer ich
bedauerlich ist der Egoismus der Menschheit,
bedauerlich, bedauerlich.
Die Welt des Egoismus,
egoistisch, egoistisch,
und es nennt sich Zivilisation
Zivilisation, wem nützt es?
Ich, ich, ich
die gesamte Welt
Nur du
und nun, wen interessiert es

Mustafa Atalay,
JVA Stammheim